



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die Verletzung der Kollektivrechte der indigenen
Bevölkerung durch die Erdölindustrie im
ecuadorianischen Amazonasgebiet

Verfasserin

Verena Marie Laakso

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. DDr. Ingfrid Schütz-Müller

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	4
1.1. Fragestellungen und Hypothesen	6
2. Theoretischer Rahmen der Problematik	8
2.1. Kurze Überlegung: Was ist Konflikttheorie?	8
2.2. Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas	9
2.3. Sozioökologische Konflikte	12
2.3.1. Merkmale der sozioökologischen Konflikte	13
2.4. Die Methodik dieser Arbeit	17
3. Indigene Bewegungen und ihre Rechte in Ecuador	19
3.1. Die indigene Demographie Ecuadors	25
3.2. Theorie der Kollektivrechte	26
3.2.1. Indigene Konzepte im Kollektivrecht	29
3.3. Kollektivrechte und Indigene Völker in Ecuador	32
3.4. Die verfassungsrechtliche Anerkennung der Kollektivrechte in Ecuador	35
4. ERDÖLPOLITIK IN ECUADOR - <i>Vom Segen zum Fluch</i>	44
4.1. Historischer Überblick bis 1972	45
4.2. Phase des Erdölbooms unter der Militärdiktatur 1972-1982	50
4.2.1. Auswirkungen des Erdölbooms	56
4.3. Ende der Erdöleuphorie unter Neueinführung der Demokratie	60
4.4. Erdölförderung zwischen Schuldentilgung und Umweltproteste	66
4.5. Erdöl im 21. Jahrhundert - Neuorientierung unter Rafael Correa	81

5. Erdölförderung als sozio-ökologischer Konflikt und Verletzung der Kollektivrechte	87
5.1. Sozio-ökologische Auswirkungen der Erdölförderung	87
5.1.1. Indikatoren von Erdölförderung als sozioökologisches Konflikt	89
5.2. Erdölindustrie als Verletzung der Kollektivrechte des Sarayacu-Volkes	94
5.2.1. Geographische Lage und Demographie der Sarayacu	94
5.2.2. Geschichte der Sarayacu	96
5.2.3. Politische Organisation	99
5.2.4. Konflikt zwischen Sarayacu und CGC	100
5.2.5. Analyse der Verletzung von Kollektivrechte	102
6. Zusammenfassung	112
7. Literaturliste	117
8. Abkürzungsverzeichnis	129
9. Abstract	130
10. Anhang und Danksagung	132

1. EINLEITUNG

Der hohe Preis des Erdöls beschäftigt die Menschen in Europa und Nordamerika. Die Tatsache bleibt bestehen, dass in näherer Zukunft das Aus für das „schwarze Gold“ abzusehen ist und die fortschreitende Erderwärmung und der Klimawandel, die Energie- und Autoindustrie langsam aber doch zur Entwicklung alternativer Modelle treibt.

Ebenso ist Erdöl in Ecuador ein Thema, aber mit einem anderen Hintergrund. Erdöl ist Exportgut Nummer Eins des Landes und hat einen bedeutenden Einfluss auf das Staatsbudget. Trotzdem ist Ecuador im internationalen Vergleich kein erheblicher Erdölexporteur und muss sich das exportierte Rohöl in verarbeiteter Form wieder importieren, da es im Land nicht genügend Raffinerien gibt. Insofern ist das Land zweifach abhängig, erstens vom Weltmarktpreis des Rohöls beim exportieren und zweitens vom Weltmarktpreis des Endgutes beim importieren.

Während meines Auslandsemesters in Quito, Ecuador, welches ich dank des Lateinamerikastipendiums der Universität Wien erfahren durfte, bin ich auf das Thema meiner Diplomarbeit 'gestoßen'. Durch Zufall habe ich an einer s.g. 'Toxitour' teilgenommen, wobei eine Gruppe Studenten verschiedene Verschmutzungsstellen des Erdölkonzerns Texaco besichtigt haben und mit betroffenen Familien Gespräche geführt haben. Dadurch erfuhr ich über den Gerichtsverfahren gegen das Chevron-Texaco Konsortium und konnte in der Anwaltskanzlei der Betroffenen nach Informationen suchen und Interviews durchführen. Meine Erlebnisse in Ecuador haben mich motiviert über die Folgen der Erdölindustrie in Ecuador zu forschen.

Diese Diplomarbeit ist wie folgt aufgebaut: Nach der Einführung im ersten Kapitel werde ich im nächsten Kapitel den theoretischen Rahmen dieser Arbeit schildern. Ich habe mich sowohl auf habermassche Theorie des Kommunikativen Handelns gestützt in dem das Konzept der Verdrängung der Lebenswelten zutreffend für meine Ansicht ist, wie die indigenen Völker mit der modernen Welt konfrontiert werden. Da es sich in meiner Arbeit um die Verletzungen der Kollektivrechte der indigenen Völker handelt werde ich zusätzlich das Konzept der sozio-ökologischen Konflikte, als Ergebnis dieser Vorgänge, vorstellen. Zum

Schluss werde ich die Methodik dieser Arbeit darstellen.

Im dritten Kapitel werde ich die Theorie der Kollektivrechte vorstellen, ihre historische Entwicklung und die heutige internationale Verankerung darlegen. Im Weiteren werde ich die verfassungsrechtlich anerkannten Kollektivrechte in Ecuador behandeln und dabei einige Konzepte der indigenen Dachorganisation CONAIE im Rahmen der Kollektivrechte vorstellen. Zusätzlich ist es notwendig die Vielfalt der indigenen Völker im ecuadorianischen Amazonasgebiet vorzustellen, damit es klar wird dass es sich um eine Mehrzahl von Nationen handelt.

Im nächsten Kapitel werde ich die Geschichte des Erdöls in Ecuador bis zum heutigen Tag darstellen, damit die historischen und heutigen Rahmenbedingungen für die Erdölproduktion klargestellt sind. Es ist wichtig die Bedeutung der Erdölindustrie für das Land, die Rolle internationaler Erdölgesellschaften, der Aufbau und Verlauf von Abhängigkeitsstrukturen und die maßgebliche zukünftige Entwicklung der Erdölindustrie in Ecuador, zu verstehen.

Das fünfte Kapitel behandelt die sozio-ökologischen Konflikte als Verletzung der Kollektivrechte. Ich werde den Zusammenhang zwischen der Erdölindustrie und die daraus resultierenden sozioökologischen Konflikte und die Verletzung der Kollektivrechte der indigenen Völker suchen und anhand eines Beispiels darstellen. Im letzten Kapitel werde ich versuchen eine Zusammenfassung anzubieten und über zukünftige Szenarien nachdenken. Ebenfalls werde ich meine Hypothesen überprüfen und wenn nötig widerlegen. Im Anschluss befinden sich die Literaturliste und Quellenangaben.

Nach dem mein Thema die indigenen Völker, Nationen und Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonas behandelt, verwende ich in dieser Arbeit die Wörter Indigene und Indígenas statt Indio oder Indianer, da die erst genannten einen respektvolleren Wert haben. Ich verwende indigene Völker, Nationen und Nationalitäten mit demselben Stellenwert, hauptsächlich um gewisse Tautologie zu vermeiden, ohne die Diskussion um die Konzepte, die im Kapitel 3.2.1. *Indigene Konzepte* angesprochen wird, übernehmen zu wollen. Ebenso werde ich Ecuador, Ecuadorianer und ecuadorianisch anstatt der früheren

Bezeichnungen Ekuador, Ekuadorianer oder ekuatorianisch verwenden. In Ecuador wird das Amazonasgebiet oft (mit dem Wort) Oriente, was den Osten aber auch Morgenland oder Orient bedeutet, genannt. In dieser Arbeit werde ich diesen Begriff Oriente als Sammelbegriff für das ecuadorianische Amazonasbecken oder gegebenenfalls für die Amazonasgebiete der benachbarten Länder verwenden. Das Wort Sierra verwende ich flächendeckend für das gesamte Hochland- und Andengebiet von Ecuador.

1.1. FRAGESTELLUNG UND HYPOTHESEN

Seit Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre hat die Erdölindustrie den Norden des ecuadorianischen Amazonas als Explorations- und Erzeugungsgebiet eingenommen. Gegenwärtig ist das Erdöl Ecuadors wichtigstes Exportprodukt und dementsprechend ist das Land von den Erdöleinkommen und -ressourcen abhängig. Die Erdölproduktion bringt jedoch nicht nur Einkommen für das Land, sondern der Prozess ist von mehrseitigen Folgeerscheinungen beschattet. Die deutlichsten Nebenwirkungen sind umweltbezogene, soziale und kulturelle Veränderungen und Schäden.

Die Untersuchung wird anhand der nächsten Fragestellung gestaltet: „Wie und welche verfassungsrechtlich anerkannten Kollektivrechte der indigenen Völker werden durch die Erdölindustrie und -erzeugung verletzt?“ Um die Frage zu beantworten möchte ich wissen was Kollektivrechte sind und wie sie in der Verfassung Ecuadors verankert sind. Obwohl internationale Konventionen und Abkommen in dem Gebiet indigenen Rechte generell, und speziell für Kollektivrechte, die wichtigsten Instrumente des Völkerrechts ausmachen, werde ich nun auf die verfassungsrechtlich anerkannten Kollektivrechte, die auch als das Ziel internationaler Beschlüsse gesehen werden sollen, aus Platzgründen konzentrieren. Eine weitere Nebenfrage ist unter welchen Bedingungen die Erdölindustrie in Ecuador entwickelt ist.

Meine Haupthypothese ist wie folgt aufgebaut: wenn die Erdölindustrie in den traditionellen Gebieten der Indigener des ecuadorianischen Amazonas aufgebaut wird, dann

werden die verfassungsrechtlich verankerten Kollektivrechte der Indigenen verletzt. Meine Nebenhypothese lautet: wenn die Einheit der indigenen Territorien durch die Erdölindustrie gebrochen wird, dann sind die Völker gezwungen ihre Identität und Kultur anzupassen, wodurch ihre Gemeinde geschwächt wird.

Im nächsten Kapitel werden der theoretischer Rahmen und die benutzten Konzepte vorgestellt, damit der in der Arbeit theoretisch verwendete Blickwinkel deutlich wird.

2. Theoretischer Rahmen der Problematik

Die Konfliktforschung hat seit den 1950er Jahren ihren Platz in den Sozialwissenschaften gefunden und muss als ein interdisziplinäres Forschungsfeld und -instrument verschiedener Disziplinen verstanden werden. Dementsprechend vielfältig sind auch die Konfliktdefinitionen und -verständnisse, welche verbreitet werden. Hier wird es keine Vorstellung von der Vielzahl der Konflikttheorien oder -ansätze geben, da es weder aus Zeit- und Platzgründen noch aus Sicht der Themensetzung sinnvoll ist. Vielmehr habe ich mich nach einer Einführung von Habermasschen Konfliktverständnisses (siehe Punkt 2.2) auf die Ausrichtung sozial-ökologischer Konflikte konzentriert (siehe Punkt 2.3).

2.1. Kurze Überlegung: Was ist Konflikttheorie?

Um den Begriff Konflikttheorie zu verstehen, ist es notwendig, die einzelnen Begriffe Konflikt und Theorie näher zu betrachten. Der Begriff Theorie ist in der Sozialwissenschaft ein vereinfachtes abstraktes Bild eines Ausschnittes der sozialen Realität, die erklärt und beschrieben werden soll. Bonacker definiert die Theorie als "*abstrakte systematische Aussagen über soziale Tatsachen*".¹ Allgemein gesagt ist der Konflikt eine Auseinandersetzung (Streit, Dissens oder Kampf) zwischen zwei oder mehrere Konfliktparteien, deren Absichten unvereinbar sind. Bonacker weist aber darauf hin, dass es keine neutrale Definition darüber gibt, was ein Konflikt ist, sondern argumentiert, dass anhand und durch Konflikttheorien selber erfahren werden kann, was hinter dem Begriff steht.

In der Konflikttheorie bezeichnet der Begriff Konflikt einen sozialen Tatbestand in dem mehrere Gegebenheiten mitwirken, wie u.a. die wirtschaftlichen Beziehungen, die politischen und rechtlichen Umstände oder die menschliche Natur. Die Konflikttheorien verändern sich je nach den Vorbedingungen, die vorhanden sind, nach den Erkenntnisinteressen und nach den thematischen Bereichen, zusätzlich sind sie abhängig von der historisch-sozialen Lage,

¹ Bonacker, 1996, 13.

in der sie entworfen worden ist. In Konflikttheorien werden grundsätzlich nicht wie in anderen sozialwissenschaftlichen Theorien über Weltbilder oder politische Implikationen unterschieden, sondern es handelt sich um die „*abstrakt-analytische (theoretische) Erfassung des ubiquitären Phänomens des Konflikts.*“² Da aber der Konflikt mit anderen Phänomenen der Gesellschaft in Verbindung steht, wird auch die Theorie darüber in andere Gesellschaftstheorien integriert und zwischen u.a. marxistischen und funktionalistischen Konflikttheorien unterschieden.

Damit die Konflikttheorien eingeordnet werden können, werden sie meistens thematisch, nach den Kontexten in denen sie verfasst wurden, gebündelt. Konflikte können auch nach ihrer Funktionalität oder nach ihrem Gegenstand eingeteilt werden. Es herrscht eine theoretische Vielfalt, da es so viele Themen gibt, wie zB. Machtkonflikte, Interessenskonflikte, Triebkonflikte, Geschlechterkonflikte und Systemkonflikte. Mit den soziologischen Konflikttheorien Simmels und Webers wurde die Komplexität sozialer Konflikte dargestellt und ihre Unumgänglichkeit und ihr positives Potential festgelegt. Konflikttheorie kann zusätzlich auch einen Einfluss auf politische Entwicklungen und Entscheidungen haben und eine „*Theorieproduktion ist zugleich die Produktion neuer sozialer Realität*“.³

2.2. Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas

Hier soll keine umfangreiche Analyse des Habermasschen *Theorie des kommunikativen Handelns* vorgelegt werden. Vielmehr ist dies ein Versuch Teile von den Überlegungen Habermas' über Konflikte in den ecuadorianischen Kontext zu verwenden und brauchbar zu machen. Obwohl Habermas grundsätzlich über Konflikte in westlichen, demokratisch entwickelten und postmodernen Gesellschaften schreibt, gibt es in seiner *Theorie des kommunikativen Handelns* auch in einem lateinamerikanischen Kontext brauchbare Ansätze.

² Bonacker, 1996, 13

³ Hülsmann Heinz, 1974, 404, zitiert in Bonacker, 1996, 18

Mit der Weiterentwicklung der ‚*Kritischen Theorie*‘ hat Habermas die sozialen Konflikte in neueren gesellschaftstheoretischen Diskursen erforscht. Habermas teilt die Gesellschaft in zweckrationale Handlungssysteme: in das ökonomisch-politische System in dem durch symbolische Medien koordiniertes strategisches Handeln stattfindet und in die Lebenswelt, wo das verständigungsorientierte sozialkommunikative Handeln zu Hause ist (zweiter, privater Bereich gesellschaftlicher Reproduktion).

Konflikte können in lebensweltlichen Kontexten angesiedelt sein, wo sie sprachlich mit der besten Argumentation lösbar sind oder Ausdruck eines interessensgeleiteten Handelns im Bereich zwecktätiger Koordination. Im Bereich der systemischen Reproduktion, die durch zweckrationale Handlungssysteme der Wirtschaft und Politik gesichert wird, lassen sich die typischen sozialen Konflikte zwischen gegensätzlichen Interessen einordnen. Die Institutionen (Staat und Markt) dieser Systeme handeln als Konfliktregulierungsmechanismen und regulieren das Konkurrenzhandeln zwischen Individuen. In dieser Hinsicht werden Konflikte systemintegrativ behandelt, also institutionalisiert, anstatt sozialintegrativ zu sein. Insofern sieht Habermas auch, dass die Wahrscheinlichkeit der Konfliktlösung sinkt, da die Handlungskoordination nicht mehr normativ, sondern zweckrational ist.⁴

„In den evolutionären Differenzierungsprozessen hat nun, so Habermas, eine *Entkoppelung von System und Lebenswelt stattgefunden*“⁵, wodurch die ehemalige sozialgemeinschaftliche Integration mit mythischen Autoritätsglauben (religiöse Gewissheiten) die Lebenswelt rationalisiert und strategisches Handeln befähigt wurde. Für Habermas können Konflikte in rechtsstaatlich organisierten Gesellschaften über die Verständigung durch die normative Regelung strategischer Interaktionen (Rechtssystem) integrativ geregelt werden. Dadurch nimmt das Recht die „*Funktion einer Institutionalisierung von Konfliktregulierungsmechanismen (Staat und Markt)*“⁶ auf und die Funktion der Legitimation

⁴ Vgl. Habermas, 1981

⁵ Bonacker, 1996, 101

⁶ Ebd., 102

mit der Garantie einer kommunikativen Autonomie, die sowohl in der Privatsphäre als auch der Öffentlichkeit ihren Ausdruck findet.

So werden systemische Mechanismen in der Lebenswelt verankert und bedrohen die kommunikative, verständigungsorientierte Alltagspraxis durch die Systemimperative der kapitalistischen Ökonomie und des bürokratischen Verwaltungsstaates. Habermas nennt es die *Kolonialisierung der Lebenswelt* durch das System, wobei die Subsysteme Wirtschaft und Staat wegen des kapitalistischen Wachstums immer komplexer werden und immer tiefer in die symbolische Reproduktion der Lebenswelt eindringen. Die Protestbewegungen erheben sich gegen diese systemischen Eingriffe und Konflikte entspringen auf der Schnittstelle von System und Lebenswelt. Dadurch entstehen für Habermas „*Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus*“⁷ da die systemischen Mechanismen abhängig von der Legitimation durch lebensweltliche Ressourcen sind, die aber gleichzeitig unterminiert werden; die kommunikative Rationalität wird einer kapitalistischen und bürokratischen Vernunft untergeordnet. Für Habermas ist der soziale Konflikt im Spätkapitalismus von den zentralen Problemen der Umweltgefährdung, der Überkomplexität und Überlastung kommunikativer Strukturen geprägt.⁸

Mit den Ansichten von Habermas lässt sich der Eingriff der Erdölgesellschaften im ecuadorianischen Amazonasgebiet als einen Angriff gegen die Lebenswelt der indigenen Völker betrachten. Insofern wären die indigenen Gesellschaften die reinste Form der Lebenswelt die wir in der postmodernen Welt finden können. Die Veränderung ihrer Lebenswelt ist eine Verletzung ihres Rechts in Gemeinschaften und anhand ihrer Werte zu leben. Im Folgenden Unterkapitel werden die Ansätze für einen sozio-ökologischen Konflikt, verursacht durch die Erdölproduktion, analysiert.

⁷ Bonacker, 1996, 103

⁸ Vgl. Bonacker, 1996, 103

2.3. Sozioökologische Konflikte

In dieser Arbeit geht es einerseits um soziale Konflikte, da die indigenen Gemeinschaften mit der Aggression des Fremden konfrontiert worden sind, wodurch ihr gemeinschaftlicher Lebensstil angegriffen worden ist. Andererseits handelt es um ökologische Konflikte, wie die Verschmutzung ihrer Gewässer und Territorien. Gleichzeitig ist der Begriff sozio-ökologisch untrennbar, da der eine den anderen hervorruft: der ökologische Konflikt verursacht zuerst den sozialen Konflikt.

Ohne den Leitsatz von Thomas Hobbes "homo homini lupus" übernehmen zu wollen, muss in einem weiten Konfliktbegriff der Konflikt selbst als ein untrennbarer Teil des gemeinschaftlichen Lebens anerkannt werden.⁹ Konflikte hat es schon immer gegeben, was sich geändert hat, sind die Gründe und Ursprünge der Konflikte. Wenn man also zwischenmenschliche Konflikte betrachtet, handelt es sich nicht nur um die Empfindungen und Absichten der Individuen, sondern der Konflikt ist immer einer der Grunddimensionen die das gemeinsame Leben formt und entwickelt. Es ist zielführend, aber nicht einfach, Konflikte als objektive Tatsachen, welche aus der Unterschiedlichkeit der Subjekte resultiert, anzuerkennen.

Alle sozio-ökologischen Konflikte sind von ihrer Natur komplex und haben multiple Stufen, deshalb wäre es ein Fehler derartige Konflikte aus einer Dimension verstehen und analysieren zu wollen. Ein sozio-ökologischer Konflikt ist vorhanden sobald eine Begegnung zwischen zwei oder mehr Akteuren stattfindet: wie zwischen Missionaren und Indigenen; Indigenen und Siedlern, Indigenen oder Siedlern und Mineralstoffe, Erdöl oder Holz extrahierenden Gesellschaften. So gesehen bilden Konflikte einen Teil des Soziallebens des Amazonas. Ohne Konflikte gäbe es keine Fortschritte und jeder Akteur hielte sich für den einzigen Rechthaber im Gebiet. In der Geschichte des Amazonasgebietes sind Begegnungen und Konflikte zwischen denen Machthaber der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ressourcen und die Existenz der gleichberechtigten Gesprächspartner

⁹ Vgl. Varea/Ortiz, 1995, 15

ignoriert worden. Diese Praktiken wurden lange Zeit aufrechterhalten, bis die Beschädigten der Konflikte sich dagegen erhoben haben.

2.3.1. Merkmale der sozioökologischen Konflikte

In Hinsicht auf die Handhabung der Naturressourcen, wird der Konflikt als kollektives Handeln oder als eine Situation in dem der Gegensatz der Interessen, der Rechte, der Perspektiven, der Wahrnehmungen und der Logiken in einem Krisenkontext herrschen, definiert. Die deutlichen Ungleichheiten der Parteien im Bereich der sozialen, strukturellen und konjunkturellen Kräfte verleihen dem Konflikt und seinem Management einen partikularen Charakter. Traditionelle Konfliktlösungsansätze sind weniger sinnführend, da die Bündnis- und Oppositionsmöglichkeiten sehr komplex sind.

Die Bearbeitung eines Konflikts ist eine Strategie der Absprache; ein multidiszipliniertes Feld der Forschung und Handlung, welcher eine Verbesserung der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindungsprozesse bei weitläufigen Problemen anstrebt. Die traditionellen Konfliktmanagement Arten einer Gemeinschaft sind meistens eine Quelle für die Veränderung der Kräfteverhältnisse, welche die lokalen Institutionen stärken und neue Partizipationsmöglichkeiten anbieten kann. Laut Varea/Ortiz, besteht Konfliktmanagement aus einem Bündel von Annahmen über Konflikte, Änderungen und Macht.¹⁰ Für Fontaine ist es zentral zu differenzieren, dass das Ziel nicht die Eliminierung oder Lösung des Konflikts ist, sondern die Verhinderung einer Zuspitzung oder Eskalation eines Konfliktes.¹¹

Konfliktmanagement ist ein Prozess der politischen Bildung im dem die verschiedenen Gesellschaftsgruppen im Laufe der Demokratisierungsprozesse sich gegenüberstehen. Die üblichen Strategien der Konfliktverarbeitung sind Mediation, Versöhnung, Bereitstellung und Verhandlung. Sozio-ökologische Konflikte müssen aber aus

¹⁰ Vgl. Varea/Ortiz, 1995, 16

¹¹ Vgl. Fontaine, 2003b, 101

einem breiteren und vielschichtigeren Blickwinkel betrachtet werden, sonst laufen sie Gefahr stereotypisiert zu werden. „*Él termino conflicto socioambiental asume que la degradación ambiental y los usos de la naturaleza pueden conducir a conflictos.*“¹² Diese Konflikte stellen nicht nur Umweltkatastrophen dar, sondern sind gebündelt mit sozialen Aspekten, die unmittelbar Menschenleben betreffen.

Die sozio-ökologischen Belastungen von Erdölförderung wurden in den 1990er Jahren ein umstrittenes Thema der internationalen Politik; gleichzeitig multiplizierte sich die Anzahl der sozio-ökologischen Konflikte sowie auch die Anzeigen gegen Erdölgesellschaften in dem Amazonasgebiet. Die Debatten über ‚Umweltkonflikte‘ und ‚grüne Kriege‘ sind wegen der globalen Umweltkrise nicht zu stoppen. Varea/Ortiz differenzieren sieben Merkmale für sozio-ökologische Konflikte:¹³

- a. Die Ressourcen der Biosphäre sind limitiert, daher hat Keine/r weder das Recht den zukünftigen Generationen dessen Gebrauch zu untersagen, noch sie verschwenderisch zu verwalten, oder sie in einer asymmetrischen und ungleichen Weise auszunutzen.
- b. Umweltprobleme und sozio-ökonomischen Konflikte haben keinen Halt vor inner- und zwischenstaatlichen Grenzen.
- c. Der Großteil der Umweltprobleme und die damit verbundenen Konflikte verlangen wegen ihrer Globalität, Unmittelbarkeit und ihren Ausmaß eine dringende, wirksame, koordinierte und globale Antwort.
- d. Die sozio-ökonomischen Konflikte sind in entwickelten und ärmeren Staaten unterschiedlich. In den reicheren Staaten sind Formen von Verschmutzung ein Produkt des Überflusses und des Reichtums; wogegen in den ärmeren Staaten die Überbenutzung der knappen Ressourcen Folgen der Armut sind. Es kann von einer klaren Nord-Süd Konfrontation in dem Bereich der Umweltprobleme ausgegangen werden, was u.a. bei den Debatten der Klimakonferenzen zu beobachten ist.

¹² Varea/Ortiz, 1995, 18: „*Der Begriff sozio-ökologischer Konflikt lässt andeuten, dass Umweltzerstörung und Benützung von Ressourcen zu Konflikten führen können*“, freie Übersetzung

¹³ Vgl. Varea/Ortiz, 1995, 18

- e. Um Lösungsansätze für sozio-ökologische Konflikte und Themen zu finden, ist es notwendig, dass die politische Dimension des Konflikts an Einfluss gewinnt, nicht nur die technisch-wissenschaftlichen Dimensionen.
- f. Durch das gewalttätige Potenzial der Umweltkonflikte, verstärkt sich die Verbindung zwischen Umwelt und Sicherheit.
- g. Die Ausarbeitung einer neuen Umweltagenda, welche die globale Dimensionen, die wissenschaftliche Ungewissheit, die Dringlichkeit der Antworten und die Dringlichkeit entschlossen aber vorsichtig zu handeln beinhaltet, ist notwendig.

Das Charakteristische bei den sozio-ökologischen Konflikten im Rahmen der Erdölindustrie im ecuadorianischen Oriente ist, dass nahezu alle sieben oben genannten Beobachtungen zutreffen. Erstens wurde Erdöl Jahrzehnte mit dem Ziel einer kurzfristigen Gewinnmaximierung produziert, ohne Rücksicht auf Umwelt, Menschen oder zukünftige Generationen und im Interesse einiger wenigen. Andererseits sind sowohl Erdöl als auch der Regenwald selbst limitierte Ressourcen der Biosphäre und verlangen eine nachhaltige Nutzung. Zweitens begrenzen sich die aus der Erdölindustrie resultierenden Umweltprobleme zwar nicht vor innerstaatlichen Grenzen, aber die Anden schützen vor der Verbreitung der Umweltverschmutzung. Dies könnte auch das langdauernde Desinteresse des Staates gegenüber sozio-ökologischen Konflikten in dem Amazonasgebiet erklären, da es in der Hauptstadt des Landes nicht direkt spürbar oder lösbar war. Hauptsächlich verbreiten sich die Ölverschmutzungen und die damit verbundenen Konflikte entlang der SOTE und OCP Pipelines, aber auf der nationalen Skala sind die Gebiete immer noch marginal. In Hinsicht auf Nachbarländern wie Peru oder Kolumbien gibt es keine eindeutige grenzüberschreitende Verschmutzung, aber vielleicht wird dieses Konfliktpotenzial durch die lokalen Probleme überschattet.

Drittens verlangen die Umweltprobleme im ecuadorianischen Amazonas eine globale Resonanz und Aufmerksamkeit, vielleicht nicht wegen der Globalisierung der Verschmutzung sondern wegen dem Schutz der Völker des Amazonas als Weltkulturerbe

und dem Regenwald als Lunge des Planeten. Hier kann man die neuerliche Aufforderung des ecuadorianischen Präsidenten Correa zur Beteiligung der internationalen Gemeinschaft im Projekt Yasuní zum Schutz des Regenwaldes als eine Betonung der Globalisierung der Verantwortung im Schutz der Umwelt.

Viertens stimmt es auch, dass sich die Konflikte ganz anders entwickelten, würden sie z.B. in den USA stattfinden. Die Hauptkritik der Chevron-Texaco¹⁴ Gegner ist die eindeutige Missachtung der in den Vereinigten Staaten geltenden Umweltschutzrichtlinien während ihrer Tätigkeit in Ecuador. Eindeutig handelt es sich in Ecuador um Umweltprobleme, welche in der Produktionsphase auftreten, nicht also aus Konsum sondern aus der Herstellung des Endprodukts. Bis in die 1990er Jahre und bis sowohl die Zivilgesellschaft Ecuadors aber auch internationale Umweltbewegungen an politische Bedeutung gewonnen haben, konnten die sozio-ökologischen Konflikte im Oriente verschwiegen werden. Spätestens nach der Veröffentlichung von „Amazon Crude“ von Judith Kimerling wurden die Operationsweisen von Texaco im Amazonas auch international bekannt. Während sich umweltpolitische Bewegungen und Interessensverbände der indigenen Völker organisierten und Strukturen der politischen Macht aufgebaut wurden, war das Thema Umwelt und Schutz im aller Munde, was den fünften Merkmal bestätigt.

Sechstens sind die sozio-ökologischen Konflikte schon mehrmals gewalttätig ausgeartet, wie die Beispiele Huorani vs. Maxus¹⁵ oder Secoya vs Oxy¹⁶ zeigen. Zusätzlich beweist die hohe Konzentration des Militärs in den Erdölgebieten das hohe Potential zur Gewalt der Konflikte. Siebtens besteht immer noch die Notwendigkeit der Bearbeitung einer neuen Erdöl- und umweltpolitischen Agenda in dem auf die Entwicklung der indigenen Völker Rücksicht genommen wird, obwohl auf die globale Dimension der Umweltpolitik durch die Einführung des Projekt Yasuní hingearbeitet wird.

¹⁴ Chevron-Texaco wurde 1993 von 30.000 Betroffenen angeklagt wegen Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt. Im Februar 2011 wurde Chevron von einem Gericht in Ecuador zu einer Strafe von 8,6 Milliarden US-Dollar. Chevron will gegen das Urteil vorgehen.

¹⁵ Der Konflikt zwischen Erdölgesellschaft Maxus und dem Volk Huaorani soll 2003 innerhalb der Indigenen Bevölkerung zu internen Konflikten und sogar zur Tötungen geführt haben.

¹⁶ Der Gesellschaft OXY wird vorgeworfen menschenrechtsverletzende Praktiken geführt und betrügerische Verträge mit den indigenen abgeschlossen zu haben, Secoyas haben mit Straßenblockaden und Besetzungen von Bohrlöchern geantwortet.

2.4. Die Methodik dieser Arbeit

In dieser Arbeit habe ich einen s.g. Methodenmix zwischen den empirisch-analytischen und kritisch-dialektischen Ansätzen verwendet. Das Ziel war die Arbeit deskriptiv und logisch aufzubauen, aber durch die Emotionalität des Themas sah ich meine Objektivität und Wertefreiheit herausgefordert. Ich denke nicht dass ich die Phänomene isoliert betrachten kann, dafür habe ich sowohl hermeneutische (Interpretation von Texten) als auch empirische (Sammlung von Information) Forschungsansätze verwendet. Meine Hypothesen habe ich anhand der Literatur und Erfahrungsberichten über die existierenden Verhältnisse soweit wie möglich überprüft.

Einerseits habe ich sowohl Primär- als auch Sekundärliteratur analysiert und verwendet. Andererseits habe ich Interviews mit Betroffenen als auch mit Experten durchgeführt. Zusätzlich habe ich Film- und Fotomaterial verwendet, welches auf der Homepage der Interessensvertretung der Betroffenen zu entnehmen ist. Bei den Primärquellen handelt es sich um staatliche Publikationen, Dekrete, Gesetze, Statistiken, die Verfassungen des Staates Ecuador, sowie internationale Abkommen und die UN Erklärung über die Rechte der indigenen Völker oder der ILO Konvention 169. Zusätzliche Primärquellen sind meine durchgeführten Interviews.

Hauptsächlich habe ich mich der Analyse von Sekundärliteratur, auf Monographien, Sammelbänden und Zeitungsartikel, gewidmet. Ich habe vor Ort in Ecuador verschiedene Bibliotheken wie die der Universidad Central del Ecuador, Universidad Católica, FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales Sede Ecuador); Herausgeber wie Abya-Yala oder NGOs sowie Acción Ecológica besucht und Literatur gesammelt. Die in Österreich geforschte Literatur stammt hauptsächlich aus der Hauptbibliothek der Universität Wien, der Fachbereichsbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft, der Bibliothek des Lateinamerika Instituts, der C3 Bibliothek der Entwicklungspolitik und der Wiener Stadtbüchereien. Einige Texte sind im Internet zur Verfügung gestellt und abgerufen worden. Zusätzlich habe ich führende ecuadorianische (wie El Comercio, Diario El Universo oder

Hoy) und internationale Zeitungen (New York Times, El País) verwendet um vor allem über die neuesten Entwicklungen in der Erdölpolitik zu erfahren.

3. Indigene Bewegungen und ihre Rechte in Ecuador

Bevor ich die Kollektivrechte ausführlicher darstelle, finde ich es notwendig einen kurzen Überblick über die Entstehung der indigenen Bewegung in Ecuador zu liefern. Als Ecuador 1830 von Spanien unabhängig wurde, spielten die Indigenen keine Rolle bei der Bildung der nationalen Identität, obwohl sie damals fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachten.¹⁷ Die Verfassung von 1830 gründete eine monokulturelle Nation mit einer Sprache, Kultur, Religion und einer ethnischen Zugehörigkeit. Es dauerte mehr als 150 Jahre bis die indigenen Völker ihre Vielfalt einerseits, ihre historische Bedeutung und gesellschaftliche Anerkennung andererseits, etabliert hatten.

Durch die geographisch günstige Lage mussten sich die indigenen Völker der Sierra seit Anfang der Kolonisation ständig mit den spanischen Konquistadoren und Siedlern auseinandersetzen. Die indigenen Völker des Amazonas blieben, wegen der mühsamen Erreichbarkeit ihrer Territorien und der Schwierigkeit entsprechende Verteidigungsinfrastruktur für einen permanenten Sitz in der tropischen Umgebung aufzubauen, bis Anfang des 20. Jahrhunderts nahezu unbehelligt. *“Los vastos y enormes territorios amazónicos, (...) sirvieron como zonas de refugio para los indígenas de aquellas regiones, hasta que en el siglo XX se sucedieron el descubrimiento y la incipiente explotación de recursos naturales (...)”*¹⁸ Diese regionalen Differenzen haben sich in den indigenen Bewegungen wiedergespiegelt in dem die Bewegungen unterschiedliche Visionen und Politikverständnisse entwickelt haben. Während die Indigenen der Sierra ihre Bewegung als einen Klassenkampf (Kampf zwischen Bauer und Großgrundbesitzer) sahen, betonten die Indigenen der Oriente ihre ethnische Abgrenzung zur Gesamtbevölkerung.¹⁹ Die Hauptforderungen der Indigenen des Hochlandes waren das Recht auf Land, auf die kulturelle und wirtschaftliche Reproduktion, anhand einer Agrarreform, sowie die reale Möglichkeit zur politischen Partizipation auf Staatsniveau. Die ersten andinen Organisationen

¹⁷ Vgl. Guerrero, 2005, 16

¹⁸ Mayer, 2008, 16: “Die großen, weiten Gebiete Amazoniens, (...) dienten als Zufluchtsort für die Eingeborenen dieser Gebiete, bis im zwanzigsten Jahrhundert die Entdeckung und die beginnende Ausbeutung der natürlichen Ressourcen folgten (...)“ , freie Übersetzung

¹⁹ Ebd.

waren auch, wie die erste supraregionale Gewerkschaft der Indigenen FEI (Federación Ecuatoriana de Indios) 1944, von der kommunistischen Partei kontrolliert. Die ECUARUNARI (Ecuador Runacunapac Richarimui)²⁰ wiederum wurde vom progressiven Flügel der katholischen Kirche 1972 gegründet und mit linksgerichteter Ideologie getrieben. Diese Bewegungen stammten von den Revolten während der Conquista, von den Jahrhunderten der Unterdrückung und Ausbeutung und der halbfeudalen Agrarwirtschaft, welche die indigene eher als verarmte Bauernschaft als eine ethnische Minderheit definierte.²¹

Die Indigenen des Amazonasgebietes forderten die Kontrolle über ihre Territorien und breite Autonomie- und Selbstbestimmungsrechte mit einer introvertierten Motivation. Im 20. Jahrhundert als die Naturressourcen wie Kautschuk, Edelholz und später Erdöl in dem Gebiet entdeckt wurden und deren Förderung begannen, sahen die Jäger- und Sammlergesellschaften ihren natürlichen Lebensraum gefährdet. Unter der Aufsicht der Salesianer Missionare wurde die interprovinziale Föderation der Shuar Zentren²² und damit die erste Organisation der Amazonas Indigenen 1964 gegründet. Diese Organisation kombinierte die materiellen Interessen wie Schutz vor Territorien mit einer ethnischen Differenzierung und Emanzipation.²³ Im Jahr 1969 wurde der Verband der Bauernorganisationen des Napo Provinzes FEPOCAN²⁴ mit dem Ziel die indigenen Ländereien zu verteidigen und die Völker vor der Ausbeutung der Siedler, Missionare, Händler und Großgrundbesitzer zu beschützen. Der Verband wurde 1973 in die Föderation der Indigenen Organisationen FOIN²⁵ umbenannt.²⁶ Danach wurden die Union der Nativen des ecuadorianischen Amazonas UNAE²⁷, die Organisationen der Indigenen Völker des Provinz Pastaza OPIP²⁸ und Jatun Comuna Aguarico gegründet, da die Einigung in

²⁰ Auf Kichwa heißt es „Den ecuadorianischen Indio aufwecken“.

²¹ Mayer, 2008, 16

²² Federación interprovincial de Centros Shuar

²³ Mayer, 2008, 16

²⁴ Federación de Organizaciones Campesinas del Napo (FEPOCAN)

²⁵ Federación de Organizaciones Indígenas del Napo (FOIN)

²⁶ Tilban, 2000, 49

²⁷ Union de Nativos de la Amazonia Ecuatoriana (UNAE)

²⁸ Organizaciones de los Pueblos Indígenas de Pastaza (OPIP)

Verbänden, Kommunen und Genossenschaften die einzige Möglichkeit für die Indigene war gegen die Ungerechtigkeiten in der Amazonasregion zu kämpfen.²⁹

Die unterschiedlichen politischen Konzepte der beiden regionalen Bewegungen haben auf der nationalen Ebene Konflikte hervorgerufen und die Möglichkeit sich mit einer Stimme für die indigenen Rechte einzusetzen zusätzlich erschwert. Die Indigenen des Hochlandes warfen den Oriente Indigenen vor, eine kurzsichtige und wenig allianzfähige Politik zu treiben; wogegen die Oriente Indigenen sich flexibler und kompromissfähiger außerhalb der links rechts Pole sahen.

Die Gründung von CONACNIE³⁰ und CONFENAIE³¹ im Jahr 1980 war der Startschuss für die Etablierung der indigenen Bewegung auf nationaler Ebene, was sich mit der Gründung der Dachorganisation CONAIE³² 1986 vollzog. CONAIE versuchte die zwei Bewegungen mit dem strategischen Diskurs über die Ethnizität zusammen zu bringen, was nicht hieß, dass die traditionellen Anforderungen der bäuerlichen Indigenen über die Umverteilung des Landes oder Bewässerungskonflikte vergessen wurden. Um die indigene Bewusstseinsförderung über das Merkmal Ethnie zu verstärken, hat CONAIE die indigene Identität durch Sprache, Kultur und durch das Konzept der Plurinationalität betont.³³ *„Los objetivos fundamentales que se planteó [CONAIE] (...) fueron: consolidar a los pueblos y nacionalidades indígenas del Ecuador, luchar por la tierra y territorios indígenas, luchar por una educación propia (intercultural bilingüe), luchar contra la opresión de las autoridades civiles y eclesiales, luchar por la identidad cultural de pueblos indígenas, contra el colonialismo y por la dignidad de pueblos y nacionalidades indígenas.“*³⁴

Für die Bewusstseinsbildung der indigenen Identität waren verschiedene soziale und politische Prozesse notwendig. Durch die Neuorientierung zur Demokratie 1978 wurden zwar

²⁹ Vgl. Tilban, 2000, 49

³⁰ Consejo Nacional de Coordinación de Nacionalidades Indígenas

³¹ Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana (CONFENAIE)

³² Consejo Nacional de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (CONAIE)

³³ Vgl. Mayer, 2008, 17

³⁴ CONAIE, 2010b: „Die Hauptziele, welche sich [CONAIE] (...) vorgestellt hatte, waren: die indigenen Völker und Nationalitäten von Ecuador zu konsolidieren, für das Land und Territorien der Indigenen zu kämpfen, für die eigene (interkulturell-bilinguale) Bildung zu kämpfen, gegen die Unterdrückung der zivil und kirchlichen Autoritäten (..), für die eigene kulturelle Identität der indigenen Völker und gegen Kolonialismus und für die Würde der indigenen Völker und Nationalitäten zu kämpfen.“, freie Übersetzung.

neue aber limitierte Möglichkeiten der Partizipation und des Ausdrucks ermöglicht. Die Demokratisierung der Gesellschaft und der Rückzug des homogenen und allmächtigen Staates durch die neoliberalen Konzepte haben auch die Assimilations- und Modernisierungskonzepte des Staates geschwächt. Die Alphabetisierungs- und Bildungsprojekte unter der Militärdiktatur schafften die erste Generation der indigenen Intellektuellen, welche in den 1980er Jahren die Konzepte der Plurinationalität ausgearbeitet haben. Obwohl die Bildungsprojekte Qualifikationen anboten, blieb die s.g. ‚ethnische Grenze‘³⁵ des sozialen Aufstieges immer noch bestehen, wodurch viele der gebildeten Indigenen in ihre Gemeinden zurück kehrten um als Sprecher und Vermittler zwischen der Gemeinde und Staat zu agieren. Die Wirtschafts- und Verschuldungskrisen in den 1980er Jahren haben viele Indigene in die Städte, auf die Großplantagen oder ins Ausland und auf den Arbeitsmarkt gebracht. Die Migrationserfahrungen, die meistens durch Ausbeutung und Abgrenzung (durch die ‚ethnische Grenze‘) gekennzeichnet waren, haben die Solidarität zwischen den Ausgeschlossenen verstärkt und Platz für eine gemeinsame indigene Identität geschaffen. Die indigene Bewegung auf der Küste wurde später, in den 1990er Jahren gegründet da die indigene Population bevölkerungsmäßig klein und demzufolge ihre politische Gewichtung begrenzt war.

CONAIE entwickelte sich zur repräsentativsten Organisation der indigenen Bewegung in Ecuador. Die Organisation war auch der mächtigste soziale Akteur welcher die Anliegen der Indigenen integrativ mit den Interessen der Gesellschaft verknüpfte und strategische Allianzen mit verschiedenen sozialen Sektoren wie Gewerkschaften, linken Parteien, NGOs schloss. Im Jahr 1988 wurde das Abkommen über die Gründung der nationalen Führung der interkulturellen bilingualen Bildung DINEIB³⁶ zwischen CONAIE und der Kultur sowie dem Bildungsministerium abgeschlossen.³⁷ CONAIE besaß die Fähigkeit die Gewerkschaften von ihrer führenden Rolle des Gesellschaftskampfes zu verdrängen und die Führung in dem Kampf gegen die Umsetzung neoliberaler Politik zu übernehmen; zuerst

³⁵ Vgl. Guerrero, 2001

³⁶ Dirección Nacional de Educación Intercultural Bilingüe (DINEIB)

³⁷ Mayer, 2008, 21

als Vertreter der Indigenen und Bauern und später als Vordermann der breiten Allianz von Organisationen welche in den großen nationalen Konfrontationen der 1990er Jahre beteiligt waren.³⁸

Im Juni 1990 organisierte CONAIE den ersten indigenen Aufstand namens Inti Raymi auf nationaler Ebene und die Indigenen zeigten sich stark im Kampf für Gleichstellung, Würde, und Gerechtigkeit für die indigenen Völker und Nationen.³⁹ Eine Serie von lokalen Landkonflikten in verschiedenen Provinzen des Hochlandes hatte lokale Mobilisierung angeregt, was dann jedoch mit den politischen Forderungen der CONAIE über Reformierung des Staates in Hinsicht auf Plurinationalität und Garantien für politische Partizipation vermischt wurde. Der Staat wurde für eine Woche gelähmt: Straßen wurden blockiert, Agrarprodukte wurden zurückgehalten und riesen Demonstrationen wurden abgehalten. Die wichtigste Errungenschaft des Aufstandes war die Bewusstmachung eines Konfliktes auf nationaler Ebene und die Etablierung der Indigenen als sozialer und politischer Akteur. Der symbolische Wert der Anerkennung der Indigenen als eigenständige politische Akteure bei den Verhandlungen mit dem Staat für die Lösungsfindung, war riesig.⁴⁰

Die 1990er Jahre wurden von mehreren indigenen Aufständen auf nationaler Ebene gekennzeichnet. Im Rahmen der südamerikaweiten Kampagne für die 500 Jahre Resistenz und Kolonisierung organisierte die OPIP 1992 einen historischen Marsch nach Quito um für die Landbesitzrechte der indigenen aus der Provinz Pastaza zu gewinnen. Im Jahr 1994 mobilisierte sich hinter der Parole „Mobilisierung für das Leben“ die indigene Bewegung mit anderen sozialen Bewegungen gegen das neoliberale Agrarreformgesetz und wurde im Diskurs wahrgenommen. CONAIE und die indigene Bewegung waren zusätzlich ein zentraler Akteur in den Prozessen welche die Präsidenten Bucaram 1997 und Jamil Mahuad 2001 zu Fall gebracht haben.⁴¹ Der soziale und politische Einfluss der indigenen Bewegung ist in den letzten 20 Jahren im Vergleich zur Größe der Bevölkerung bedeutender als erwartet gewesen. 1995 wurde Partido Pachakutik Nuevo País, der politische Arm von

³⁸ Vgl. Zamosc, 2008, 14

³⁹ Vgl. Tibán 2001, 52

⁴⁰ Vgl. Mayer, 2008, 24

⁴¹ Vgl. Zamosc, 2008, 14

CONAIE, gegründet und bereits in den Wahlen 1997 gewann die Partei 10% der Parlamentssitze.⁴² Die indigene Bewegung orientierte sich an der Forderung autonomer Territorien wie auch Bekämpfung des Neoliberalismus und Beteiligung am politischen Geschehen des Landes. Als Höhepunkt der politischen Beteiligung war die kurz geteilte Regierungsverantwortung mit dem Präsidenten Lucio Gutiérrez bis der Präsident seine neoliberalen Aspirationen enthüllte. Der Preis für den Fehltritt war hoch weil der klientelistische Stil des Präsidenten die indigene Bewegung splitterte und schwächte. Dementsprechend unbeträchtlich war auch die Beteiligung der Bewegung in den Protesten gegen den Amtsmissbrauch Gutiérrez, was ihm auch letztendlich stürzte.

⁴² Ebd.

3.1. Die indigene Demographie Ecuadors

Der s.g. Entwicklungsrat der indigenen Nationalitäten und Völker Ecuadors CODENPE (Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador) repräsentiert jedes der 32 indigenen Völker und Gemeinden, welche der plurinationale Staat Ecuadors anerkennt. Die Völker und Nationalitäten werden durch eigene Repräsentanten in dem Rat vertreten, welches den öffentlichen Institutionen anhand vom *Organisationsgesetz*⁴³ *der öffentlichen Institutionen der indigenen Völker*, Richtlinien gibt.⁴⁴

Hauptsächlich kann man die Völker nach der geographischen Lage unterscheiden, in die Hochland Indigenen, die Amazonasbecken Indigenen und die der Küstenregion, aber es gibt auch regionsüberschreitende Gruppen. Charakteristisch sind ihre Vielfalt und territoriale und kulturelle Verbundenheit und Bedürfnis der (legitimen) Eigenrepräsentation. In der Küste gibt es die Nationalitäten Awa, Chachi, Epera y Tsáchila und Völker: Manta, Huancavilca; im Hochland also Sierra herrscht die Nationalität Kichwa, die aus den 17 Völkern: Panzaleo, Salasaca, Saraguro, Kitu Kara, Karanki, Natabuela, Chibuelo, Waranka, Kañari, Puruhá, Otavalo, Quisapincha, Kayambi, Tomabela, Pasto, Paltas und dem Volk Kitu Kara zusammensetzt. Im Oriente also Amazonasgebiet wohnen die Nationalitäten: Cofán, Secoya, Siona, Waorani, Shiwiar, Zápara, Achuar, Shuar, Andoa y und die Kichwa des Amazonas, die zwar von der Zahl her weniger sind aber durch die Politisierung der sozio-ökologischen Konflikte in ihren Territorien an Bedeutung gewannen. In der letzten Volksabzählung 2010 wurden 7% der Bevölkerung als Indigene gekennzeichnet⁴⁵, aber die Angaben sind umstritten, da die Volkszählung nicht alle abgelegenen Völker erreichte. Den Schätzungen nach gehören zwischen 15-50%⁴⁶ der Bevölkerung zu einem indigenen Volk oder Nationalität.

⁴³ No. 86 des 175. Registro Oficial im September 2007

⁴⁴ Vgl. CODENPE

⁴⁵ INEC VI Censo de Población y de Vivienda. Im November 2010 fand die letzte Volkszählung statt.

⁴⁶ Vgl. Höglinger 2004, 5 und Zamosc, 2008, 12

3.2. Theorie der Kollektivrechte

Schon im antiken Rom, im osmanischen Reich oder im zaristischen Russland wurden Rechte an Gemeinschaften gegeben, jedoch ist der Diskurs um die Kollektivrechte in der politischen Debatte und der modernen Rechtsprechung relativ jung. Das Thema ist auch in den Sozialwissenschaften umstritten. Einerseits gibt es die Auffassungen, welche das Konzept ablehnen mit der Begründung, dass nur Individuen rechtebesitzende moralische Akteure sein können. Gruppen oder Gemeinschaften werden als legale Fiktionen betrachtet, denn nur der Staat kann außerhalb von Individuen Rechtsbesitzer sein. Die Betonung auf die Rechte der Individuen kommt aus dem klassischen Liberalismus in dem der Staat dem Bürger zivile und politische Rechte, ohne Rücksicht auf seine Herkunft, versichern muss, diese Rechte wurden in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als universelle Werte angenommen. Obwohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Rechte und Schutz für religiöse, nationale Gruppen und für ethnische und sprachliche Minoritäten gewährt, ist immer das Individuum als Mitglied dieser Gruppen gemeint; dementsprechend können die Rechte hauptsächlich als Rechte des Individuums gesehen werden.⁴⁷

Um zu verstehen warum die indigenen Völker für die Anerkennung ihrer Kollektivrechte und nicht nur ihrer Individualrechte kämpfen, ist es notwendig genauer in die Thematik zu gehen. Die Kategorie Kollektivrechte ist groß und heterogen: sie beinhaltet sowohl die Rechte der Gewerkschaften, Verbraucherrechte, das Recht auf eine gesunde Umwelt, aber auch die jüngsten, gleichzeitig herausforderndsten Forderungen welche in die Matrix aufgenommen worden sind, die der indigenen Völker und ethnischen und nationalen Minoritäten.

Die Debatte zwischen Kollektivismus und Individualismus der Menschenrechte wird von Rodolfo Stavenhagen⁴⁸ folgendermaßen beobachtet: *“En los grupos comunitarios (familia, clan, pueblo, tribu o comunidad religiosa), (..) los individuos tienen derecho a su*

⁴⁷ Vgl. Bernal, 2000, 38

⁴⁸ Mexikanischer Soziologe und der erste Sonderberichterstatter der UNO für die Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten der indigenen Völker (Resolution 2001/57)

dignidad y a ser respetados como tales, pero su identidad se vincula a la del grupo al que pertenecen y hacia el cual también tienen determinados deberes y obligaciones."⁴⁹

Dementsprechend kann man das Individuum nicht als Subjekt der allgemeinen Menschenrechte, unabhängig von seiner primären Gruppe, behandeln. Dieser Kollektivismus, gegensätzlich zum Individualismus, stößt auch auf Probleme in der Erfüllung der Menschenrechte, da manche von diesen Gesellschaften patriarchal, hierarchisch und autoritär sind, in dem oft die Rechte der Kinder, Frauen und Jugendlichen verletzt werden.⁵⁰

Die Dachorganisation der indigenen Verbände in Ecuador, CONAIE, betont den Unterschied zwischen Kollektivrechte zur Individualrechten. CONAIE definiert die Kollektivrechte als Menschenrechte dessen Nutznießer Gemeinschaften, Gemeinden und Völker sind. Es sind Rechte, welche einer sozialen Gruppe, gehören, nicht einer einzigen Person. Als Beispiel nennt CONAIE das Recht auf Identität, das Recht auf saubere Umwelt, auf Bildung in der eigenen Sprache, oder das Recht auf unteilbares Gemeinschaftsland.⁵¹

Da die Kollektivrechte als das Gegenteil der Individualrechte definiert werden, sind einige Eigenschaften ausschlaggebend für sie, welche Individuen nicht besitzen können. Ein Recht kann nicht individuell sein und wird dementsprechend als Kollektivrecht definiert, wenn das Objekt des Rechtes eine Gemeinschaft ist, wenn das Interesse das vertreten wird ein gemeinschaftliches ist und wenn die Ausübung des Rechtes kollektiv ist.⁵² Diese simple Definition wird oft kritisiert, da es nicht die komplexen Matrixen der ethnischen Gruppen oder Minoritäten widerspiegelt in dem Individuen gewisse Rechte ausüben.

Als Gegensatz zu den gemeinsamen, die gesamte Bevölkerung betreffenden Rechten, verlangen die indigenen Gruppen und Minoritäten s.g. Sonderrechte, die nur auf gewisse Gruppen der Gesellschaft zugeschnitten sind. In diesem Zusammenhang soll auf die undeutlichen Wörter Gruppe, Gemeinschaft und Gemeinde (Grupo, comuna,

⁴⁹ Stavenhagen, Rodolfo: "Los Derechos Indígenas en el Sistema Internacional: Un sujeto en construcción", Revista IIDH, San José, 1998 zitiert in Moreira : In den gemeinschaftlichen Gruppen (Familie, Klan, Dorf, Stamm oder religiöse Gemeinschaft), (..) haben die Individuen das Recht auf ihre Würde und darauf respektiert zu werden wie sie sind, aber ihre Identität ist an die Gruppe verbunden, woran sie teilnehmen, was mit gewissen Aufgaben und Verpflichtungen verbunden ist.", freie Übersetzung

⁵⁰ Vgl. Moreira

⁵¹ CONAIE in der „Ley de Justicia Indígena definitivo“

⁵² Vgl. Bernal, 2000, 38

colectividad) geachtet werden. Damit eine Gruppe als Inhaber von Rechten funktionieren kann, müssen ihre Mitglieder sich gegenseitig normativ verknüpft sehen und aus einem Verständnis der gemeinsamen Regeln agieren.⁵³ Gerade objektive Faktoren, wie die gemeinsame Geschichte, die Ethnizität, die Sprache, die sozialen Bedingungen, wie auch subjektive Faktoren, wie das gemeinsame Verständnis was die Individuen zur Gruppe machen, geben der Gruppe ihre Herkunft. McDonald betont, dass nicht das gemeinsame Erbe der Vergangenheit reicht zur Gruppenbildung, sondern das geteilte Ethos macht es aus und dieses soll ein rudimentärer Faktor der Identität des Individuums sein.

Neben der Gruppe ist die Art der Kollektivrechte interessant, denn nicht alle Rechte haben denselben Stellenwert. Kymlicka⁵⁴ teilt die Rechte der Gruppe in drei Kategorien. Die erste Kategorie ist das Recht der Selbstverwaltung, welche verschiedene Ebenen der politischen Autonomie, sowie auch territoriale und lokale Gerichtsbarkeit mit Kontrolle über das lokale Bildungssystem und Verwaltung des Gerichtswesens beinhaltet. Die multiethnischen Rechte machen die zweite Kategorie aus und umfassen das Recht auf die Ausübung ihrer eigenen Kultur in Sprache, Glaube ohne dabei diskriminiert zu werden, wie z.B. Anerkennung der lokalen Sprache als offizielle Sprache des Staates. Das Recht auf politische Repräsentation in den Staatsorganen.

Bernal fasst wie folgt zusammen: es ist nicht möglich die ganze Facette der Kollektivrecht zu fangen, wenn die Einteilung der Rechte in Individual- oder Kollektivrechte anhand der ausübenden Person (Individuum oder Gruppe) erfolgt. Zweitens die Kollektivrechte, die von indigenen Gruppen verlangt werden, sind mehr als irgendwelche Rechte von Gemeinschaften (wie Gewerkschaften); sie sind Rechte von speziellen Gruppen innerhalb der Gesellschaft und eine Art ihre Definitionen und Fragen in ihren Forderungen zu visualisieren.⁵⁵ Das Konzept der Kollektivrechte bleibt zwar unter verschiedenen theoretischen Mehrdeutigkeiten begraben, aber die Einführung der Rechte in die Gesetzgebung der Länder wird den Prozess und die festgefahrenen Regeln absetzen.

⁵³ McDonald, Michael, 1992, 135

⁵⁴ Zitiert in Bernal, 2000, 40

⁵⁵ Vgl. Bernal, 2000, 40.

3.2.1. Indigene Konzepte im Kollektivrecht

Die Konzepte Nation, Nationalität und Volk werden oft in der Diskussion um die indigenen Rechte behandelt. Das Konzept Nation ist eng mit dem Prozess der homogenen Staatenbildung des 19. Jahrhunderts verknüpft, was die Indigenen ablehnen. Für sie wurde die ecuadorianische Nation nie konstruiert, was sich in der ausschließenden Struktur der Gesellschaft und des politischen Systems manifestiert ist.⁵⁶ Das Konzept des indigenen Volkes wurde 1989 in der ILO Konvention 169 erstmals in die internationale Rechtordnung eingeführt und erstmals anerkannt. Bis dahin wurden die indigenen Bevölkerungen als Ethnie, Stamm, Horde oder als Bevölkerungsgruppen bezeichnet, was sie als Marginalgruppen mit temporärem Charakter erscheinen lässt und die staatliche Integration als Lösung dargestellt wird. Da aber das Wort Volk im Spanischen (pueblo) ein Synonym für Dorf ist, wird von den Indigenen Völkern das Konzept Nationalitäten bevorzugt.⁵⁷

Der Begriff indigener Nationalitäten (nacionalidades) beruht auf das Recht ohne Diskriminierung und Marginalisierung sich von der Mehrheitsbevölkerung zu trennen und sich mit diesem Unterschied zu identifizieren. Mit diesem Begriff identifizieren ihre Gemeinschaften sich als die geschichtliche Kontinuität der früheren Nationalitäten, die vor der Ankunft der Spanier das Gebiet Ecuadors bewohnt haben. Die Gemeinschaft besitzt eine eigene Kosmvision, Kultur, soziale und politische Organisation und eine Jahrhunderte altes Rechts- und Wirtschaftssystem, die ihre soziale Organisation umrahmt.⁵⁸ Diese Ziele haben die indigenen Gemeinschaften Ecuadors vereint. Mit verstärkter Stimme fordern sie vom Staat Garantien und Mittel für die Bewahrung, Schutz und Förderung ihrer Identität, unter anderen durch die Öffnung der staatlichen Institutionen bei Entscheidungsprozessen zu verteilen.

Im Zusammenhang mit der neuen Verfassung hat die Dachorganisation der Indigenen, CONAIE 2010 einen zusammengestellten Entwurf über das neue Grundgesetz

⁵⁶ Vgl. Maldonado, 1998, 31

⁵⁷ Vgl. Maldonado, 1998, 34

⁵⁸ Vgl. Trujillo, 2000, 7

der Koordination und Kooperation zwischen der indigenen und ordinären Jurisdiktion mit ihren Ansichtspunkten veröffentlicht. "(...) [E]l pluralismo jurídico en el caso ecuatoriano, se evidencia por la existencia y vigencia de un sistema jurídico nacional, la presencia y vigencia de varios otros sistemas normativos indígenas dentro del mismo territorio."⁵⁹ In diesem Entwurf werden die indigenen Konzepte vorgestellt, die den Grundriss ihrer Forderungen verkörpert.

Das Recht auf freie Entscheidungsfindung (*libreterminación*)⁶⁰ ist das Recht einer Gemeinschaft, eines Volkes, einer Nation sich selbst zu definieren und ihre soziale Organisation durch Selbstverwaltung, -administration und -regie zu bestimmen. Folgende sechs Begriffe unterstützen den Konzept der freien Entscheidungsfindung: das Recht auf *Selbstbehauptung (autoafirmación)*, ein Recht die eine Gemeinschaft hat um ihre Existenz und zu verkünden und als solches anerkannt zu werden. Ebenso gehört das Recht zur *Selbstbestimmung (autodefinición)* zu den begleitenden Begriffen, was das Recht einer indigenen Gemeinschaft, festzustellen wie sie sich als eine Gemeinschaft erkennen wollen und entscheiden können wer an dieser Gemeinschaft, Volk oder Nationalität teilnimmt. *Selbstabgrenzung (autodelimitación)* besteht aus dem Recht die eigenen Grenzen der indigenen territorialen Eingrenzung zu definieren. *Selbstorganisation (autoorganización)* ist das Recht auf die Eigendefinition der Strukturen, Verordnungen und Vorschriften als gesetzlichen Normen. *Selbstverwaltung* ist das Recht der Gemeinschaft, Volk oder Nationalität die eigenen Angelegenheiten zu führen um sich frei selbst in Rahmen der eignen rechtlichen Normen zu regieren und verwalten. Diese sechs Begriffe umrahmen den Gültigkeitsbereich der freien Entscheidungsfindung, der nicht nur die Freiheit der Personen unterstreicht sondern.⁶¹

Indigene Autonomie ist ein weiterer Grundforderung der Indigenen und soll die Fähigkeit eines Volkes eine Entscheidung für interne oder externe Entwicklungen zu treffen,

⁵⁹ CONAIE, 2010, 2: „(...) [R]echtspluralismus im ecuadorianischen Fall erweist sich durch die Existenz und Gültigkeit einer nationalen Rechtsordnung, die Anwesenheit und Wirkung von verschiedenen anderen indigenen Regelungssysteme im gleichen Gebiet.“, freie Übersetzung

⁶⁰ Vgl. CONAIE, 2010, 15

⁶¹ Vgl. CONAIE, 2010, 16

unterstützen. Autonomie ist als eine Regelung mit politischen, rechtlichen und administrativen Charakter mit dem Ziel dass die Gemeinschaften, Völkern und Nationen, in der Ausübung der freien Entscheidungsfindung mit der Unterstützung ihrer eigenen Rechtssystems und selbst erwählten Autoritäten, ausgehend von der indigenen Realität und Interpretation ihrer Kultur, sich um ihren eigenen Angelegenheiten und Entwicklung kümmern. Indigene Autonomie bedeutet nicht, sich von der nationalen Gesellschaft zu isolieren zu wollen, aber auch nicht, ohne Koordination mit dem Staat verhandeln zu wollen; im Gegenteil der Staat soll annehmen, dass die Autonomie die Gesamtheit der indigenen Forderungen ist, im vollkommen Gültigkeit des Alli kawsay.

Alli Kawsay⁶² ist ein indigenes Konzept und Lebensprinzip das zu einer ausgewogenen, harmonischen, nachhaltigen, ganzheitlichen und alternativen Entwicklung, ohne Leugnung der kulturellen Vielfalt und Identität, führt. Alli Kawsay ist in der indigenen Kultur, Weisheit, territorialen Realität, natürlichen Ressourcen und in der Schonung der Biodiversität, Natur und sozialen Organisation verankert. Mit Alli Kawsay wird die Harmonie zwischen Mensch und Natur gesucht, es ist der gemeinschaftliche Sozialpakt, dessen Basis die dreidimensionale Balance zwischen dem Kosmos, der Natur und der Gesellschaft ist.

⁶² CONAIE, 2010, 17

3.3. Kollektivrechte und indigene Völker in Ecuador

Seit ihrer Erhebung 'Levantamiento del Inti Raymi' im Jahr 1990, entwickelte sich die indigene Bewegung Ecuadors im Laufe des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts zu einem bedeutenden politischen Akteur im Land. Nicht nur ihre Einberufungskraft und der Organisationsgrad sondern auch der Charakter ihrer Forderungen, wie die Anerkennung der Rechte der Indigenen Völker, haben den Staat und die Gesellschaft im allgemeinen überrascht.

Mit der Eingliederung der Kollektivrechte in die Verfassung Ecuadors in 1998 gab es eine fundamentale Änderung in der Beziehung zwischen Staat und Indigene, Staat und Bürger und in der Rechtsdoktrin. Die Verfassung von 1998 wurde in politisch instabilen Zeiten in welchen der Präsident Bucaram kurz zuvor sein Amt durch soziale Proteste verloren hatte und ein politisches Vakuum im Land herrschte, ausgearbeitet. Die indigenen Organisation CONAIE hatte in dieser turbulenten Umgebung einen öffentlichen Aufruf zur Formierung einer konstituierenden Versammlung gemacht; ein Vorschlag, der verschiedene gesellschafts- und produktive Sektoren, wie auch Militärs gewinnen konnte. Die letztgültige Verfassung von 2008 wurde im Gegensatz zu den Vorgängern von dem Präsidenten selber initiiert, aber als Gemeinsamkeit hatte sie die Weiterentwicklung der indigenen Rechte und Inkorporierung der Punkte der UN Erklärung über die Rechte der indigenen Völker.

Die Kollektivrechte, welche auch Rechte der dritten Generation⁶³ genannt werden, distanzieren sich von der liberal-individuellen Betrachtungsweise. Die Nutznießer dieser neuen Rechtskategorie werden nicht als Individuen an sich, sondern als Mitglieder einer Gemeinschaft gesehen. Das Umweltrecht, das Verbraucherrecht, Rechte der indigenen und der afro-ecuadorianischen Völker, sind Kollektivrechte. Für die Indigenen hat die Anerkennung ihrer Kollektivrechte einen neuen rechtlichen, politischen und sozialen Raum geöffnet, in dem die Kontrolle über ihre Entwicklung, Schutz ihrer Gebiete und die

⁶³ Jurist und Professor Karel Vasak fürte die Theorie der Drei Generationen der Menschenrechte 1979: Die erste Generation beinhalten die bürgerlichen und politischen Rechte, die zweite Generation die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte und die Dritte die sogenannten Solidaritätsrechte

Beibehaltung ihrer Identität behandelt werden kann.

Die Ratifizierung der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation⁶⁴ Übereinkommen über Eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern, (Indigenous and Tribal Peoples Convention 169) im Jahr 1998 hat die Kollektivrechte der indigenen Völker gestärkt und einen internationalen Halt gegeben. Die internationale Anerkennung der Kollektivrechte wurde 2007 nach 20 Jahren Verhandlungen auch in der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Unterzeichnung der *Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Indigene Völker*⁶⁵ verstärkt. Die Deklaration beinhaltet die individuellen und kollektiven Rechte der indigenen Völker, sowie ihr Recht auf Kultur, Identität, Sprache, Beschäftigung, Gesundheit, Bildung und andere Themen, auch wenn sie einen unverbindlichen Charakter hat. Die Kollektivrechte definieren die traditionellen politischen und rechtlichen Konzepte neu. Ihre aktive Benützung und Entwicklung stellen eine Herausforderung für die Indigenen Organisationen und die Rechtsgelehrten des Landes.

Doktorin Maria Elena Moreira, Expertin für Menschenrechte, hat die Stellung der Kollektivrechte in Ecuador analysiert.⁶⁶ Moreira erklärt, dass seit den 1980er Jahren eine eigene doktrinäre Anerkennung für die Kollektivrechte beginnt. In dem Abkommen und Plan „Reacción“ von Wien 1993, wurde die Anerkennung der Kollektivrechte unterzeichnet. Im Gegensatz zu früher als es als eine innere Angelegenheit der Staaten angesehen wurde, ist es heute ein Thema von weltweitem Interesse und etabliert sich langsam als ein zentrales Objekt des Völkerrechtes. Moreira zeigt, dass in Ecuador immer noch widersprüchliche Aspekte existieren, welche den notwendigen Konsensus, wahrscheinlich aus Unwissenheit über ihre juristische Natur und ihrer praktischen Voraussetzungen für die Umsetzung der Kollektivrechte, für die Universalisierung dessen verhindert. Im Land ist eine Debatte über die Autonomie der Indigenen Völker und über den Gebrauch einer kollektiven indigenen Gerechtigkeit entflammt. Eines der größten eingeführten Fortschritte der aktuellen

⁶⁴ International Labour Organisation (ILO)

⁶⁵ Vgl. Vereinte Nationen, 2007

⁶⁶ Vgl. Moreira

Verfassung, im Hinblick auf Rechte und Garantien von Personen, ist laut Moreira die Klassifizierung in zivile, politische, ökonomische, soziale, kulturelle und kollektive Rechte, wie es in den Doktrinen des Völkerrechts über Menschenrechte vorgelegt wird. *“Es necesario, por ende, propiciar un mayor conocimiento sobre el tema, a fin de desvirtuar mitos y prejuicios que, con o sin razón, surgen por la escasa profundización de esta categoría de derechos.”* - verlangt Moreira.⁶⁷

⁶⁷ Moreira: „Daher ist es notwendig, ein größeres Bewusstsein über das Thema zu verbreiten, um Mythen und Vorurteile zu widerlegen, welche mit oder ohne Grund, aus der geringen Verbreitung dieser Rechtskategorie stammen.“, freie Übersetzung

3.4. Die verfassungsrechtliche Anerkennung der Kollektivrechte in Ecuador

Im Jahr 2008 wurde per Volksbefragung die neue Verfassung⁶⁸ Ecuadors eingeführt. Die Verfassung Ecuadors vom Jahr 2008, wie auch schon im Jahr 1998, hat neben den zivilen, politischen, ökonomischen und kulturellen Rechten aus den Doktrinen der Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auch die Kollektivrechte der indigenen und afroecuadorianischen Völker inkludiert. Alle diese Rechte sind ebenso essentiell, unteilbar und komplementär. Die drei Hauptinstrumente für das Kollektivrecht in Ecuador sind die politische Verfassung des Landes, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Indigenen und der ILO Übereinkommen (169) über Eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern. In diesem Kapitel stelle ich die verfassungsrechtlich verankerten Kollektivrechte Ecuadors detaillierter dar und werde aus Platzgründen nicht tiefer auf die Abkommen internationaler Organisationen eingehen.

In der neuen Verfassung Ecuadors vom Jahr 2008 wurden im Wesentlichen die kollektiven Rechte der indigenen Völker aus der Verfassung von 1998 beibehalten. Eine Änderung war die Erfüllung einer der Forderungen der indigenen Dachorganisation CONAIE: die Anerkennung und Etablierung des plurinationalen Staates Ecuador in dem ersten Artikel der Verfassung. Eine weitere Erneuerung war im Artikel zwei die Einführung der indigenen Sprachen *Kitchwa* und *Shuar* als ‚offizielle Sprachen der interkulturellen Beziehungen‘, was zwar nicht den gleichen Stellenwert als Spanisch verspricht, jedoch einen Schritt nach vorne bedeutet. Die anderen indigenen Sprachen wurden als Amtssprachen in den jeweiligen Regionen anerkannt.

⁶⁸ Dies ist die zwanzigste Verfassung Ecuadors seit 1860.

In der Präambel wird ebenfalls Bezug auf die Jahrtausende alten Wurzeln verschiedener Völker, auf die Natur, die Pacha Mama⁶⁹, von dem die Menschen ein Teil sind und die entscheidend für ihre Existenz sind, wie auch auf die Weisheit aller Kulturen, welche die heutige Gesellschaft formen, genommen. In der Verfassung wird mehrmals auf die verschiedenen Völker des Landes verwiesen, z.B. das Recht auf die eigene Kultur (Artikel 21); das Recht eigene Wahlkreise für die Bewahrung ihrer Kultur zu kreieren (Artikel 60); das Recht auf eine saubere und ökologisch ausgeglichene Umwelt (Artikel 397) und ein ganzes Kapitel⁷⁰, welches sich dem Recht für Gemeinschaften, Völker und Nationalitäten widmet. Während Artikel 56 die unterschiedlichen Gemeinschaften, Völker oder Nationalitäten als einmaligen und unteilbaren Teil des ecuadorianischen Staates bezeichnet, geht Artikel 57 in die Tiefe was man im klassischen Sinne als Kollektivrecht versteht. Zusätzlich bezieht sich der Artikel 57 nicht nur auf die Indigenen Rechte der Verfassung, sondern bestätigt die Gültigkeit der vereinbarten Kollektivrechte in „*Pakten, Konventionen, Erklärungen und in anderen internationalen Instrumenten der Menschenrechte*“.⁷¹

In 20 Absätzen vom Artikel 57 werden die Kollektivrechte der indigenen Bevölkerung festgelegt. Vom Recht der Bewahrung, Entwicklung und Verstärkung ihrer Identität im Sinne ihrer Tradition und sozialen Organisation (Absatz eins), sowie Schutz vor Diskriminierung und Rassismus (Absatz zwei), bis hin zum Recht auf Entschädigung bei Fremdenfeindlichkeit oder Intoleranz (Absatz drei). Absätze vier und fünf vom Artikel 57 behandeln das Recht auf den unantastbaren Besitz ihrer Stammesgebiete und Territorien und das Recht auf die unübertragbare, unabdingbare und unteilbare Eigenschaft ihrer Gemeinschaftsgebiete.⁷² Die territoriale Eingrenzung der Indigenen wird im Artikel 242 der neuen Verfassung als

⁶⁹ Pacha Mama ist für die Anden Völker die Mutter Erde, einer Gottheit die Leben schenkt

⁷⁰ Kapitel Nummer 4 Artikel 56 – 58.

⁷¹ Artikel 57 in der Verfassung Ecuadors, 2008, S41, freie Übersetzung

Sonderregelung eingestuft, abgesehen von der normalen territorialen Organisation, welche vom Staat geführt wird. Artikel 257 bekräftigt die Zuständigkeit der territorialen Selbstverwaltung in Hinsicht auf die politische und administrative Organisation dieser Gebiete, solange die Verwaltung nach den Prinzipien des Interkulturalismus, Plurinationalität und der Kollektivrechte geführt wird.

Absätze sechs und sieben sind zentral für die Benützung der unterirdischen Rohstoffe und Erdölförderung. Während Absatz sechs noch das Recht auf den Gebrauch, Nutzung und Verwaltung der erneuerbaren natürlichen Ressourcen bestätigt, garantiert Absatz sieben das Recht auf Beratung über in ihrem Gebiet stattfindenden Erforschung, Entwicklung und Vermarktung nicht erneuerbarer Rohstoffe, die Anteilnahme an Einkünften welche diese Projekte beziehen und das Recht auf Entschädigungen für potentielle soziale, kulturelle und umweltbezogene Schäden.

Die nächsten Absätze acht und neun vom Artikel 57 beziehen sich auf das Recht eigener Mittel für die Beibehaltung und Förderung der biologischen Vielfalt und der natürlichen Umgebung (Absatz acht) und das Recht auf eigene Form des sozialen Zusammenlebens, sozialen Organisation und Autoritätsbildung in ihren Territorien (Absatz neun).

Einen neuen Aspekt lieferte die Bildung, Entwicklung, Verwendung und Ausführung des eigenen Gewohnheitsrechtes im Absatz 10, der nicht gegen die konstitutionellen Rechte widersprechen kann. Dieser Punkt wird weitergeführt im Artikel 171 ‚Justicia indígena‘ in dem den Autoritäten der indigenen Gemeinschaften, Völkern und Nationen die Aufgabe der Ausübung von gerichtlichen Funktionen übertragen wird. Die Justicia Indígena beruht auf der Basis ihrer alten Traditionen und ihren eigenen Recht, innerhalb von ihren Geltungsbereich und mit der Voraussetzung der Beteiligung und Einbindung in dem Entscheidungsprozess. Dieser rechtlicher Pluralismus, der die Präsenz und Gültigkeit verschiedener

indigener Rechtssysteme innerhalb eines Territoriums bestätigt, sind weiterhin im Artikel 343 des Justizkodex⁷³, im Artikel 8,9 und 10 des OIT Abkommens 169, wie auch im Artikel 34 in der Erklärung der Vereinten Nationen über indigenen Rechte anerkannt, garantiert und ermöglicht.

Absatz 11 vom Artikel 57 verbietet die Verdrängung oder das Verjagen der Indigenen aus ihren Stammesgebieten. Im Absatz 12 wird zusammenfassend das Recht auf kollektives Wissen, dessen Wissenschaft, Technologie und alte Weisheiten aufrechtzuerhalten, zu schützen und zu entwickeln garantiert, wie auch das Verbot über alle Formen der Eigentumsverhältnisse über traditionelles Wissen, Innovationen und Gebräuchen befestigt.⁷⁴

Der Artikel 13 der Verfassung befasst sich mit dem Recht auf die Erhaltung, Wiederherstellung, Schutz, und Entwicklung ihres Kulturguts und historischen Erbes, was ein untrennbarer Teil der Kultur Ecuadors ist. Um Absatz 13 zu erfüllen wird im Absatz 14 das Recht auf die Entfaltung, Verstärkung und Förderung der interkulturellen bilingualen Bildung für die gesamte Schulkarriere, mit kollektiver und mitwirkender Verwaltung auf gemeinschaftliche Aufsicht und Rechenschaftspflicht aufgebaut, einschließlich der eingebauten Qualitätskriterien und eigenen Lehrerausbildungen.

Weiters wird die politische Organisation der indigenen Völker in der Verfassung begründet: Artikel 15 belegt das Recht auf die Gründung und Erhaltung von repräsentativen Organisationen und Artikel 16 bestätigt die Beteiligung der indigenen Völker durch ihre Vertreter in offiziellen Apparaten des Staates. Das Recht konsultiert zu werden bevor legislative Maßnahmen, die ihre Kollektivrechte beeinflussen könnten, übernommen werden, wird im Absatz 17 festgelegt. Absatz 18 bestimmt die Gesetzmäßigkeit der Aufrechterhaltung und Schöpfung der Kontakte,

⁷³ Auf spanisch "Código orgánico de la función judicial"

⁷⁴ Verfassung von Ecuador, 2008, 42, Artikel 57, Absatz 14: "*Se prohíbe toda forma de apropiación sobre sus conocimientos, innovaciones y prácticas*".

Beziehungen und Kooperation zwischen den Völkern vor allem zwischen denen die durch Staatsgrenzen geteilt sind. Im Absatz 19 wird die Verwendung von identitätsstiftenden Gewändern, Symbole und Embleme ermutigt. Absatz 20 bekräftigt die Begrenzung, dem Gesetz entsprechend, der militärischen Aktivitäten in den Hoheitsgebieten der Indigenen.

Damit die Würde und Vielfalt der Kulturen, Traditionen, Geschichten und die Vorhaben der Indigenen Völker in der öffentlichen Bildung und in den Kommunikationsmedien reflektiert werden, sollen eigene soziale Medien in indigenen Sprache und ohne Diskriminierung mit Zugang zu den anderen, laut Artikel 57, Absatz 21, geschaffen werden.

Artikel 58 anerkennt die konstitutionellen Rechte und die Abkommen, Erklärungen und anderen internationalen Instrumente der Menschenrechte der afroecuadorianischen Bevölkerung. Ebenfalls werden die Kollektivrechte der ‚pueblos montubios‘⁷⁵ in der Verfassung, Artikel 59, verankert um ihren menschlichen Entwicklungsprozess integral, nachhaltig und haltbar, um ihre Politik und Zukunftsstrategien und um eine assoziative Verwaltung zu garantieren. Nicht zuletzt wird im Artikel 60 den indigenen und Urvölkern, der afroecuadorianischen Bevölkerung, den ‚pueblos montubios‘ das Recht territoriale Wahlkreise für den Erhalt ihrer Kulturen einzurichten, geregelt.

Die Botschaft in Hinsicht auf unterirdischen Ressourcen ist klar und deutlich: das Recht auf die Förderung der nicht erneuerbaren Rohstoffen besitzt, wie seit der Kolonisation, der Staat. Diese Ressourcen *„gehören zum unveräußerlichen, unverzichtbaren, unantastbaren Erbe des Staates“*⁷⁶. Also ist die Benützung der nicht erneuerbaren Ressourcen innerhalb der indigenen Territorien ein konstitutionelles Recht des Staates, was bedeutet dass die indigenen Ländereien vor den staatlichen Vorhaben nicht geschützt sind, aber durch die staatliche Beratungspflicht in dem

⁷⁵ Pueblos Montubios sind die Bauernbevölkerung in der Küstenregion Ecuadors

⁷⁶ Artikel 317, Verfassung Ecuadors 2008, 150, freie Übersetzung

Prozess involviert werden sollen. Das Recht auf *"Anhörung über die Projekte und Programme in der Folge von Erkundung, Nutzung und Vermarktung von nicht erneuerbaren Ressourcen"*⁷⁷ die eine potenzielle Auswirkung auf ihre Gemeinschaft haben kann, wurde erstmals mit Bemühungen um das Einverständnis der Gemeinde zu gewinnen in Verbindung gebracht.

Die Verfassung stellt einen wichtigen Schritt nach vorn für native Muttersprachen mit dem Recht auf Entwicklung eines zweisprachigen interkulturellen Bildungssystems. Unter den neuen Kollektivrechte im Vergleich mit der Verfassung von 1998 ist auch das Recht auf den *"unverfallbaren Besitz von Gemeinschaftsland"*⁷⁸, und vor allem das Territorium der in freiwilliger Isolation lebenden Völkern wurde als unantastbar bezeichnet und in enger Verbindung mit dem Recht *„nicht aus angestammten Land vertrieben zu werden“*⁷⁹ gestellt. Die Verfassung erlaubt auch den indigenen Völkern autonome Bezirke zu schaffen, sowie die Bereitstellung der Dezentralisierung auf administrativer und finanzieller Ebene und das Recht der indigenen Gemeinden auf Selbstverwaltung.

Der UN Menschenrechts Sonderberichterstatter für die Rechte der indigenen Völker, James Anaya, lobte in seinem Sonderbericht über die *„Beobachtungen der Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung der Garantien der Verfassung von Ecuador über die Rechte indigener Völker“*⁸⁰ den fortschrittlichen Ansatz der neuen Verfassung, welcher ein Präzedenzfall für Lateinamerika und der Welt sei. Anaya hat aber nicht nur Lorbeerblätter zu verteilen, es fehlt seiner Ansicht nach die Gründung von Dialogprozessen mit den indigenen Völkern und Nationalitäten über die neue Gesetzgebung, welche ihre Rechte und Interessen

⁷⁷ Absatz 7, Artikel 57, Verfassung Ecuadors, 2008, 41: "La consulta previa, libre e informada, (...) sobre planes y programas de prospección, explotación y comercialización de recursos no renovables que se encuentren en sus tierras y que puedan afectarles ambiental o culturalmente (...)" freie Übersetzung

⁷⁸ Absatz 4, Artikel 57, Verfassung von Ecuador, 2008, 41 "Conservar la propiedad imprescriptible de sus tierras comunitarias...", freie Übersetzung

⁷⁹ Verfassung von Ecuador, 2008, 42, "No ser desplazados de sus tierras ancestrales", freie Übersetzung.

⁸⁰ Vgl. Anaya, 2010, 18

betreffen, auch als Teil des Prozesses der Errichtung des plurinationalen Staates. Trotz der internationalen und nationalen anerkannten Rechte, stellt die Erforschung und Nutzung der natürlichen Ressourcen in indigenen Territorien eine ständige Herausforderung, aufgrund des fehlenden gesetzlichen Schutzes dar.

UN-Sonderberichterstatter Anaya hat Empfehlungen für drei Bereiche der indigenen Rechte elaboriert: für die indigene Jurisdiktion, für indigene Gesetzesinitiativen und für vorhergehende Konsultationen, für die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wie auch für isolierten indigenen Gruppen. Anaya begrüßt das Projekt für die partizipative Erarbeitung eines Gesetzentwurfs der Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen indigenen und der gewöhnlichen Justiz und betrachtet es als eine „*exzellente Initiative*“⁸¹ und wichtigen Durchbruch bei der Umsetzung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen für Indigene. Dabei soll der Staat einen Prozess der finanziellen und technischen Unterstützung und Förderung für die Wiederherstellung und Stärkung der neuen Justizsysteme aber auch den Austausch zwischen den Justizapparaten zu erleichtern und fördern. Anaya verlangt Flexibilität in den Koordinationsinstrumenten zwischen indigenen und staatlichen Rechtssystem wobei die indigene Rechtsprechung nicht nur auf indigenen Territorien oder für interne Konflikte begrenzt werden soll. Dafür wäre die Gründung einer speziellen Instanz welche den interkulturellen Dialog und die Konflikte behandelt und in Grenzfällen für die Rechtsprechung entscheiden kann. Das Völkerrecht und das internationale indigene Recht sollen als Referenz dieser Institutionen gelten und die indigene Rechtsprechung darf nicht mit einer Lynchjustiz durch eigene Hand verwechselt werden.

In Hinsicht auf die Gesetzesinitiativen und vorhergehenden Beratungen der indigenen Völker empfiehlt Anaya, dass der Staat die indigenen Völker und Nationalitäten über den Prozess konsultiert bevor Änderungen in ihren Rechten oder

⁸¹Anaya, 2010, 19 „(...) [L]ey de coordinación y cooperación entre la justicia indígena y la justicia ordinaria representa una excelente iniciativa,...“ freie Übersetzung

Interessen stattfinden. Der Staat soll auch die Vorschläge von CONAIE und anderen indigenen Organisationen hinsichtlich des Bergbaugesetzes, Erdölgesetzes, der interkulturellen und bilingualen Bildungsgesetzes wie auch gegenüber der Berufsordnung der territorialen Selbstverwaltung und dem Umweltkodex berücksichtigen. Eben genannte Gesetze sollen im Rahmen der neuen Verfassung 2008 und den vom Staat ratifizierten internationalen Erklärungen (UN Erklärung über die indigenen Rechte) angepasst werden. Dementsprechend sollen auch die Kollektivrechte innerhalb den politischen, gesetzlichen und administrativen Institutionen des Landes umgesetzt werden. Zusätzlich schlägt Anaya vor, dass der Staat neue Institutionen innerhalb der stehenden staatlichen politischen Strukturen aufbaut um die gleichberechtigte Beteiligung der indigenen Völker und Nationalitäten zu ermöglichen.⁸²

Bezüglich der Benützung der natürlichen Ressourcen rät Anaya dem Staat von Investitions- und Infrastrukturprojekten, Gewinnung und Nutzung der natürlichen Ressourcen ohne eine frühzeitige, umfassende und legitime Rücksprache und Beteiligung der indigenen Völker ab, was auch in der Artikel 57 Absatz 7 der Verfassung regelt ist. Im Falle von bereits aktiven Förderungsprojekten soll der Staat Konsultationsverfahren in Hinsicht auf die Auswirkungen auf die Rechte, Länder und Territorien der indigenen Gemeinschaften führen und alle geeigneten Maßnahmen greifen, um die Auswirkungen, Reparatur und angemessene Entschädigung der betroffenen Gemeinden zu mildern.⁸³ Zum Schluss plädiert Anaya, dass der Staat, in Hinsicht auf die isolierten Völker Tagaeri und Taromenane, im Namen der angeordneten Vorsichtsmaßnahmen von der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte wie auch durch den Artikel 57 Absatz 21 der Verfassung, jegliche gezwungene Kontaktaufnahme, auch durch Erdölaktivitäten oder Abholzung, zu vermeiden sei, um die Rechte der isolierten Völker zu schützen und

⁸² Vgl. Anaya, 2010, 12

⁸³ Vgl. Anaya, 2010, 21

Konfliktsituationen zu vermeiden. Gleichzeitig soll der Staat die Territorien der isolierten Völker schützen auch wenn diese Territorien nicht mit dem unberührbaren Bereich des Staates übereinstimmen, wie es auch die Verfassung vorlegt.⁸⁴

Zusammenfassend kann man sagen, dass die verfassungsrechtlich anerkannten indigenen und Kollektivrechte in Ecuador fortschrittlich sind. Die verschiedenen internationalen, nicht rechtsbindenden Abkommen werden leicht unterschrieben aber in selteneren Fällen umgesetzt. Die indigenen und damit auch die Kollektivrechte in Ecuador werden von drei Säulen aufrechterhalten: hauptsächliche Gewichtung hat die Verfassung des Landes, zusätzlich hat der Staat die ILO Konvention 169 ratifiziert sowie auch die Erklärung über die Rechte der indigenen Völker 2007 von den Vereinten Nationen, welche ratifiziert und aufgenommen wurden. Die internationalen Abkommen und die Menschenrechte sind nicht mit der Inkorporierung der Kollektivrechte obsolet geworden, sondern stellen den Rahmen der gesetzlichen Regelung in den einzelnen Staaten.

⁸⁴ Vgl. Anaya, 2010, 17

4. ERDÖLPOLITIK IN ECUADOR - Vom Segen zum Fluch

Der Export von Rohstoffen ist die Existenzgrundlage in vielen Lateinamerikanischen Staaten und diente in der Vergangenheit identitätsbildend in Hinsicht auf dependenztheoretischer⁸⁵ Argumentation und Formulierung cepalinistischer⁸⁶ Wirtschaftspolitik. Oft ist es der Fall gewesen, dass Länder die sich auf Gewinnung und Export von Rohstoffen spezialisiert haben, auf der Strecke geblieben sind; in einem 'Paradox der Vielfalt'⁸⁷ gefangen.

Die mangelnde Volkswirtschaftliche Verflechtung macht Erdöl zu einem besonderen Rohstoff. Der primäre Großteil der Erlöse kommt dem Staate zu gute, der Privatsektor profitiert wenig und die Arbeitsplatzanschaffung ist unwesentlich. Erdöl hat unrealistische Vorstellungen verursacht, aber die unerschöpflich scheinenden Einnahmen konnten wirtschaftsstrukturelle Defizite nicht überbrücken. Ebenso öffnete der Status eines Erdölexporteurs die internationalen Finanzmärkte und dessen Kredite für das Land.⁸⁸ Als 1986 der Ölpreis um mehr als die Hälfte fiel, stand die Verschuldungskrise vor der Haustür.

Vor der Entdeckung der höheren Anteile vom Erdöl in Ecuador, war es ein Exporteur der s.g. Nachspeisenprodukte. Die wichtigsten Exportgüter waren Bananen und Kakao. Ecuador hatte zwei politisch stabile Perioden, die von jeweiligen Exportbooms begleitet wurden: der Kakaoboom in den Jahren 1875-1925 und der Bananenboom zwischen 1948 und 1960. Die sonstige politische Situation zwischen den zwei Perioden und danach war von unstabilen Regierungen und

⁸⁵ Dependenztheorie: ist eine Mitte der 1960er Jahre in Lateinamerika entstandene Gruppe von in ihren Grundannahmen eng verwandten Entwicklungstheorien, die die Existenz hierarchischer Abhängigkeiten (Dependenzen) zwischen Industrie- (Metropolen) und Entwicklungsländern (Peripherien) betonen. Zugehörigkeit Lateinamerikas zur Peripherie im internationalen Warentausch.

⁸⁶ CEPAL (Comisión Económica para América Latina), gegründet 1947, entwickelte v.a. unter der langjährigen Leitung von Raúl Prebisch ein Wirtschaftsmodell in dem die Ausbau der Import-Substitutions-Industrie als die essentiellen Aufgabe der lateinamerikanischen Volkswirtschaften sah.

⁸⁷ Vgl. Acosta, 2006, 87 „la paradoja de la abundancia“, freie Übersetzung

⁸⁸ Chiriboga, 2006, 76

Machtübernahmen der Militärs geprägt. Die wahre politische Macht war aber in den Händen der alteingesessenen Oligarchen von Quito und der reichen Händlerschicht von Guayaquil. Der Großteil der Bevölkerung lebte in kleinbäuerlichen Verhältnissen am Land, in den Städten kam es zu einer moderaten Proletarisierung im Laufe des Kakaobooms. Das Land blieb bis 1972, als es Erdölexporteur wurde, einer der ärmsten Staaten Lateinamerikas.

In 1964 stieß ein Konsortium der Gesellschaften Texaco und Gulf auf reiche Ölvorkommen im ecuadorianischen Amazonasgebiet, die hohe Staatseinnahmen versprachen. Gleichzeitig mit dem Beginn des Erdölexports, haben die 'nationalistisch-revolutionären' Militärs, 1972, die Macht übernommen und ihre Umstrukturierungspläne des Landes umgesetzt.⁸⁹ Mit dem gewonnenen Gut, glaubte man, alle wirtschaftlichen Probleme bekämpfen zu können. Erdöl wurde mit Entwicklung und mit dem nationalen Wirtschaftsaufschwung der 1970er Jahre gleichgesetzt. Im Laufe der 1980er Jahre, als die Schuldenkrise das Land traf und die Erdölpreise fielen, wurde von einem 'Mythos der Entwicklung'⁹⁰ geredet.⁹¹

4.1. Historischer Überblick bis 1972

Lange vor der Ankunft der Spanier haben die indigenen Völker Erdöl z.B. zur Abdichtung von Booten verwendet/genutzt. In Ecuador war es vor allem auf der Halbinsel Santa Elena, wo die indigenen Völker bis ins 20. Jahrhundert mit einfachen Formen der Produktion und Verarbeitung Erdöl gewonnen haben.

Nach der Ankunft der Spanier ist v.a. der gesetzliche Hintergrund bezüglich der Rechte auf Nutzung von Bodenschätzen bedeutend geworden, da die Rechte

⁸⁹ Vgl. Hoffmann, 1985, 377

⁹⁰ Vgl. Acosta Alberto: Ecuador: El mito del desarrollo, 1982, Quito

⁹¹ Die Entwicklung des Landes wurde gerne rhetorisch von der Erdölindustrie abhängig gemacht. Sowohl der Wirtschaftsaufschwung der 1970er Jahre als auch die spätere Misere der 1980er Jahre wurden als Ursache der Erdöleinnahmen gesehen.

über die Bodenschätze in den spanischen Kolonien bei der Krone blieben. Im Jahre 1878 wurden die ersten Schritte zur Festlegung der ecuadorianischen Erdölgesetzgebung genommen mit dem Erlass einer 'Erdölkonzession' an die 'M.G. Mier and Company' im Gebiet von Santa Elena für die nächsten 20 Jahre. In dem 'Código de Minería' vom Jahr 1868 wurde allemal die staatliche Verfügungsgewalt über Bodenschätze welche sich unter der Erdoberfläche befinden, festgelegt.

Das Erdölgesetz von 1921 machte die Konzessionen noch lukrativer: Regalien in der Höhe von 15-20%, Oberflächengebühr von einem Sucre und Steuerbefreiung für die ersten 20 Jahre. Bis nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Erdölsektor Ecuadors von einem Konkurrenzverhältnis zwischen englischen und amerikanischen Gesellschaften geprägt. Die Erdölförderung konzentrierte sich aber auf die Halbinsel Santa Elena und die Profite flossen größtenteils den internationalen Gesellschaften zu gute, die wenig in die Entwicklung des Sektors investierten. Da aber die Vorkommen auf der Halbinsel sich als limitiert herausstellten, wandten sich die Interessen der Gesellschaften schnell auf das Amazonasbecken zu.⁹²

Im Jahre 1937 wurde unter turbulenten politischen Bedingungen ein neues antinationalistisches Erdölgesetz mit erleichtertem Zugang der Gesellschaften zu den Konzessionen herausgebracht.⁹³ Durch dieses Gesetz wurden die staatlichen Einnahmen weniger und die Konzessionszeiten länger.⁹⁴ Zwar gab es den Versuch die liberale Gesetzgebung durch das nationalistische Erdöldekret vom General Alberto Enriquez 1938 zu beschränken, aber die Unstabilität des politischen Systems verhinderte die Reform.

Obwohl es in Lateinamerika eine starke Bewegung in Hinsicht der Nationalisierung der multinationalen Erdölgesellschaften oder Verstärkung der

⁹² Vgl. Gabler, 1995, 60

⁹³ Vgl. Gordillo, 2004, 47

⁹⁴ Vgl. Gabler, 1995, 62

Interessen der Nationalstaaten gab, blieb in Ecuador das liberale Gesetz von 1937 bis in die 1960er Jahre nahezu unverändert bestehen.⁹⁵ Vielleicht kann das späte Erwachen damit erklärt werden, dass offiziell keine ernsthaften Erdöleinnahmen erwartet wurden und die Exporte der Halbinsel Santa Elena im Jahr 1958 gänzlich aufhörten. Vor allem durch die langsam entstehende Industrialisierung und den dadurch erhöhten Energiebedarf musste Ecuador immer größere Mengen von Öl importieren. Zusätzlich hatten die Gesellschaften eine Monopolstellung im internen Vertrieb des Erdöls gewonnen und konnten dementsprechend den Preis der Erdölprodukte diktieren. Anstatt vom gesunkenen internationalen Ölpreis zu Beginn der 1960er Jahre zu profitieren hat der Staat Ecuador sogar die Erdöl verarbeitenden Gesellschaften subventioniert. Trotz dieser hohen Kosten der Importe wurde im ersten staatlichen Entwicklungsplan 1958 keine nationalistisch orientierte, eigenständige Erdölpolitik mit Beteiligung an Ölfunden geplant, sondern das Hauptinteresse des Staates blieb in Erhebung von Pachteinnahmen.⁹⁶

Im Jahre 1961 kam in Ecuador eine nationalistisch gesinnte Regierung, von Carlos Arosemana an der Spitze der Macht, welche die Monopolstellung der internationalen Gesellschaften mit einem staatlichen Monopol auf Ölimporte und einer Neuorientierung der Erdölpolitik zu beschränken versuchte. Diese Regierung wurde von einem antikommunistischen Militärputsch, der im Gegensatz für die Öffnung gegenüber ausländischen Gesellschaften gerichtet war, 1963 gestürzt.⁹⁷ Auch wenn der staatliche Entwicklungsplan von 1964-1973 in einem Gutachten mit Kritik an der Praxis der internationalen Erdölgesellschaften übersät wurde, änderte sich nichts an der praktischen Erdölpolitik des Landes. Da ist es nicht verwunderlich dass das Konsortium Texaco-Gulf 1964 eine sehr profitable Konzession über 1.4

⁹⁵ Vgl. Gordillo, 2004, 49

⁹⁶ Vgl. Gabler, 1995, 66

⁹⁷ Ebd., 67

Millionen Hektar erteilt bekam⁹⁸ und im nächsten Jahr über die Tochtergesellschaften 650.000 Hektar der 'Minas y Petróleos' -Konzession⁹⁹, die sich mit der Zeit sehr ergiebig erwiesen. Damit war das Konsortium in einer sehr mächtigen Situation, spätestens als sie in dem 'Aguarica' und 'Pastaza' Konzessionsgebiet fündig wurden und im Bohrloch 'Lago Agrio 1' 2.730 Barrel Öl gefördert wurden.

Die nächste Regierung, ab 1968, von Velasco Ibarra benutzte zwar die alte Gesetzgebung, erkannte aber den Stellenwert des Erdöls und die Notwendigkeit in dem Aufbau der Infrastruktur, wie auch in zeitgemäßer Gesetzgebung und der Schaffung einer staatlichen Erdölgesellschaft, um das Land als Erdölexporteur profilieren zu lassen. Obwohl die Konzessionen mit Texaco-Gulf nach der fünf Jährigen Explorationsphase neu verhandelt wurden (diesmal mit erfahrenen Erdölexpertenmeinungen), fiel dennoch der neue Vertrag für den Staat letztendlich ungünstig aus.¹⁰⁰ Das Konsortium musste zwar bis zu 900.000 Hektar Land abgeben und die Regalien auf 11.5% erhöhen, wurde aber gleichzeitig mit der Errichtung einer Pipeline vom Oriente bis zum Pazifik beauftragt, wobei der Staat eine Benutzungsgebühr pro Barrel zahlen musste.¹⁰¹

Im Jahr 1970, als das Parlament vom Velasco ausgeschaltet wurde und eine diktatorische Vollmacht ausgerufen wurde, war das neue Erdölgesetz, das größte dem Erdöl gewidmete Projekt, das verwirklicht wurde.¹⁰² Mit dem ‚Ley de Hidrocarburos‘ von 1971 kamen die notwendigen Veränderungen, wie die Bekräftigung des staatlichen Eigentumsrechtes über alle Kohlenwasserstoffe, Beendigung des bisherigen Konzessionssystems und mit Dienstleistungsverträge wurden die internationalen Gesellschaften dem Staat untergeordnet. „...[D]as für alle Erdölgesellschaften und –verträge verbindliche Gesetz unterstellt das Erdöl dem

⁹⁸ Registro Oficial Nr 186 (21.11.1964) Galarza (1981, S. 174-178) zitiert in Gabler, 1995, 68

⁹⁹ Registro Oficial Nr 655 (27.12.1965), ebd.

¹⁰⁰ Vgl. Philip, 1989, 296

¹⁰¹ Registro Oficial Nr 209 (26.6.1969) zitiert in Gabler, 1995, 70

¹⁰² Vgl. Hoffmann, 1985, 378

*unveräußerlichen und unverjährbaren Hoheitsrecht des Staates...*¹⁰³ Die Verarbeitung im eigenen Land wurde auch großgeschrieben, die Gründung der staatlichen Erdölgesellschaft CEPE (Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana) und die Konstruktion von Raffinerien festgelegt. Die Explorationsphasen und Produktionsphasen wurden gekürzt, Mindestinvestitionen, Personalaufbau (95% Ecuadorianer) und das staatliche Eigentum über Erdgas wurden festgelegt.¹⁰⁴ Damit das Gesetz durchgreifen konnte, fehlte eine Komponente: Retroaktivität.¹⁰⁵ Die bestehenden Verträge mit den Gesellschaften wurden nicht in Angriff genommen, nur neu verhandelt. Wegen des Booms der letzten Jahre in dem zwischen 6.4 und 10.2 Millionen Hektar an 30 unterschiedliche Gesellschaften vergeben waren, gab es kein Land mehr welches unter dieses Gesetz fallen würde. Da es unter diesen Voraussetzungen bis zur Jahrtausendwende keine Veränderungen in dem Machtverhältnis zwischen Staat und internationalen Gesellschaften gegeben hätte, hat das Militär in einer 'revolución nacionalista petrolera' im Februar 1972, ohne Blut zu vergießen, die Macht ergriffen.

¹⁰³ Hoffmann, 1985, 378

¹⁰⁴ Vgl. Hoffmann, 1985, 379

¹⁰⁵ Vgl. Philip, 1989, 295

4.3. Phase des Erdölbooms unter der Militärdiktatur 1972-1979

Die inhomogene ideologische Zusammensetzung des Militärs (zwischen links und rechts) besänftigte den revolutionären Charakter des Entwicklungsplanes und das cepalinistische Entwicklungsmodell mit Import-Substitutions-Industrie wurde in den Vordergrund gestellt.¹⁰⁶ Innerhalb kürzester Zeit wurde Dekret Nr. 430 herausgegeben, der das Erdölgesetz von 1971 retroaktiv machte und die Gesellschaften zwang ihre Verträge anzupassen. Dadurch mussten die Gesellschaften ihre Gebiete, die die gesetzliche Höchstgröße überschritten an den Staat zurück geben und rückwirkend ab 01.10. 1971 die neu festgelegten Oberflächengebühren zahlen, sowie auch ihre Verträge innerhalb eines Jahres neu mit dem Staat zu verhandeln. Auch eine Exportsteuer von 15% wurde verhängt, was dank der internationalen Mächtigung der Förderländer während der Ölkrise durchsetzbar war. Die staatliche Erdölgesellschaft CEPE wurde neu gegründet und die von den internationalen Gesellschaften an den Staat rückgegebenen Gebiete wurden an die CEPE vergeben. „(...) [W]omit sich Ecuador als eines der letzten Länder Lateinamerikas eine staatliche Unternehmung schuf (...)“¹⁰⁷ Für eine kurze Zeit, sickerte das Gefühl der unendlichen Möglichkeiten bis zur Bevölkerung durch und die Erwartungen der politischen Hauptakteure wurden wahrgenommen.¹⁰⁸

Die an das Texoco-Gulf Konsortium beauftragte transandine Pipeline wurde Mitte des Jahres 1972 eröffnet und Ecuador wurde innerhalb kürzester Zeit zum zweitgrößten Erdölexporteur Lateinamerikas. Die vom Amazonasgebiet über die Anden (Maximalhöhe 4.063 M.) bis zur Pazifikküste gelegte Pipeline war geographisch anspruchsvoll zu bauen und anfällig auf Wetterbedingungen. Nicht nur die hohen Mietkosten, die für die Benutzung der Pipelines an Texaco-Gulf entfielen,

¹⁰⁶ Vgl. Philipp, 1989, 298

¹⁰⁷ V. Graevenitz, 1975, 143, zitiert in Hoffmann, 1985, 381

¹⁰⁸ Vgl. Philip, 1989, 299

sondern auch die ungünstige Routenwahl für die Pipeline und die fehlende Kontrolle der zuständigen staatlichen Behörden hinsichtlich der Baubeaufsichtigungen, wurden kritisiert. Als im August 1972 der erste Tanker mit ecuadorianischem Rohöl den Hafen von Balao verließ brach die eigentliche Erdölära an und schon bis Ende des Jahres stieg der Anteil des Erdöls von Gesamtexporten auf (ca.) 19%.¹⁰⁹ Im November 1972 bemühte sich Ecuador um eine Mitgliedschaft bei OPEC, wo sie auch Richtlinien für das nationalistische und komplexe Umfeld suchte. Der internationale Anstieg der Erdölpreise kam gerade richtig.

Die Konzessionsverträge mit den verbliebenen Gesellschaften wurden Anfang 1973 unter Minister Jarrín neuverhandelt, was mit Texaco-Gulf Konsortium, welches 99 Prozent der ecuadorianischen Erdölproduktion kontrollierte, sich schwieriger als gedacht erwies. Im August jedoch enthielt der Vertrag mit Texaco-Gulf alle wesentlichen Punkte der neuen 'Ley de Hidrocarburos' und ermöglichte dem Staatsunternehmen CEPE eine 25% Kapitalbeteiligung beim Konsortium.¹¹⁰ Im November des Jahres 1973 wurde Ecuador als Vollmitglied bei OPEC aufgenommen. Durch die OPEC Mitgliedschaft hoffte man Ansehen und internationalen Stellenwert zu gelangen, wie auch Stärke in den Verhandlungen mit den internationalen Konsortien zu erreichen. Die national-konservativen sahen die OPEC Mitgliedschaft als einen Fehler, da sie die OPEC nicht als international mächtige Organisation sahen und dafür lohnte es nicht die traditionelle Allianz mit den USA in Gefahr zu bringen.¹¹¹

Dennoch blieben wegen der nationalistischen Erdölpolitik die erhofften Auslandsinvestitionen aus, als die Regierung die durch das Dekret 430 erworbenen Gebiete neu ausschreiben wollte. Dies führte sowohl zur Verringerung der Reserven wegen des mangelnden Ausmaßes von Explorationsarbeiten wie auch zur Stärkung

¹⁰⁹ Vgl. Hoffmann, 1985, 382

¹¹⁰ Vgl. Hoffmann, 1985, 382

¹¹¹ Vgl. Philip, 1989, 301

der Position des Texaco-Gulf Konsortiums. Die Erdölgesellschaften haben ihre Strategien dem internationalen Umfeld angepasst, was unter anderem einen temporären Überfluss von Erdöl Mitte 1974 beinhaltete.¹¹²

Die kommenden Jahre nach dem Aufbau des staatlichen Erdölsektors waren gezeichnet von Auseinandersetzungen zwischen den Erdölgesellschaften und dem Staat.¹¹³ Das Texaco-Gulf Konsortium übte Druck aus um den nationalistisch gesinnten Minister Jarrín los zu werden, da er die Erhöhung der Produktionsförderung (auf 300.000 Barrel täglich) ablehnte um eine möglichst langfristige Erdölförderung zu versichern aber auch weil er den Einkommenssteuersatz (von 16% auf 16.67%) des Konsortiums nach einer OPEC Resolution erhöhen lies.¹¹⁴ Ressortchef Jarrín wurde auch im Laufe des Jahres 1974 versetzt und im nächsten Jahr als die Produktion fast stehen zu bleiben drohte, reduzierte der Staat die Steuern auf Erdölexporte und verhielt sich damit erstmals gegen die OPEC Richtlinien.

Obwohl das Texaco-Gulf Konsortium die Gewinnaussichten in Ecuador schlechter einstufte als anderswo, war der Kostenfaktor nicht die Hauptsorge des Ölmultis; vielmehr ging es um Machtdemonstration in einer Situation wo es auf dem Weltmarkt ein Überangebot an Rohöl gab, um *„Druck auf ein kleines und von Einnahmen aus dem Erdölexporten massiv abhängiges Förderland auszuüben, um so eine deutliche Verbesserung der Investitionsbedingungen und Profitmargen zu erreichen“*.¹¹⁵ Der Staat saß in der Zwickmühle; einerseits wegen den verringernden Exporteinnahmen von Erdöl, auch Kakao und Kaffee, und andererseits wegen den steigenden Importkosten, woraufhin der Staat die Importsteuer auf Luxusgüter auf 60 Prozent erhob.

¹¹² Vgl. Philip, 1989, 301

¹¹³ Vgl. Philip, 1989, 300

¹¹⁴ Vgl. Philip, 1989, 302

¹¹⁵ Hoffmann, 1985, 392

Wegen der verfehlten Wirtschafts- und Erdöl- aber auch Landwirtschaftspolitik erhöhte sich der Druck auf die Militärregierung und da es einen erfolglosen Putschversuch gab, trat General Rodríguez Lara im Januar 1976 zurück und ein konservatives Militärtriumvirat übernahm die Leitung der Tagespolitik. Die Erdölförderung bot eine einfache Lösung auf die angespannte landwirtschaftliche Lage in dem Sierra durch die Kolonisierung des Amazonasbeckens und öffnete auch infrastrukturell die Wege in das Gebiet; zusätzlich bestätigte die Kolonisierung die nationalen Ansprüche Ecuadors auf das Gebiet, wovon im Krieg von 1941 ein Großteil an Peru verloren ging.¹¹⁶

Das zwar inhomogene, aber eindeutig konservative Militärtriumvirat versuchte nationalistische Einflüsse von der Erdölpolitik entfernt zu halten, obwohl der neue Minister für Bodenschätze René Vargas Pazzos ein ausgesprochener Nationalist war. Die Regierung saß in der Zwickmühle zwischen nationalistischen Forderungen der OPEC und der Abhängigkeit von Texaco-Gulf Konsortiums, der fast alleine die Erdölexporte des Landes produzierte und weitere Senkung des Ölpreises verlangte. Dem Staat fehlte das Geld um mit CEPE ein Gegengewicht zu den multinationalen Gesellschaften zu etablieren. Um Druck auf den Staat auszuüben verringerte das Texaco-Gulf Konsortium die Produktion unter dem Prätext: Schwierigkeiten zu haben, ecuadorianisches Erdöl wegen des hohen Preises am Markt zu verkaufen, aber auch Schwierigkeiten bei der Produktion oder mysteriöse Schäden an der Transandinen Pipeline zu haben.¹¹⁷ Aus der Gesellschaft, Gewerkschaften, Universitäten und mit Minister Vargas an erster Stelle, wurden Stimmen laut, welche die vollkommene Nationalisierung des Erdölbereichs verlangten um selbst die Wirtschaftsentwicklung zu bestimmen und sich von der Abhängigkeit zu befreien.

¹¹⁶ 1976 wurde auch das Gesetz „Prevención y Control de la Contaminación Ambiental“ zur Prävention und Kontrolle von Umweltverschmutzung beschlossen.

¹¹⁷ Sandoval (1977, 75) zitiert in Gabler, 1995, 86: So war die Pipeline im Juni und Juli 1977, also in der trockensten Jahreszeit, sechs Mal beschädigt, was von Konsortium mit angeblichen Erdrutschen erklärt wurde.

Nach einem Streit wegen unbezahlte Steuerforderungen und Beschlagnahmung von Produktionsgewinne durch die staatliche Gesellschaft CEPE zwischen der ecuadorianischen Regierung und der Gesellschaft Gulf, gab Gulf jedoch plötzlich bekannt sich vollständig aus Ecuador zurückziehen und beim Staat ihre Anteile verkaufen zu wollen. Im Mai 1977 wurde der Vertrag unterzeichnet in dem CEPE mit 62.5% zwar der Mehrheitseigentümer des CEPE-Texaco Konsortiums wurde, aber die technische Erdölförderung in den Händen von Texaco blieb.¹¹⁸ Gulf wurde in den Verhandlungen trotz Verstöße gegen die Rechtsvorlagen und Bestechungsskandalen in anderen lateinamerikanischen Staaten sanft behandelt, da die Regierung potentielle ausländische Investoren nicht abschrecken wollte. Die Öffentlichkeit spaltete sich zwischen dem linken und anti-imperialistischen Kurs, welcher die Unabhängigkeit von amerikanischen Öl-Multis verlangte und dem rechten Lager, welches aus konservativen Parteien, der Unternehmerschaft und den Kammern bildete. Unter der gespannten Situation in der Gesellschaft wurde der nationalistische Minister Vargas als Symbol abgesetzt und durch den gemäßigten Minister Semblantes, der sein Hauptaugenmerk auf das fehlende Interesse multinationaler Gesellschaften und senkende Explorationstätigkeit warf.

Da der Staatsbetrieb CEPE aus finanziellen Problemen, mangelnden Fachkräften, fehlenden Kenntnissen der Branche und landesinterner Abneigung der Privatwirtschaft gegenüber der staatlichen Gesellschaft nicht imstande war die Explorationsarbeit zu bewältigen, wurde die Erdölgesetzgebung 'entschärft' um Investitionen multinationaler Gesellschaften anzulocken. Wegen heftiger Proteste aus der Gesellschaft gegen diese Gesetzesänderung dauerte es bis Mai 1978 bis das Dekret 2463 in Kraft trat und damit 36 Artikel des Erdölgesetzes 1971 veränderte. Kritiker nannten das Gesetz einen Rücktritt auf den Stand von 1938.¹¹⁹

¹¹⁸ Vgl. Hoffmann, 1985, 398

¹¹⁹ Gabler, 1995, 90

Während die staatlichen Ausgaben neben der Übernahme von Gulf-Aktien und der Raffineriebau auch wegen der Modernisierung des Entwicklungsplanes exponentiell stiegen, erhöhten sich die Einnahmen nur kurzfristig wegen des hohen Erdölpreises und die beabsichtigte Förderquote wurde nicht erreicht. Um die Finanzlage zu beruhigen und die Fixkosten des Erdölsektors abzudecken, begann die Regierung ab 1977 intensiv mit ausländischen Schulden die Budgetlöcher zu stopfen.¹²⁰

Im Januar 1978 wurde eine neue Verfassung mit 90 Prozentiger Wahlbeteiligung gewählt, die das allgemeine Wahlrecht konstitutionell verankerte. Die Präsidentschaftswahl wurde auf Juli 1978 gesetzt und Jaime Roldos Aguilera, der Gegenkandidat des Militärs, konnte sich durchsetzen.¹²¹

Die anfängliche Zustimmung bei Gewerkschaften und Studenten hinsichtlich der Militärdiktatur entwickelte sich im Laufe der Jahre zu Antipathie und Widerstand, was auch mit der innerlichen Veränderung des Regimes von nationalistischen Tendenzen zu Konservatismus verursachte. Die versprochenen Projekte wie Agrarreform oder Steuer- und Verwaltungsreform wurden nicht durchgeführt, anstatt dessen wurde das Militär stark aufgerüstet. Obwohl der Erdölboom positiv auf die Steigerung der Alphabetisierungsrate und den Rückgang von Kindersterblichkeit wirkte, waren die Erwartungen auf das Allheilmittel zu hoch damit der aufgeblähte öffentliche Sektor nur mehr dank Auslandsschulden über die Runden kam.

¹²⁰ Ebd., 91

¹²¹ Ebd., 94

4.3.1. Auswirkungen des Erdölbooms

Erst in den 1970er Jahren unter der Militärdiktatur, dank des Erdölbooms, konnte Ecuador die ersten in größerem Maßstab angelegte ISI Projekte im Sinne der CEPAL antreten. In dem nationalen Entwicklungsplan der Militärs sollte in cepalinischen Sinne die Entwicklung nach innen mit hohen Förderungen des ISI angetrieben werden, damit Importe von Konsumgütern verringert und Arbeitsplätze angeschaffen wurden. In dem Zeitraum von 1970 bis 1981 hatte die ecuadorianische Wirtschaft einer der höchsten Wachstumsraten der Welt mit jährlichen 8,7 %, wobei der Industriesektor noch schneller wuchs mit 9.5% pro Jahr.¹²² Grundlegende Bereiche wie Nahrungsmittel, Getränke- und Textilindustrie sowie das Druckereiwesen expandierten am schnellsten, doch durch die ISI stieg der Import von Rohstoffen und Investitionsgütern an. Von einem Desindustrialisierungseffekt als Folge des Erdölbooms kann, im Sinne des 'Dutch Disease'¹²³ Effekts, nicht die Rede sein: im Gegenteil Ecuador holte mit ISI die Entwicklung, die anderen lateinamerikanischen Staaten bereits erreicht hatten, in dieser kurzen Zeit nach.

Die Arbeitsplätze wuchsen (mit 2,2 % im Jahr) aber nicht parallel mit dem Bevölkerungswachstum und am wenigsten in der Landwirtschaft, Industrie und in der Erdölwirtschaft. Nach dem Bauende der transandinen Pipeline nahm der Erdölsektor kaum noch neue Arbeitskräfte auf, da Erdöl als Rohstoff eine geringe volkswirtschaftliche Verflechtung hat. Im Gegensatz zu Erdöl ist der ecuadorianische Staatsapparat am meisten expandiert, sowohl in Hinsicht auf die Verwaltung als auch in der Industrie. Alleine bis 1973 wurden 42 staatliche Industrieunternehmen geschaffen, die durch Schutzzölle abgesichert wurden. Es wurden

¹²² Gabler, 1995, 159

¹²³ 'Dutch Disease' ist eine „Bezeichnung einer Desindustrialisierung innerhalb entwickelter Volkswirtschaften durch verminderte interne Wettbewerbsfähigkeit bei der Produktion industrieller Güter, hervorgerufen durch einen sprunghaften Anstieg der Preise und / oder der Verfügbarkeit über natürliche Ressourcen (wie. Z.B. Erdgasfunde in den Niederlanden [...]).“ In Vahlens Großes Wirtschaftslexikon. Band 1. 1993., In Gabler, 1996, 152, siehe auch in Marco Naranjo Chiriboga: Augue petrolero y enfermedad holandesa en el Ecuador, 2006, 69

Elektrifizierungsprojekte durch Wasserkraft und andere gewaltige Bauprojekte in den Wachstumsjahren aufgenommen und im Sinne der cepalinischen Entwicklungsideologie staatliche Subventionierungen von Nahrungsmittel, Energie und Erdölderivaten eingeführt.

Die Subventionszahlungen von Grundnahrungsmitteln untergruben den Anreiz der landwirtschaftlichen Produktion, die schon unter den hohen internen Preisen der Düngermittel litt: Für den Binnenmarkt kurbelten die niedrigen Preise aber den Konsum, vor allem der Mittel- und Oberschicht, an. Der Anstieg des internationalen Erdölpreises konnte die falschen Finanzplanungen und Erwartungen der Militärregierung bezüglich der täglichen Ölproduktion von 400.000 Barrel einigermaßen, aber bei weitem nicht ganz, kompensieren.

Durch den plötzlichen Devisenschub durch den Verkauf von Erdöl, erhielt die Landeswährung Sucre einen stabilen Kurs und die Importe wurden interessanter. Gleichzeitig stieg die Inflation von 6,24% zwischen 1965 und 1973 auf 16,6 % zwischen 1973 und 1983 an. Um der Inflation zu trotzen wurden die Löhne ausgeglichen bis Ecuador die höchsten Industrie-Lohnkosten innerhalb des Andenpaktes hatte. Diese Kombination von stabiler Währung und hoher Inflation verminderte die Anziehungskraft der traditionellen Exporte, aber auf der anderen Seite stieg der Import von Rohstoffen, nicht allein wegen der Förderung der ISI.¹²⁴

Die Kehrseite des Erdölbooms hatten unter anderem die Bauern, die nicht in die Städte flüchteten, zu tragen, da es keine attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten gab und die Landwirtschaft selbst stagnierte.¹²⁵ Andere Bevölkerungsgruppen, die eindeutig durch den Erdölboom verloren haben, waren die im Oriente beheimateten indigenen Völker, auf die schon während der 60er Jahre keine Rücksicht genommen wurde. Einige von den Völkern hatte keinen oder wenig Kontakt mit der Außenwelt

¹²⁴ Vgl. Benitez, 2004, 33

¹²⁵ Vgl. Gabler, 1995, 164

bis zu Beginn der Erdölaktivitäten gehabt. Um die Arbeit der Ölgesellschaften zu erleichtern, ermöglichen und zu sichern griff der Staat auf die Missionierungsinteresse der katholischen als auch protestantischen Kirche¹²⁶ zurück, damit die ansässigen Völker befriedet und gegen ihren natürlichen Lebensstil in Zentren zusammengeführt wohnen werden.

Die Explorationsarbeiten der 1960er Jahre hatten mehrfach fatale Auswirkungen auf die im Oriente lebenden indigenen Völker: erstens boten die Erschließungsarbeiten eine, zwar illegale aber keineswegs kontrollierte, spontane Kolonisation der Gebiete für Siedler, die teilweise sogar von der Regierung ermutigt wegen der Bevölkerungsexplosion v.a. in der Sierra und wegen verschwindenden Zukunftsperspektiven in der Landwirtschaft, an. Für die Regierung war die Oriente ohnehin 'Niemandland' oder 'territorio nulo'. Dementsprechend bot sich der Einschluss der Oriente als Lösung für die Bevölkerungsprobleme der Sierra sowie für das dortige politisch heiße Thema der Agrarreform an. Da schlug aber die spontane Besiedlung einen anderen Weg ein. Statt wie geplant das südliche Oriente in der Provinz Morona, Santiago und Zamora zu kolonisieren, wurde das ölträchtige Nord Oriente, in der Provinz Napo, bevölkert. Da der gerodete Boden des Regenwaldes relativ arm an Nährstoffen ist und die Siedler mit ihren gewohnten Kultivierungsmethoden den Boden rasch auslaugten, waren sie gezwungen kontinuierlich weiterzuziehen. Somit fraß sich der Bevölkerungsstrom weiter in die Oriente hinein.

Zweitens, wie auch während der spanischen Kolonisation, brachten die Erdölarbeiter und danach die Siedler verschiedene unbekannte Krankheiten in die indigenen Gemeinschaften und verursachten bei den kleineren Gruppen nahezu eine Extinktion. Drittens wurden durch die Erdölaktivitäten sowohl Luft, Wasser und

¹²⁶ Mit protestantischer Kirche ist hier hauptsächlich die überall im Lateinamerika verbreitete, keineswegs unumstrittene Summer Institute of Linguistics mit der Mission die Bibel in allen Sprachen der Welt zu übersetzen.

Erboden verschmutzt. Dabei ging auch die Lebensgrundlage der Völker verloren und die medizinischen Auswirkungen traten in Form von verschiedenen Hautkrankheiten und gestiegen Krebsraten hervor. Die Probleme der im Amazonasgebiet ansässigen Völker wurden vorerst von US-Amerikanischen Humangeographen in den 1970er Jahren angesprochen und erst in den späten 1980er Jahren wurden die ökologischen Probleme und Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern in Ecuador thematisiert.¹²⁷

¹²⁷ Vgl. Kimerling 1993

4.4. Ende der Erdöleuphorie unter Neueinführung der Demokratie

Beim Amtsantritt im August 1979 war die größte Herausforderung Roldós die Demokratie mit geregelten parlamentarischen Verhältnissen im Land zu etablieren. Doch die praktische Arbeit wurde von politischen Differenzen und gegenseitiger Distanzierung zwischen Roldós und Assad Bucaram, der Costa-Populisten und Motor der CFP (Concentración de Fuerzas Populares), beschattet und erschwert.¹²⁸

In dem nationalen Entwicklungsplan spielte Erdölboom keine so zentrale Rolle mehr sondern wurde erstmals als Treiber sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen und Probleme gesehen.¹²⁹ Einige der ersten Aufgaben des Staates waren die Verbesserung der Außenhandelsbilanz (Reduktion der Importe und Erhöhung der Exporte), die Bekämpfung der Inflation und die Anhebung der landwirtschaftlichen Produktion. In Hinsicht auf Erdöl wurden Strategien zur Lösung der Energiekrise durch eine Revision der landesinneren Preisgestaltung (mit dem Ziel der Rationalisierung des Binnenkonsums), durch Entwicklung alternativer Energiequellen (als Gegengewicht zur Erdölabhängigkeit), durch finanzielle Stärkung der CEPE (um Erdölförderung in bereits erforschten Gebieten zu beginnen) und durch den Aufbau des neugegründeten nationalen Energieinstitutes INE, ausgelegt.¹³⁰

Zusätzlich wurden Pläne zur Förderung ausländischer Investitionen, Stabilisierung der landwirtschaftlichen Preise und die daraus resultierende Steigerung der Produktion, Förderung nationaler Integration und Modernisierung des öffentlichen Sektors eingeführt. Da einerseits Präsident Roldós und die Regierung durch die Blockade des Kongresses bis zur Handlungsunfähigkeit getrieben wurden, war ihre Arbeit eher von kurzfristigen, individuellen Maßnahmen als von langfristig

¹²⁸ Gabler, 1995, 97

¹²⁹ Vgl. Fontaine, 2003a, 224

¹³⁰ Gabler, 1995, 98

geplanten strukturellen Änderungen, gekennzeichnet. Dementsprechend blieb die Politik des Budgetdefizits und der Verschuldung erhalten. In der Erdölpolitik konzentrierte sich der Staat auf Vergrößerung der Reserven und Erschließung neuer Ölfelder, da im Jahr 1979 nur 19% der insgesamt 3.2 Millionen Hektar erschlossen waren.¹³¹ Das Konsortium CEPE- Texaco führte den Großteil der Produktion, wobei der Betrieb von der US Gesellschaft und von der Nähe der transandinen Pipeline abhängig war. Bei den von CEPE durchgeführten Explorationen, blieben die großen Funde aus.

Der Regierung fehlte eine klare Vision für die Erdölpolitik, deutlich gemacht durch den Wechsel von vier Ressortministern in zwei Jahren. Hauptproblem blieb aber der niedrige Binnenmarktpreis von Erdölderivaten und dessen erheblichen Subventionszahlungen zur Stützung der seit 1959 gleich gebliebenen Preise. Dementsprechend stieg zwar der Anteil von Ölexporten am Gesamtexportvolumen von 45.6% im Jahr 1978 auf 63% im Jahr 1980 wegen der Erhöhung des internationalen Preises, aber das Staatsdefizit konnte nicht verringert werden. Als der Grenzkonflikt im Jahr 1980 wieder zu entfachen drohte, konnte die Regierung im Namen des nationalen Interesses ein Krisenpaket wirtschaftlicher Notmaßnahmen wie die Anhebung der Derivatpreise, mit relativ wenigen Protesten durchbringen. Trotzdem hatte das Allheilmittel Erdöl seine besten Tage bereits erlebt und der Schuldenberg war mächtig. Als Präsident Roldós im Mai 1981 auf tragische Weise mit seiner Frau und mit dem damaligen Verteidigungsminister bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kamen, war sein Nachfolger Vizepräsident Osvaldo Hurtado Larrea mit großen Herausforderungen konfrontiert.¹³²

Der internationale Rohölpreis hatte im Laufe des Jahres 1981 begonnen zu fallen, wogegen Hurtado eine Stabilisierungspolitik vergebens plante. Die

¹³¹ Republica del Ecuador 1980, Bd. 5 S.29 zitiert in Gabler 1995, 102

¹³² Fontaine, 2003a, 122

internationalen Banken zeigten sich wegen der Schuldenkrise in der Zinspolitik wenig flexibel, woraufhin Hurtado mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) und dem ‚Pariser Club‘ Neuverhandlungen der Auslandsverschuldung aufnahm. Die Umschuldungsverhandlungen wurden zum Bestandteil nicht nur der Hurtado Regierung, sondern auch der folgenden Regierungen, wobei der IWF und die Gläubigerbanken neoliberalen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik des Landes ausübten.¹³³

Erdölpolitisch versuchte die Regierung durch die Erhöhung von Erdölderivaten gegen den senkenden internationalen Ölpreis zu wirken. CEPE wurde auch im selbst entwickelten Ölfeld erstmals produktiv, womit die Abhängigkeit des Staats von Texaco, wenn auch minimal, gesenkt wurde. Anfang 1983 wurde am Erdölgesetz Neuerungen vorgenommen, in dem eine unkomplizierte internationale Ausschreibung von Erdölblöcken möglich war.¹³⁴ Der Staat blieb nach wie vor Abhängig von Erdöleinnahmen; der Prozentsatz von Erdöl in staatlichen Einnahmen ist von 15.9% in 1979 auf 45.7% in 1983 gestiegen.¹³⁵

Im Jänner 1984 fanden allgemeine Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. *“En el contexto de recesión que marcó los años Roldós–Hurtado, la aplicación de medidas impopulares vinculadas con el plan de estabilización reforzó la oposición conservadora y llevó a la victoria de Febres Cordero en las elecciones de 1984”*.¹³⁶

Leon Febres Cordero wurde von der rechtsgerichteten Koalition FRN (‘Frente de Reconstrucción Nacional’) unterstützt und gewann in der zweiten Runde die Präsidentschaft. Der Anfang 1985 vorgelegte Entwicklungsplan¹³⁷ war eindeutig neoliberal ausgerichtet. Obwohl soziale und wirtschaftliche Probleme, wie

¹³³ Vgl. Gabler, 1995, 108

¹³⁴ Vgl. Caballero Carrera, Roberto, 2003, 189

¹³⁵ Banco Central del Ecuador, Cuentas Nacionales No.15, zitiert in Fontaine, 2006, 325

¹³⁶ Fontaine, 2003, 122: „Im Zusammenhang mit der Rezession, welche die Jahre Roldós–Hurtado prägte, haben die unpopulären Maßnahmen des Stabilisierungsplans die konservative Opposition gestärkt und Febres Cordero in den Wahlen 1984 zum Sieg geführt, freie Übersetzung

¹³⁷ CONADE (Consejo Nacional de Desarrollo), Plan Nacional de Desarrollo, 1985–1988, Quito 1985. S. 14f. zitiert in Gabler, 1995, 115.

Unterernährung, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, fehlende nationale Integration, Stadtflucht, Verschwendung der Rohstoffe, Umweltverschmutzung, ineffiziente Verwaltung und mangelnde Sozialversicherung wahrgenommen wurde, wurde zur Lösung die Wirtschaft geöffnet.¹³⁸ Dem Plan gemäß war das Ziel ausländische Investitionen in das Land zu locken, aber auch mögliche neue ausländische Kredite zu bekommen. Die mit dem IWF ausgehandelte Strukturanpassungspolitik basierte auf der Vergabe interner Kredite und Änderung der Wechselkurspolitik, wodurch die Exporte stimuliert und Kontrolle über die Importe erlangt werden sollte. Zusätzlich sollten Realpreise alle subventionierten Preise ersetzen. Dadurch sollte die Produktion der Exportgüter angestachelt werden, öffentliches und privates Kapital ins Land fließen und die Inflation und staatliches Defizit gezügelt werden. Die Regierung konzentrierte sich auf vier Wirtschaftsfaktoren: Erdölwirtschaft zur Erhöhung der Reserven, Landwirtschaft zur Steigerung der Exporte, Industrie zur Abdeckung des Binnenmarktes und Bauwirtschaft zur Förderung der Sozialbauprojekte und Verringerung der Arbeitslosigkeit.¹³⁹

Von der Erdölwirtschaft erwartete die Regierung eine Steigerung der täglichen Produktion von 288.000 Barrel (1985) auf 305.000 Barrel (1988), wobei der interne Konsum nur bedingt wachsen sollte, wodurch man eine Erhöhung der Erdölexporte um 10% erwarteten konnte.¹⁴⁰ Diese Art Erdölpolitik führte zu Konflikten mit der OPEC da Ecuador ihre zugeteilte Produktionsquote beträchtlich und kontinuierlich überschritt. Die im Jahr 1983 eingeführte Quotenregelung teilte Ecuador schon damals eine zu niedrige Tagesproduktionsquote von 200.000 Barrel ein, obwohl damals schon 230.000 Barrel täglich gefördert wurden. Um Verzögerungs- und Blockadepolitik des oppositionellen Kongresses zu verhindern, nahm der Präsident mehrmals sein Vetorecht in Gebrauch um z.B. die Preise für

¹³⁸ Vgl. Fontaine, 2003a, 111

¹³⁹ Vgl. Gabler, 1995, 116

¹⁴⁰ CONADE, 1985, 74-77 und 65-71, zitiert bei Gabler, 1995, 116

Erdöl derivative zu erhöhen und machte sich damit innenpolitisch vor allem bei den Linken, schnell Feinde.

Obwohl durch die Steigerung der Exporte im landwirtschaftlichen Bereich (Ecuador wurde 1985 wieder zum weltgrößten Bananenproduzent) und im Fischereisektor die Staatseinnahmen stiegen und durch die Erhöhung der Steuern und Verringerung der staatlichen Ausgaben, der Staat Ecuador am Weg der Besserung war; verursachte der dritte Ölpreisschock (der Durchschnittspreis pro Barrel fiel auf 12.86 Dollar) 1986 ein gewaltiges Defizit im Staatsbudget. Gleichzeitig zum Preisverfall des Erdöls erfolgte im Januar 1986 eine Abwertung des Sucre um 14% um damit die schlimmsten Folgen für die Devisenreserven zu verhindern. Den vernichtenden Schlag brachte aber die Natur selbst, als im März 1987 ein schweres Erdbeben mit dem Epizentrum 100km nördlich von Quito, 1000 Todesopfer verlangte und Sachschäden von ca. einer Milliarde US-Dollar verursachte.¹⁴¹ Wirtschaftlich war die Unterbrechung der Trans-Andenpipeline verheerend (in der Länge von 50 km zerstört) und die ökologischen Folgen der geschätzten 3.5 Millionen Gallonen Rohöl, die in das Flusssystem des Oriente flossen, erschreckend. Da die Erdölproduktion um 40% sank und über fünf Monate kein Öl exportiert werden konnte, hat die Regierung den Schuldendienst gegen frühere Vereinbarungen mit den Schuldnerbanken, eingestellt.

Zusätzlich zu den weggebliebenen Erdöleinnahmen, fiel die Ernte wegen den schlechten Wetterbedingungen schlechter aus und das Bruttoinlandsprodukt um 5.2% sank. Um seine Exportverpflichtungen einzugehen, musste Ecuador Öl von Nigeria und Venezuela leihen. Die Bevölkerung antwortete auf das wirtschaftliche Notprogramm (Erhöhung der Grundnahrungsmittel- und Benzinpreise, Benzinrationierungen, Reduktion der Staatsausgaben) mit Streiks und gewaltsamen

¹⁴¹ Vgl. Fontaine, 2003a, 111

Auseinandersetzungen.¹⁴² Die Finanzpolitik litt unter diesen Entwicklungen, die Inflation stieg durch den Preisanstieg rasant an und die Zentralbank verlor einen Großteil ihrer Devisenreserven in dem Versuch den offiziellen Wechselkurs und Interventionskurs beisammen zu halten.¹⁴³ Mit der Einführung von Importkontrollen wurde einer der Grundsätze der neoliberalen Wirtschaftspolitik aufgehoben.

Die Politik der Produktionserhöhung setzte die Erhöhung der vorhandenen Erdölreserve voraus. Um eine Verdoppelung der Reserven zu erreichen, wurden die Investitionsbedingungen für die multinationalen Gesellschaften mit dem neuen Erdölgesetz attraktiver gemacht.¹⁴⁴ Das nationale Unternehmen CEPE hatte weder die Fähigkeit noch den Willen sich in solch riskante und teure Explorationsunternehmungen zu begeben und ließ diese Aufgabe den multinationalen Gesellschaften. Bereits unter der Amtszeit von Hurtado gab es eine große internationale Ausschreibung von erdölträchtigen Gebietsblöcken in dem die Gesellschaft das gesamte Risiko über den Erfolg der Explorationen trug.¹⁴⁵ Es gab vier Ausschreibungsrunden während Febres Amtszeit und es wurden zahlreiche Dienstleistungserträge abgeschlossen, was auch als sein erdölpolitisches Erbe gesehen wird, aber es gab keine beachteten Funde während dieser Zeit.

¹⁴² Vgl. Gabler, 1995, 121

¹⁴³ Ebd., 123

¹⁴⁴ Edb., 126

¹⁴⁵ Ebd., 127

4.5. Erdölförderung zwischen Schuldentilgung und Umweltproteste

Bei den Wahlen 1988 wurde Rodrigo Borja Cevallos zum Präsidenten gewählt. Borja war es bewusst dass die Wirtschaftslage, in dem seine Vorgänger das Land gelassen hatten, die schwierigste war die das Land erlebt hatte. „*Wir haben nicht als Schulden, überfällige Rechnungen und eine Inflationsrate von 63% (...)*“.¹⁴⁶ Zuerst litt die Regierung Borjas nicht, wie ihre Vorgänger, unter innenpolitischen Widerstand, da die frühere Opposition die Partei Izquierda Democrática (ID) in Koalition mit der Partei Democracia Popular (DP) trat. Während der gesamten Amtszeit befand sich die Regierung in der Zwickmühle zwischen dem sozialdemokratischen Programm, welches sie während des Wahlkampfes versprochen hatten und der realpolitischen wirtschaftlichen Anpassungspolitik um die desolate Staatsfinanz zu sanieren.

Es wurde ein Entwicklungsplan mit dependenztheoretischer Konnotation kreiert, um aus der Krise, die als Produkt der Rolle des Landes als Rohstoffproduzent interpretiert wurde, zu kommen.¹⁴⁷ Schnelle und schlagkräftige Reformen wurden vorgenommen. Vor allem im politischen Bereich wurde der Ausbau der Demokratie in Richtung breitere Bürgerbeteiligung und Reform des Rechtswesens in Hinsicht auf Menschenrechte ausgebaut. Die Zahlungen des Schuldendienstes sollten den Bedürfnissen der nationalen Entwicklung angepasst werden, die Regierung jedoch versicherte den Zahlungsverpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern nachzukommen. In Hinsicht auf die Erdölpolitik wurde die Kooperation mit OPEC zwar erwähnt aber vielmehr wollte man eine kleinere Abhängigkeit von den Erdölexporten erreichen und andere Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft, Tourismus und Kunsthandwerk fördern. Erstmals in einem nationalen

¹⁴⁶ Weltgeschehen, 1989, 133, zitiert in Gabler, 1995, 130

¹⁴⁷ Vgl. Gabler, 1995, 130

Plan wurden auch Inhalte wie die Diskriminierung der Frau oder der multinationale Eigenschaft der ecuadorianischen Gesellschaft thematisiert.

Die angekündigten Reformen wurden tatsächlich auch umgesetzt: 1989 wurden die Löhne um 30% erhöht und später im selben Jahr wurde mit einer breit angelegten Alphabetisierungskampagne begonnen um die Analphabetenquote von 15% zu senken.¹⁴⁸ Mit der Pflichteinführung von zweisprachig-interkultureller Schulerziehung in allen Schulen mit mehrheitlich indigenen Besuchern, wurde den Forderungen der politisch organisierten Indígenas nachgegangen. Die Organisation und Durchführung dieser bilingualen Erziehung wurde an die Dachorganisation der Indigenen Organisationen CONAIE¹⁴⁹ vergeben. Trotz der sozialdemokratischen Akzente in der Sozialpolitik, wurde in der Wirtschaftspolitik die von der IMF betriebene Anpassungspolitik weiter geführt.

Wegen des mangelnden Erfolgs der Ölgesellschaften auf der Suche nach neuen Reserven, war es notwendig eine neue Ausschreibungsrunde für die Erdölblöcke durchzuführen.¹⁵⁰ Da sich die Erdölpolitik hauptsächlich auf Exploration und Förderung konzentrierte und die Raffination und Vertrieb vernachlässigt wurde, war die Raffineriekapazität klein und ineffizient. Einer der Gründe für die neue Ausschreibungsrunde war, dass die defizitäre und inzwischen bürokratisierte staatliche Erdölgesellschaft nicht in der Lage war, die notwendigen Investitionen für die teuren Explorationsarbeiten aufzutreiben. Die Erdölproduktion wurde zusätzlich im Herbst 1989 wegen wiederholten Streiks über Lohnerhöhungen der Gewerkschaft FETRACEPE beeinträchtigt. In dieser Zeit kam es zur Aufteilung des staatlichen Ölkonzerns CEPE in drei Tochtergesellschaften mit unterschiedlicher Aufgabenteilung: *Petroriente* war zuständig für die Exploration und Förderung, *Petrocomercial* für den Transport, internationalen Verkauf und internen Vertrieb und

¹⁴⁸ Ebd., 132

¹⁴⁹ Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador

¹⁵⁰ Vgl. Fontaine, 2003a, 401

Petroindustria für die Raffination, was auch die Macht der kleinen aber strategisch mächtigen Gewerkschaft abschwächte.

Die relativ friedlichen Zeiten der Zusammenarbeit zwischen ID und DP in der Regierung waren vorbei als DP aus der Koalition 1989 austrat. Obwohl finanzpolitisch die Borja Regierung Erfolge verzeichnen konnte, wie etwa die Inflationsrate von 100% auf 36% zu senken, den Staatshaushalt nach drei Jahren aus den roten Zahlen zu retten und eine graduale (mit der Weltbank und dem IWF vereinbarte) Anpassungspolitik zu vereinbaren, hatte die Bevölkerung im täglichen Leben wenige Fortschritte gesehen. Gleichzeitig sorgten die mit dem IWF und dem Pariser Club¹⁵¹ durchgeführten graduellen Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln, Erdölderivaten, Strom und Telefongebühren in der Gesellschaft und bei den Gewerkschaften für Unmut und Streikaufrufen. Auch die Indigene Bewegung trat ab 1990 mit der Regierung in einen härteren Konfrontationskurs und die CONAIE verhandelte mit der Regierung über Besitzrechte der dort ansässigen Volksgruppen nach einer Besetzung eines Erdölblockes im Oriente. Im Mai 1992 wurden ihnen Besitzrechte über 1.1 Millionen Hektar zugestanden.¹⁵²

Die Außenpolitik Borjas folgte einem kritischen Pragmatismus, so wurden sowohl die Bestimmungen des Andenpaktes als auch die Entscheidungen der OPEC respektiert. Ebenso wie seine Vorgänger, war auch Borjas mit den sinkenden Erdölreserven konfrontiert. Die gesamte Erdölindustrie war in Hinsicht auf Förderung, Transport und Raffination auf relativ leichtes Öl aufgebaut und Schweröl schien dementsprechend wirtschaftlich unrentabel. Diese Explorationsergebnisse verlangten jedoch ein gewisses Umdenken der ecuadorianischen Erdölindustrie, in Bezug auf

¹⁵¹ Pariser Club ist ein internationales Gremium mehrerer Staaten, in dem staatliche Forderungen gegen zahlungsunfähige Staaten behandelt werden und insbesondere über Fragen der Umschuldung und des Schuldenerlasses entschieden wird.

¹⁵² Vgl. Fontaine, 2003a, 228

Infrastruktur. Es mussten Mischanlagen errichtet werden um den Transport in der transandinen Pipeline zu ermöglichen. Die Notwendigkeit der Investierung wie auch die Schwierigkeit das Schweröl international zu vermarkten, machten CEPE abhängig von ausländischen Gesellschaften um diese Ölfelder zu erschließen.

Im Juli 1989 machte die Gesellschaft Conoco der Regierung ein Angebot 550 Millionen USD zu investieren, zwei Mischstationen zu errichten um zwei Blöcke (Nr. 16 und 22.) mit Schweröl zu entwickeln, was auch von der Regierung genehmigt wurde. Als die nationalen und internationalen Umweltbewegungen von der Verteilung von Erdölkonzessionen in einem Nationalpark erfuhren, wurden Kampagnen gegen die verfassungswidrige Vergabe von Gebieten innerhalb von Nationalparks gegen CEPE/Petroecuador und Conoco eingeführt. Da weder die politische Sicherheit wegen der Umweltproteste noch die wirtschaftlichen Gewinne auf der Hand lagen, hatte Conoco das Interesse an der Entwicklung der ecuadorianischen Schwerölfelder verloren und gab im Oktober 1991 den Verkauf seiner Rechte an Block 16 an Maxus bekannt.¹⁵³ Trotz Proteste der Umweltbewegung und der indigenen Bewegungen konnten sich Petroecuador und Maxus einigen und andere Gesellschaften, wie Elf, Occidental, Arco und Petrobras, sahen sich ermutigt die Schwerölproduktion in Ecuador aufzunehmen. Die Stärkung der Indígena-Organisationen haben der Regierung Zugeständnisse aufgezwungen. Während der sechsten und siebten Ausschreibungsrunde, wurde eine zusätzliche Umweltsteuer in der Höhe von 100.000 USD auferlegt. Die Ölindustrie brachte die ecuadorianische Umweltbewegung, die anfänglich stark von amerikanischen Bewegungen unterstützt wurde, und die verstärkte indigene Bewegung im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind zusammen.

¹⁵³ Vgl. Acción Ecológica, 2006, 45

Eine weitere unbeantwortete Frage in Zusammenhang mit der Erhöhung der Reserven, war die der tertiären Förderung um die Produktion der großen Leichtölfelder bis ins nächste Jahrzehnt aufrecht zu erhalten.¹⁵⁴ Für die neu aufgeteilte CEPE/Petroecuador kam während der Amtszeit Borjas viele Änderungen: 1988 übernahm CEPE den Betrieb der transandinen Pipeline, die zwar seit 1986 im staatlichen Besitz war, aber bis dahin von Texaco betrieben wurden. Ebenso übernahm die neugegründete Petroecuador 1989 alle technischen Operationen im CEPE/Texaco Block, der bis dahin auch nur von Texaco betrieben wurde, sowie auch ein Jahr später zwei Raffinerien auf Santa Elena. Damit wurde die aktive Förderungsperiode Texacos 1992 in Ecuador beendet. Petroamazonas wurde zum alleinigen Eigentümer der größten Leichtölfelder des Oriente und Petroecuador kontrollierte selber den gesamten Erdölsektor.¹⁵⁵

Das Verhältnis zur OPEC war während der Amtszeit Borjas von gegenseitigen Bemühen gezeichnet, Ecuador überschritt die Produktionsquote nur selten und die OPEC erhöhte die Quote auf Drängen Ecuadors wiederholt. In den Medien wurde jedoch nach der Sinnhaftigkeit der Zugehörigkeit zur OPEC gefragt, da Ecuador als eines der kleinsten der Mitgliedsländer kaum Einfluss auf die offizielle OPEC-Politik nehmen konnte und das Rohöl nach dem Golfkrieg sogar billiger wurde.

Im Jahr 1992 wurden Präsidentschaftswahlen abgehalten bei denen Sixto Duran Ballen gewann, der mit seinem neoliberalen Programm für Privatisierungen und das ausländische Kapital eintrat.¹⁵⁶ Nach seinem Eintritt entschied sich Sixto Duran für, wie von IWF gefordert eine Schocktherapie bei wirtschaftlichen Maßnahmen: im September wurde der Sucre um 35% abgewertet, die Preise für

¹⁵⁴ Vgl. Gabler, 1996, 141

¹⁵⁵ Ebd., 142

¹⁵⁶ Vgl. Fontaine, 2003a, 229

Treibstoffe um 165% und der Strompreis um 50% erhöht.¹⁵⁷ Ebenso kündigte Sixto Duran den Austritt Ecuadors aus der OPEC und eine Erhöhung von der täglichen Erdölproduktion auf 300.000 Barrel täglich an. Der Austritt war nicht nur Reaktion auf die Quotenpolitik. Vielmehr war es die fehlende Stabilität der Erdölpreise und die Veränderung der Machtverhältnisse in der internationalen Erdölindustrie zu Ungunsten der OPEC, was den Austritt beeinflusste.¹⁵⁸ Da OPEC immer geringeren Einfluss auf den internationalen Ölpreis und Ecuador innerhalb der OPEC kaum Entscheidungsgewalt hatte, entschied Präsident Sixto Duran dass das Kosten-Nutzen Verhältnis nicht für die Vollmitgliedschaft lohnte. Sixto Duran Ballen setzte zwei markante Akzente für die Erdölwirtschaft Ecuadors: es gab kein billiges, staatlich subventioniertes Benzin mehr und erstmals konnte Ecuador seine Erdölpolitik unbeaufsichtigt, ohne den Einfluss von OPEC, führen.¹⁵⁹ Er war für die nächsten 20 Jahre der letzte Präsident der seine volle Amtszeit dienen konnte.

In den Präsidentschaftswahlen von 1996 gewann der von PRE¹⁶⁰ unterstützte Abdalá Bucaram Ortiz. Die Regierung Bucaram folgte ein neoliberales Wirtschaftsmodell mit einem umfangreichen Privatisierungsprogramm für Staatsunternehmen, sogar für die Sozialversicherung. Man versuchte die Gewerkschaften zu schwächen, gleichzeitig wurde die vermögende Unternehmerschicht zufrieden gehalten. Die sozialen Organisationen protestieren umgehend gegen die Abschaffung von subventionierten Strom und Gas, und als die Korruptionsvorwürfe bekannt wurden, verbreiteten sich Anfang 1997 landesweite Aufmärsche und Blockaden um ihre Ablehnung der Regierung gegenüber bekannt zu

¹⁵⁷ Vgl. Gabler, 1995, 145

¹⁵⁸ Vgl. Fontaine, 2003a

¹⁵⁹ Vgl. Gabler, 1995, 146

¹⁶⁰ 'Partido Roldosista Ecuatoriano' ist eine eher populistisch eingestufte, Mitte-Rechts orientierte politische Partei in Ecuador, die Entscheidungsträger der Partei in der unternehmerischen und landwirtschaftlichen Oberschichte der Küstenregion ist.

machen. Nach nur sechs Monaten Amtszeit setzte der Kongress, unter dem Druck der Proteste, Bucaram im Februar 1997 ab.¹⁶¹

Als Nachfolger von Bucaram wurde der Präsident des nationalen Kongresses, Fabián Alarcón Rivera, gewählt. Die Präsidentschaft Alarcóns löste eine ungezügelter Verfassungskrise aus, die in einem Referendum endete, welches die Gründung einer verfassungsgebenden Versammlung (asamblea constitucional) ermöglichte. Alarcón wollte das Erdölgesetz ‚Ley de Hidrocarburos‘ von 1997 mit der Einführung eines Vertrags über die gemeinsame Geschäftsführung reformieren und damit die Abgabe der größten Erdölfelder an internationale Gesellschaften ermöglichen. Die Übergangspräsidentschaft endete mit den vorgezogenen Wahlen im August 1998 und nach seiner Amtszeit wurde Alarcón mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert.¹⁶²

Die Präsidentschaftswahlen 1998 gewann Jorge Jamil Mahuad Witt, ein Kandidat der Christlichen Partei Democracia Popular (DP). Sein Aufstieg zur Macht fiel zeitlich mit der Einführung der neuen Verfassung durch die konstituierende Nationalversammlung zusammen. Schnell darauf geriet Jamil in Kritik wegen seiner Währungs- und Finanzpolitik, die schlussendlich zur größten Finanzkrise des Jahrhunderts führen sollten.¹⁶³ Kurz gesagt war das Staatsdefizit sehr hoch und wegen des ‚El Nino‘ Phänomens das Land in Rezession gestürzt. Darauf führte Mahuad eine Finanztransaktionssteuer von 1% ein, was wiederum in Kapitalflucht und in verstärkten Gebrauch des US Dollars, wegen der geschwächten Nationalwährung Sucre, endete. Das schnelle Kreditwachstum, vor allem in Fremdwährung (US Dollar), resultierte in finanzieller Fragilität, was auch durch Euphorie und subjektive Risikobewertung weitergetrieben wurde, wogegen eine schlaaffe, durch Liberalisierung der Finanzmärkte geschwächte Bankenaufsicht, nichts

¹⁶¹ Vgl. Chavez, 2003, 108

¹⁶² Vgl. Fontaine, 2003a, 231

¹⁶³ Vgl. Fontaine, 2003a, 123

ändern konnte.¹⁶⁴ Ende Dezember 1999 war die Inflation so stark angewachsen, dass der Präsident am 9. Januar 2000 die Abschaffung des Sucre und die Einführung des US-Dollar als Währung in Ecuador ankündigte. Der Wechselkurs zum US-Dollar war katastrophal: innerhalb eines Jahres war es von 4.500 auf 25.000 Sucre pro Dollar gefallen.

Während seiner Regierungszeit machte Mahuad eine sechstägige Promotionstour bei internationalen Erdölgesellschaften in den USA um Investitionen in der Höhe von vier Milliarden US Dollars in das Land zu locken. Für den Bau einer Pipeline (OCP)¹⁶⁵ für den Transport von Schweröl, wie auch für die Übernahme von staatlichen Ölfeldern, suchte die Regierung Investoren. Gleichzeitig zeigte die Finanzkrise Ecuador in einem wenig attraktiven Licht.¹⁶⁶ Weitere Projekte waren die Entwicklung der marginalen Felder, die Gewährung einer Konzession für die La Libertad Raffinerie, die Nutzungsrechte für das Gas im Golf von Guayaquil sowie auch die Freisetzung von Kraftstoffimporten. In Hinsicht auf die Finanzierung, Bau und Betrieb der neuen Ölleitung, wurde eine vorläufige Vereinbarung zwischen der Regierung und fünf internationalen Ölkonzernen getroffen. Der Betrieb der Raffinerie sollte nach einer Ausschreibungsrunde in die Hände des privaten Sektors gegeben werden und die Ausstattung den internationalen Qualitäts- und Umweltschutzstandards entsprechen. Die Abschaffung der Energiesubventionen, die Mahuad zu Beginn seiner Amtszeit einführen ließ, wie auch seine finanzpolitischen Entscheidungen haben am härtesten die Unter- bis Mittelschicht betroffen und führten im Januar erst zu Massendemonstrationen und letztendlich zu einem vom Militär und von der indigenen Bewegung getragenen Putsch. Zuerst übernahm ein

¹⁶⁴ Vgl. Martinez, Gabriel X, 2006, 567

¹⁶⁵ Oleoducto de Crudo Pesado

¹⁶⁶ Vgl. Mosquera, 1999

Triumvirat die Präsidialfunktionen, bis die Verantwortung dem konstitutionellen Vizepräsidenten Gustavo Noboa übertragen wurde.¹⁶⁷

Während seiner Präsidentschaft behielt Noboa die Dollarisierung und die rechts-liberale Politik seines Vorgängers bei. Noboa verhandelte während seiner Amtszeit die Auslandsschulden Ecuadors neu und amnestierte die Militärs, die an dem Putsch teilgenommen haben. Ebenso fuhr er mit Großprojekten fort, die unter Mahuads Amtszeit beschlossen wurden, wie der Bau einer neuen OCP Pipeline für Schweröl, einer Erweiterung der transecuadorianischen Pipeline, Umstellung der Raffinerien, sowie die Bearbeitung der neunten und zehnten Runde der Ausschreibungen für Konzessionsverträge mit neuen Formen von Auftraggebern. Noboa belebte die Initiative Alarcons über die Abgabe der größten Ölfelder an internationales Kapital wieder und suchte die gesetzliche Verankerung durch das Gesetz zur Förderung von Investitionen und Beteiligung der Bürger (‘ley para la promoción de la inversión y la participación ciudadana’). Das ‘Abkommen über strategische Allianzen’ trat in Kraft und mit diesen Instrument wurden mehrere Ölfelder an die chilenische ENAP Gesellschaft, (ohne einen Ausschreibungsprozess und demzufolge rechtswidrig), abgegeben. Gegen Ende der Amtszeit von Noboa schloss Petroecuador eine Charge von 24.000 Barrel Erdöl pro Tag mit der Koreanischen SK Corporation und eine Charge von 3.5 Millionen Barrel Heizöl pro Jahr mit der italienischen Unternehmen Enel gegen eine Vorauszahlung von 130 Millionen Dollar, um das Haushaltsdefizit von 250 Millionen Dollar zu decken. Noboa rechtfertigte diese vorausbezahlten Bestellmengen, mit den gescheiterten Kreditverhandlungen mit dem IWF über 240 Millionen Dollar.¹⁶⁸

¹⁶⁷ Vgl. Mayer, 2008, 41.

¹⁶⁸ Vgl. El Universo, 2002

Bei den Wahlen im November 2002 kandidierte Lucio Gutiérrez (einer der putschenden Militärs) mit der Unterstützung von *Pachakutik*¹⁶⁹ (den politischen Arm von CONAIE) und den linken Parteien des Landes. Mit dieser Unterstützung und einer populistischen Botschaft gewann Gutiérrez gegen den Unternehmer Alvaro Noboa und wurde im Januar 2003 zum Präsidenten vereidigt. Gutiérrez begann seine Amtszeit mit einer Allianz zwischen den linksgerichteten Parteien Ecuadors, mit der Pachakutik Bewegung und der MPD¹⁷⁰. Entgegen seiner Wahlversprechen, führte Gutiérrez neue Sparmaßnahmen ein und trieb eine liberal-konservative Wirtschaftspolitik mit der planmäßigen Bedienung der Auslandsschulden, einer Orientierung Richtung ‚Free Trade Area of Americas‘ und der Pflege des engeren Kontaktes zu den USA, was ihm die Zusammenarbeit mit seinen Koalitionspartner Pachakutik kostete.

Auch Gutiérrez folgte den neoliberalen Weg in seiner Erdölpolitik und erweiterte den Partnerschaftsvertrag auf die Industrialisierung, Lagerung und Vermarktung des Erdöls. Die Felder Schushufindi, Auca und Lago Agrio wurden für ausländische Investitionen ausgeschrieben, wobei es sich um bereits erforschten und „alte“ Felder handelte.¹⁷¹ Neben der Konzessionsvergabe, beschäftigte die Uneinigkeit zwischen dem Minister für Energie Carlos Arboleda und der Steuerbehörde SRI (Servicio de Rentas Internas) über das Recht der internationalen Gesellschaften auf Mehrwertsteuerrückerstattung die Regierung.

Dabei hatten die Erdölgesellschaften andere Sorgen: die feindliche Reaktion der indigenen Gemeinschaften gegenüber der ausländischen Gesellschaften, was eine Kontinuität des zivilen Kampfes gegenüber den Gesellschaften zeigte. Beim Block 23 von Konsortium CGC-Chevron wurden die Arbeiter seit Jahren durch die

¹⁶⁹ Movimiento de Unidad Plurinacional PACHAKUTIK Nuevo País ist eine politisch unabhängige Partei, die im 1995 als Gegenreaktion für Neoliberalismus gewachsen ist und für einen alternativen Form von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verantwortung kämpft.

¹⁷⁰ Movimiento Popular Democrático – Marxistisch leninistische Partei Ecuadors

¹⁷¹ Vgl Explored, 2003

ansässigen Indigenen Sarayacu behindert, obwohl die Verteilung der Konzessionsrechte bereits 1997 stattfand. Die Betreiber erhofften dementsprechend dass der Präsident Maßnahmen ergreifen würde um die indigenen Gemeinden von der Ölförderung in ihrem Gebiet zu überzeugen.¹⁷² Der Konflikt zwischen CGC-Chevron und den Sarayacu Volkes bekam 2003 internationale Resonanz als die Sarayacu ihren Fall vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof präsentierten und ihre Rechte und die Verletzungen derselben bestätigt bekamen.¹⁷³ Über die Einzelheiten des Konfliktes ist mehr im Kapitel 5.2. zu lesen.

Die Erdölproduktion der staatlichen Gesellschaft Petroecuador ist in der Zeitspanne zwischen Anfang der 1990er Jahren und den Anfängen des neuen Jahrtausends mangels Investitionen in Infrastruktur, mangels finanzieller Mittel und mangels Transportkapazitäten (Erdölpipelines) dramatisch gesunken. Die Weltbank berechnete, dass die Produktion von einem Spitzenwert von jährlichen 120 Millionen Barrel im Jahr 1994, auf 80 Millionen im Jahr 2002 gesunken ist.¹⁷⁴ Ein weiterer Grund für die Produktionsreduktion war, dass keine seismischen Studien zur Identifizierung neuer Reserven gemacht wurden, um den Erkundungsbohrungen die Chancen auf Erfolg zu gewährleisten. Während fast eines Jahrzehnts hatte Petroproducción nahezu keine Erkundungsarbeiten durchgeführt, wodurch auch keine neuen Produktionsfelder angeschlossen, ausbenutzte Felder ersetzt oder dessen Produktionsniveau erhalten werden konnten.¹⁷⁵ Nicht nur der Anschluss neuer Quellen fehlte, denn es wurde bemessen dass genügend in den vorhandenen Feldern zu holen wäre, aber auch die Produktionsmethoden selber waren ineffizient und kurzsichtig. Die schlechte Wartung ihrer Anlagen, der Verlust technisch qualifizierten Personals und der fehlende Einsatz neuer Technologien, sind Punkte

¹⁷² ebd

¹⁷³ Vgl. CIDH, 2010

¹⁷⁴ Vgl. Alba/Yépez, 2003, 94

¹⁷⁵ Vgl. Alba/Yépez, 2003, 99 und. Explored, 2003

welche die Weltbank dem Staatsunternehmen vorwirft.¹⁷⁶ Einerseits durch den Verlust finanzieller Unabhängigkeit, andererseits durch die Einführung von Kollektivverträgen den Entlassungs- oder Ersetzungsprozess der Funktionäre hat Petroecuador, laut Weltbank, verwässert und an Effizienz verloren. Fehlende Planung, schwindende operative und administrative Beweglichkeit waren weitere Auswirkungen. *“Las acciones más urgentes incluyen la solución al problema del reembolso del IVA y la falta de estabilidad jurídica para los inversionistas, la eliminación del subsidio generalizado al gas, y la adopción de una fórmula que permita la asociación de Petroecuador con empresas probadas para la operación de campos más importantes (...)”* – definiert der Weltbank Bericht.¹⁷⁷

Angesichts der fehlenden Mehrheit im Kongress suchte Gutiérrez erst mit der rechtsgerichteten Partido Social Cristiano (PSC) zu kooperieren, später mit der populistischen PRE und PRIAN¹⁷⁸. In zwei Jahren Amtszeit hatte Gutiérrez von den fünfzehn Ministern der ursprünglichen Regierung bis auf die Handelsministerin, Ivonne Juez de Baki, alle verloren. Protestbewegungen und Streiks entstanden im April 2005 in verschiedenen Städten Ecuadors, welche teilweise von den Lokalregierungen angestiftet wurden. Nach Zusammenstößen zwischen Demonstranten und nationalen Sicherheitskräften und anhaltenden Proteste, sammelte sich eine Mehrheit der oppositionellen (PSC, Pachakutik, ID) Kongressabgeordneten um erst den Kongresspräsidenten und danach den Präsident Gutiérrez abzuwählen. Obwohl Gutiérrez zuerst nicht abdanken wollte, wurde der bisherige Vizepräsident Alfredo Palacio zum neuen Präsidenten bestimmt.¹⁷⁹

¹⁷⁶ Alba/Yépez: 2003, 100

¹⁷⁷ Alba/Yépez, 2003, 93: „Die dringendsten Aktionen beinhalten die Lösung des Problems um die Mehrwertsteuerrückerstattung und die fehlende gesetzliche Stabilität für die Investoren, die Eliminierung der generellen Gassubventionen und die Adoption einer Formel, welche eine Vereinigung von Petroecuador mit Privatgesellschaften für den Betrieb der wichtigsten Felder ermöglicht (...)“, freie Übersetzung

¹⁷⁸ Partido Renovador Institucional Acción Nacional

¹⁷⁹ Vgl. Hoy, 2005, Sonderbeilage der Zeitung

Da Alfredo Palacio parteilos war, war es für ihn schwierig Unterstützung im Nationalkongress zu bekommen. Er versuchte eine Strukturreform des Staatswesens einzuführen und wollte per Volksabstimmung eine Verfassungsgebende Versammlung (asamblea constitucional) einberufen, was aber am Obersten Wahlgericht abgelehnt wurde. Die Amtszeit Palacios von Mai 2005 bis November 2006 war gezeichnet von hoher Instabilität: es gab insgesamt sechs Innenminister und sechs Wirtschaftsminister.

Während zuerst die neoliberale Erdölpolitik ihre Kontinuität unter Palacio fand, gab es interessante Entwicklungen während seiner kurzen Amtszeit. Zum einen zeigte Venezuela Interesse an der Teilfinanzierung eines Gasspeichersystems und an der Ausschreibung für Gasimporte um 1.2 Millionen Tonnen.¹⁸⁰ Zusätzlich schlug die Regierung Venezuelas die Finanzierung einer neuen Raffinerie vor, die durch ein zwischenstaatliches Abkommen geregelt werde. Eine radikale Änderung war die Stornierung des Vertrages mit der amerikanischen Erdölgesellschaft Occidental Petroleum im Jahr 2006, wegen Vertragsbruch und Verletzung der Landesgesetze. Occidental betrieb Ölfelder im Nordosten des Amazonas, mit einer täglichen Produktion von ca. 100.000 Barrel was ca. 20 Prozent der Jahresproduktion 2005 ausmachte.¹⁸¹ Die Vereinten Staaten reagierten darauf mit einem Boykott auf die Verhandlungen des Freihandelsabkommens. Dieser Vorfall war ein Ergebnis der Reformen am Erdölgesetz (Ley de Hidrocarburos), die verordneten dass die internationalen Ölgesellschaften auf die zusätzlichen Einnahmen (resultierend aus den hohen internationalen Ölpreisen), eine Erhöhung der staatlichen Abgabenquote auf 50% zu bezahlen hatten.¹⁸² Die Problematik entstand als die im Land tätigen US-Ölfirmen die Rückerstattung der Mehrwertsteuer zu verlangen versuchten.¹⁸³ Die erhöhten Abgaben wurden mit der Erhöhung von internationalen Ölpreisen

¹⁸⁰ Vgl. El Universo 2005

¹⁸¹ Vgl. New York Times 2006

¹⁸² Vgl. Hoy, 2006.

¹⁸³ Vgl. Gómez Salvador, 2010, 31

gerechtfertigt und mit jeder Gesellschaft einzeln festgelegt. Der Occidental Fall war einer der größten Konflikte zwischen der ecuadorianischen Regierung und Privatunternehmen in vielen Jahren. Die Maßnahmen gegen Occidental wurden von den Gewerkschaften und indigenen Organisationen begrüßt. Die Partei Pachakutik verlangte daraufhin Transparenz in den Prozessen der Vertragsabschlüsse mit dem Zweck der Erforschung und Erwirtschaftung der Gebiete.¹⁸⁴

In den Wahlen in November 2006 war wiederholt Alvaro Noboa in der zweiten Runde, diesmal gegen Rafael Correa, der kurzzeitig als Wirtschaftsminister unter Palacios diente. Auch dieses Mal musste Noboa mit dem zweiten Platz rechnen; Correa wurde im Januar 2007 zum Präsidenten ernannt.

Nach dem Austritt aus der OPEC förderte Ecuador das Wachstum der Produktion mit der Erweiterung der Pumpleistung der SOTE-Pipelines und den Explorationen der privaten ausländischen Gesellschaften.¹⁸⁵ Diese Strategie wurde Mitte der 1990er Jahren befestigt als Petroecuador durch gesetzliche Reformen geschwächt und seine Investitionskapazität limitiert wurde. So beginnt eine allmähliche Entstaatlichung der Ölproduktion. Andererseits haben die Wirtschaftskrise, die Schwächung des Staates und die große externe Schuldenlast, zur chronischen 'Fiskalen Erstickung' geführt, was man mit der engeren Schnürung der Sozialpakete zu kompensieren suchte. Dementsprechend sind die nachhaltigen sozialen Investitionen seit 1981 um die Hälfte gefallen. Der Staat hat seine Rolle als Hauptwirtschaftsakteur verloren und die Verantwortung des Wachstums wurde dem Markt überreicht. Der Öl-Überschuss wurde vermehrt für die Deckung des Schuldendienstes verwendet und der Wirtschafts- und Sozialfaktor des Produktes verschwindet.

¹⁸⁴ Vgl. Ecuador Inmediato, 2006

¹⁸⁵ Vgl. Larrea, 2006, 65

Ab der Jahrtausendwende begannen die internationalen Ölpreise tendenziell zu wachsen, hauptsächlich wegen der wachsenden internationalen Nachfrage. Gleichzeitig wuchs die Tendenz der progressiven Entstaatlichung des Erdölsektors (auf 20 % gesunken) durch den Bau der Pipeline OCP für Schweröl und dem Produktionswachstum bei den Privatgesellschaften. Währenddessen ist die Leichtölproduktion bei Petroecuador seit 1993, wegen den fehlenden Investitionen in der sekundären und tertiären Förderung der alten Feldern, gesunken. Die Öffnung von neuen Feldern, sogar in Naturschutzgebieten, hat den Einfluss auf die Umwelt verstärkt und die Abholzung und zur unwiderruflichen Zerstörung der biologischen Vielfalt des Amazonas beigetragen. Im Gegensatz zu den 1970er Jahren, wo der Erdölboom ein Land traf das relativ Unabhängig war, traf der Preisboom des neuen Millenniums ein Land dessen sowohl industrielle als auch landwirtschaftliche Sektoren vom Markt abhängig waren und kaum Hoffnungen an der nationalen Entwicklung sieht.

Das Resultat war eine limitierte und eher rückläufige Beteiligung der Öffentlichkeit an dem von Erdöl produzierten Überschuss. Da der Großteil der Einnahmen für die Rückzahlung der internen und externen Schuldenlast aufgebracht wurde, war der Einfluss des schwarzen Goldes auf die Volkswirtschaft limitiert. Im Gegensatz leidet die Volkswirtschaft unter den limitierten Kapazitäten Erdöl im Land zu raffinieren und der gestiegenen internen Nachfrage nach Treibstoffen, was den Preis importierten Produkte steigen lässt.

4.5. Erdöl im 21. Jahrhundert - Neuorientierung unter Rafael Correa

Mit der Amtsübernahme Correas wurde eine neue Phase in der Geschichte Ecuadors eingeleitet, die der Präsident selber als „Sozialismus des 21. Jahrhundert“ nannte. Diese Wendung war auch in der Erdölpolitik spürbar. Da Correa als Quereinsteiger die Spitze der Politik stürmte, fehlte ihm die Unterstützung der traditionellen Parteien im Kongress. Dementsprechend mühselig war sein Kampf um die Umsetzung seiner Wahlversprechen. Es gelang Correa eine Volksabstimmung über die Gründung der verfassungsgebenden Versammlung ‚Asamblea Constituyente‘ gegenüber der rechten Opposition im Kongress durchzusetzen. Die Volksabstimmung war eindeutig ein Gewinn; 80 Prozent der Bevölkerung stimmte April 2007 für die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung, die nicht nur die Kraft besitzen sollte die Verfassung neu zu schreiben sondern auch politische Institutionen oder Behörden, wie den Kongress oder den Präsidenten, aufzulösen.¹⁸⁶ Die Wahl für die Versammlung fand im September 2007 statt und die Präsidentschaftspartei ‚Alianza PAIS‘ gewann achtzig der 130 zur Wahl stehenden Sitze. Eine einfache Mehrheit reichte in der Versammlung Entscheidungen durchzubringen und dadurch konnte der Kongress abgewählt werden, wodurch auch die Legislative Kraft an die Asamblea Constituyente übergeben wurde. Dies geschah natürlich nicht ohne Proteste von Seiten der Opposition, aber da Correas Versammlung einen starken Rückhalt in der Bevölkerung hatte, konnte der Entschluss nicht aufgehoben werden. Schließlich beteiligte sich auch die Opposition an dem Entwurf der neuen Verfassung, die in September 2008 mit 64% Zustimmung durch ein weiteres Referendum übernommen wurde.¹⁸⁷ *„Correa (...) got what he wanted: (...) the formation of a Constituent Assembly with the power not only to rewrite the constitution but also to dismiss any political institution or public authority, including the president and Congress“.*¹⁸⁸

¹⁸⁶ Vgl. Collins, Global Dialogue, 2008

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Collins, 2008

Die Erstellung der neuen Verfassung war die Hauptaufgabe der so genannten ‚revolución ciudadana‘ (Bürger Revolution) und durch die allgemeine Wahlpflicht wurde auch die Beteiligung der Bevölkerung sichergestellt. Correas Stil direkte Politik zu machen unterschied sich von der traditionellen Art, die sich eher hinter geschlossenen Türen, über widersprechende Allianzen, mit der berüchtigten *maletín* (Aktenkoffer mit Bestechungsgeldern) und in Absprache zwischen Politik und Landeselite stattfand. Durch die Kündigung des Kongresses brach Correa mit der traditionellen Elite des Landes und der Rest seiner Amtszeit war keinesfalls ruhiger. Die nächsten Themen seiner Agenda waren die Erdölpolitik, die Umschuldung des Landes und die Gerichtsverfahren für die Wiederherstellung von Einträgen von Finanzgruppen welche in die Finanzkrise 1999 verwickelt waren. Correa zerstritt sich mit der Weltbank, weil die Bank 2005, während seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister, ihm einen 100 Millionen USD Kredit verweigert hatte. In der Umschuldung folgte er seiner linksgerichteten Linie und kündigte an, sich erst um die Bedürfnisse der Armen zu kümmern und danach um die Schulden.

Die volle Verstaatlichung war für Correa nicht das Ziel in seiner Erdölpolitik, stattdessen beschloss er mit den zwanzig transnationalen Gesellschaften ihre Verträge neu zu verhandeln. Er verkündete die radikale Erhöhung der Gewinnsteuer von 50% auf 99%, welche die Unternehmen dank des hohen Ölpreises erzielen konnten. Die Meisten Unternehmen blieben trotz der verschlechterten Lage im Land und versuchten mit der Regierung zu verhandeln. Die Einnahmen dieser Steuern plante Correa nicht für die Zurückzahlung von Auslandsschulden auszugeben, sondern in einen Sparfond zu investieren um Ecuadors Wirtschaft gegen einen künftigen Rückgang des Ölpreises vorzubereiten. Die zukunftsorientierte Vision Correas war in dieser Hinsicht etwas Neues. Bis jetzt hatte keine Regierung die Einnahmen von heute für die Vorbereitung des Landes auf die post-Erdöl Wirtschaft genutzt oder eine langfristige Strategie verfolgt. „(...) [A]n example

*of Correa's willingness to pursue unorthodox and far-sighted development policies [is], in this case one that would move Ecuador in the direction of a post-petroleum economy.*¹⁸⁹

Nach 15 Jahren außerhalb der Organisation, gelang es Correa Ecuador im November 2007 wieder Mitglied der OPEC zu werden, um an politischer Stärke zu gewinnen.¹⁹⁰ Ein weiterer kreativer und neuer Zugang, welcher die Verschuldung und die Erdölpolitik in Verbindung brachte, war der Vorschlag Correas auf das Recht im Yasuní Nationalpark nach Erdöl zu bohren, wofür er im Austausch Entwicklungshilfe und Schuldenerlass erwartete. Der Yasuní Nationalpark ist ein riesiges biodiverses Gebiet im Oriente und Heim für freiwillig isolierte Indigene Stämme. Gleichzeitig verbirgt sich aber auch die größte Ölreserve des Landes. Die internationale Gemeinschaft begrüßte die Initiative als innovativ und vorausplanend. Einige Industriestaaten und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) befürworteten diesen Plan. Obwohl bis zum heutigen Tag die Zusagen für das Projekt nicht genügen um es wirtschaftlich durchführbar zu machen, hat Correa damit seinen Willen für unorthodoxe und weitsichtige Entwicklungspolitik, welche Ecuador für die post-Erdöl Wirtschaft vorbereitet, gezeigt.¹⁹¹

Nach Jahrzehnten der Druckausübung übernahm die verfassungsgebende Versammlung das Konzept der Plurinationalität in die neue Verfassung Ecuadors. Ebenfalls wurden die Kollektivrechte der indigenen Völker von der alten Verfassung übernommen. Durch die Änderungen in der Verfassung, welche ausländische Militärstützpunkte (wie den der US Regierung in Manta) in Ecuador verbieten, konnte Correa ein weiteres Wahlversprechen einhalten. Die neue Verfassung setzte generelle Neuwahlen voraus, einschließlich Präsident- und Vizepräsidentchaftswahlen wie auch für die Versammlung. Im April 2009 fanden die neuen Präsidentchaftswahlen¹⁹² statt und Correa gewann in der ersten Runde mit 52%. Correa sah dies als Bestätigung seiner Politik und betonte die historische Seltenheit seines Gewinns: seit der Rückkehr der Demokratie 1979 war er

¹⁸⁹ Collins, 2008.

¹⁹⁰ Vgl. Reuters, 2007

¹⁹¹ Vgl. Collins 2008

¹⁹² Vgl. El Mundo, 2011

,Correa, der erste Präsident der in der ersten Runde die Wahl gewonnen hat und auch der erste der das zweite Mal gewählt wurde.

Dem sozialistischen Regierungsprogramm von Correa entsprechend musste auch auf dem Gebiet Erdöl etwas passieren. Einerseits wurde eine Reform des Erdölgesetzes in der Asamblea durchgeführt, wobei die Regierung die Verträge mit den Erdölgesellschaften neu verhandelte und dabei das Basisprinzip von Partizipation zur Dienstleistung änderte. Die internationalen Erdölgesellschaften bezahlten keine Abgaben mehr sondern der Staat bezahlte dem Unternehmen für die Dienstleistung einen Preis. Damit wurde der Staat wieder der alleinige Akteur am Erdölsektor. Nicht alle Gesellschaften waren damit zufrieden und die übrig gebliebenen mussten den Preis pro Barrel mit der Regierung in einer Periode von 120 Tagen verhandeln (was zwischen 35-45 USD lag wobei der internationale Preis pro Barrel um 78 USD lag).¹⁹³ Diese Veränderung der Vertragsbasis von aktiver Mitwirkung in die Lieferung von Dienstleistungen sollte höhere Investitionen der Gesellschaften garantieren, wie auch den Profit erhöhen. Die Gesellschaften Petrobras, EDC (Energy Development Corporation) aus USA und die CNPC (China National Petroleum Corporation), konnten sich nicht mit der Regierung einigen und gaben ihre Konzessionen ab.¹⁹⁴

Durch diesen Umbruch und durch die aggressive Politik Correas, in Bezug auf die Beschlagnahmung der Perenco Anlagen wegen unbezahlter Steuern auf dem Mehrprodukt, haben einige transnationale Unternehmen begonnen ihre Investitionen zurückzuschrauben und ihre Geschäfte wegen labiler Rechtssicherheit einzuschränken. Obwohl die neuverhandelten Verträge den Profit der staatlichen Einnahmen von 70% auf 80% erhöhen ließ, ist die Kehrseite der Medaille das nachlassende Produktionsvolumen und die sinkende Investitionsfreude der Gesellschaften.¹⁹⁵ Der international hohe Erdölpreis konnte in der Übergangsphase das angeschlagene Produktionsniveau in Hinsicht auf die Staatseinnahmen kompensieren.

¹⁹³ Vgl. Hoy, 2003

¹⁹⁴ Vgl. Global Issues, 2010

¹⁹⁵ Vgl. The Economist, 2010

Zusätzlich vertiefte Correa die Kooperation mit Venezuela und mehrere gemeinsame Projekte wurden initiiert um regionale Kohärenz aufzubauen. Der Aufbau der Pacífico Raffinerie hat als Ziel eine allmähliche Substitution von Benzinimporten. Ebenso wurde zwischen den Staaten ein Programm vereinbart in dem Rohöl mit Derivaten auszutauschen sei, welche die gemeinsame Gas-Explorationen unterstützte und die Markteinführung der Racing Schmiermittel, welche zwischen Petroecuador und Venezuelas staatlichem Unternehmen hergestellt werden.¹⁹⁶

Grundlegender ist aber die Neudefinition der internationalen Verantwortung gegenüber dem Amazonasgebiet. Das Yasuní Projekt wurde, wie vorhin erwähnt, initiiert um den Nationalpark Yasuní vor Erdölbohrungen zu bewahren. Falls die Industrienationen Ecuador die Hälfte von den erwartenden Gewinnen, welche 3.5 Milliarden USD ausmachen, versichern und spenden, verbietet die Regierung die Erdölbohrungen und -förderung in diesem Gebiet. Auf dem Klimagipfel in Cancun Dezember 2010 hat Correa ein Ultimatum geäußert: falls die internationale Gemeinschaft nicht positiv auf das Angebot reagiert und die erwartende Zusagen ausbleiben, wird Ecuador in Yasuní nach Öl bohren. Für Correa ist es eindeutig, dass die reichen Industriestaaten die Hauptverantwortlichen der Verschmutzung der Erde sind und nun dafür haften sollten.¹⁹⁷

Correa hat sich auch für den Gerichtsfall gegen Chevron-Texaco interessiert und einige verseuchte Stellen besucht. Er äußerte sich positiv über das Urteil, in dem Chevron-Texaco den Betroffenen 9.5 Milliarden USD zu bezahlen haben. Der Richter verurteilte das Unternehmen wegen angeblicher Umweltschäden im ecuadorianischen Amazonasgebiet, welche zwischen 1964 und 1990 durch Texaco verursacht wurden. Laut Correa schreiben die „Kollegen im Amazonas Geschichte“ und betonte dass seine Administration keinen politischen Einfluss ausgeübt hat und nichts mit dem Fall zu tun hat, da es sich um einen Gerichtsfall zwischen privaten Parteien handelt. Correa hatte verlauten lassen, dass er die

¹⁹⁶ Vgl. El Ciudadano, 2011

¹⁹⁷ Vgl. El Comercio, 2011a

Mitarbeiter Petroecuadors die Texaco Mitte der 1990er Jahren von jeglicher Schuld befreit haben, verurteilen will.

Grundsätzlich hat die Regierung Rafael Correas eine neue Wende in die Erdölpolitik des Landes gebracht. Gleichzeitig wurden die Kollektivrechte der Indigenen in der neuen Verfassung weiter ausgebaut. Die Erwartungen sind hoch, dass sich diese Rechte auch einzufordern sind

5. Erdölförderung als sozio-ökologischer Konflikt und Verletzung der Kollektivrechte

Im folgenden Kapitel wird die Verbindung zwischen Erdölförderung als sozio-ökologischer Konflikt und dies als Verletzung der indigenen Kollektivrechte gebracht. Zuerst werde ich erklären warum Erdölförderung sozioökologische Konflikte hervorruft. Im Kapitel 5.1.2 werde ich die Hauptindikatoren für die Messung sozio-ökologischer Konflikte darstellen. Im Kapitel 5.2. werde ich anhand vom Sarayaku-Volk die Verletzung von indigenen Kollektivrechte behandeln.

5.1. Sozio-ökologische Auswirkungen der Erdölförderung

Sehr generell gesehen lassen sich direkte oder indirekte menschliche Tätigkeiten, die Auswirkungen auf die Umwelt und auf die lokale Bevölkerung verursachen, als ‚sozio-ökologische‘ Folgen definieren. Nicht nur der Akt der Erdölförderung ist ein Eingriff in die Umgebung; der gesamte Prozess von der Erkundung, über Betrieb, Transport, Lagerung, Raffination bis zur Benutzung des Erdöl Endproduktes verursachen unterschiedliche Auswirkungen. Die ersten direkten sozio-ökologischen Interventionen bei Erdölförderung sind Abholzung, Änderung des Ökosystems und die Verschmutzung. Die indirekten Folgen sind die Ausweitung der landwirtschaftlichen Grenzen und die menschliche Kolonisierung, was einen demographischen Druck auf die Umwelt ausübt, die Erosion des Bodens verstärkt, Verlust an biologischer Vielfalt und das Verschwinden der Jagdtiere forciert.¹⁹⁸

Die deutlichsten sozioökologischen Auswirkungen wurden in der s.g. Ära Texaco 1967-1992 produziert, was auch an dem mangelnden Umweltbewusstsein der Zeit lag. Jahrzehnte wurde den Folgen der Verschmutzungen kein Interesse geschenkt. Während sich in den 1990er Jahren die sozioökologischen Konflikte im Oriente vermehrten, wurden

¹⁹⁸ Vgl. Fontaine 2003a, 277

die Beschwerden über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Erdölproduktion auch von der internationalen Politik behandelt. Die erste umfassende Forschung über Umweltverschmutzung der Erdölindustrie im Oriente wurde von der amerikanischen Anwältin Judith Kimerling in ihrem Buch „Crude Chronicles“ 1993, herausgegeben. In dieser Arbeit schätzt Kimerling ein, „ (...) *que la ocurrencia de riesgos accidentales en el Sistema del Oleoducto Trans-Ecuatoriano (SOTE) ha provocado el derrame de unos 400.000 barriles (...) de petróleo en territorio ecuatoriano, la mayoría de ellos en la cuenca Amazónica.*“¹⁹⁹ Weiters fügt Kimerling fort, dass die hunderten von Bohrlöchern im Oriente täglich 4.3 Millionen Gallonen an toxischen Abfällen in die freie Natur ablassen und das kontinuierliche Verbrennen von Gas und Erdöl die Luft verschmutzt.²⁰⁰ Die Arbeit von Kimerling war auch Ausgangspunkt und Basisdokument für die Sammelklage von ecuadorianischen Gemeinden gegen Texaco, im November 1993 in New York.

Die zweite Berichterstattung wurde vom NGO CDES²⁰¹ erzeugt, in dem 1.077 Personen aus verseuchten Gebieten und 388 Personen aus sauberen Gegenden untersucht wurden. In den verseuchten Gebieten, wo Texaco bis 1992 tätig war, gab es Konzentrationen von polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen und flüchtigen organischen Verbindungen, die weit über gesunden Hygienennormen lagen. Diese Produkte können oral, durch Berührung oder durch Atmung in die menschlichen Organe gelangen und dementsprechend unterschiedliche Krankheiten wie Hautinfektionen, verschiedene Krebsarten und Lungenentzündungen verursachen, sowie zu spontanen Schwangerschaftsabbrüchen führen.²⁰² Die dritte Untersuchung in dem Gebiet wurde in einer medizinischen Doktorarbeit von Miguel San Sebastián und vom *Institut der*

199 Kimerling, 1993, 1, „(...) daß das Vorkommen von Unfällen (..) an der [SOTE] (...) Pipeline das Auslaufen von 400.000 Barrel Erdöl in das Territorium Ecuadors, die Mehrheit in dem Amazonas Becken, verursacht haben.“, freie Übersetzung

²⁰⁰ Ebd: 43, In der Zeitspanne zwischen 1972 – 1993 haben 235.600 Millionen Kubikfuß verbranntes Gas, 19 Milliarden Gallonen von toxisches Produktionswasser und dieselbe Menge Erdöl die Natur verschmutzt.

²⁰¹ Centro de Derechos Económicos y Sociales

²⁰² Fontaine, 2003b, 82-83

*Epidemiologie und kommunalen Gesundheit*²⁰³ herausgegeben. Die Studie zeigte dass zwischen 1998 und 2000 die Rate der schwangeren Frauen in den verschmutzten Gebieten höher ist (93.5% zu 88.4%) aber auch dass die Rate der spontanen Schwangerschaftsabbruch unter 28 Wochen höher ist (9.8% zu 4.4%).²⁰⁴ Zweitens wollte die Arbeit den Zusammenhang zwischen Ölverschmutzung und Krebsrisiko analysieren, in dem sie die Tausend Bewohner der Gemeinde San Carlos, in der Nähe der ersten Produktionsanlagen, untersuchte. Die Studie konnte die Vielzahl der diagnostizierten Krebsarten und die erhöhte Sterberate unter den Patienten feststellen, was für einen besonders aggressiven Krebs spricht.

Es gibt mehrere Studien, die beweisen dass Erdöl gesundheitsschädlich sowohl für die Natur als auch für Menschen ist, deshalb gehe ich nicht in die Tiefe um diesen Zusammenhang zu etablieren. Ebenso erkennbar ist es, dass gesundheitsgefährdende Umgebung die Lebensqualität einschränkt.

5.1.2. Indikatoren von Erdölförderung als sozioökologisches Konflikt

Konflikte resultieren aus Ereignissen und hinterlassen Spuren. So deutet auch der Begriff sozioökologischer Konflikt, dass es sich um einen Konflikt handelt der sowohl soziale als auch ökologische Folgen hat. Um den Zusammenhang zwischen den Aktionen und Resultaten festzustellen, ist es notwendig Daten zu analysieren. Diese Daten müssen systematischen und standardisierten Erhebungsmethoden entsprechen, damit eine Evaluierung und Analyse für ein breiteres Publikum ermöglicht wird.²⁰⁵ Aida Arteaga M. hat im Rahmen des Programms für sozioökologische Studien auf der Universität FLACSO in Ecuador, Forschungsmethoden für die Messung des Einflusses der Erdölaktivitäten präsentiert wovon ich die Grundkonzepte vorstellen werde. Hauptsächlich betrachten wir die Indikatoren, welche die Erdölaktivität messbar und quantifizierbar macht. Da die

²⁰³ Instituto de Epidemiología y Salud Comunitaria Manuel Amunárriz

²⁰⁴ Vgl. San Sebastian, 2000 und Fontaine, 2003b, 83

²⁰⁵ Vgl. Arteaga, 2003, 52

Unübersichtlichkeit der Realität eine Herausforderung darstellt, wird in der wissenschaftlichen Diskussion die Verknüpfung von Präzision, Relevanz und Komplexität in der Formulierung der zentralen Maßeinheiten betont.

Ein wichtiger Indikator ist die räumliche Verteilung der Erdölinfrastruktur (Bohrlöcher, Produktionsstationen, Ölleitungen) und ihre zeitliche Belastung als auch örtliche Anzahl von Bohrlöchern in einem Gebiet. Man kann von der Annahme ausgehen, dass eine höhere Intensität der Erdöl Explorations- und Bewirtschaftungstätigkeiten eine höhere Wahrscheinlichkeit von sozialen und umweltbezogenen Veränderungen bewirkt. Auch die Dichte der Bohrlöcher ist ein hilfreicher Indikator und grundsätzlich zeigen die Gemeinden wie Sachas oder Sushufindi mit der höchsten Anzahl von Bohrlöchern, auch die größte Dichte von 3-5 km² je Bohrloch auf.²⁰⁶ Die Provinzen Sucumbíos und Orellana beinhalten ungefähr 97% der insgesamt 852 Bohrlöcher in der Zeitspanne zwischen 1967-2001, laut den Statistiken vom Staatsunternehmen Petroecuador. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass diese Provinzen und Gemeinden wegen der Konzentration von Erdölindustrie unter dem Risiko von sozio-ökonomischen Belastungen stehen.

Der Hauptindikator der direkten Umweltverschmutzung und die unmittelbarsten Auswirkungen der Erdölaktivität ist das Auslaufen vom Erdöl und dessen Nebenprodukte (wie Formationswasser). Petroecuador stellt Statistiken zur Verfügung in denen die Zahl der verschütteten Barrel im Vergleich zu den zurückgewonnenen Mengen aber auch im Vergleich zur Gesamtproduktion zu finden ist. Diese Daten ermöglichen eine Analyse der jährlichen Rückgewinnung vom verschütteten Erdöl und der potentiellen Verschmutzungen. Wie die Daten von 2002 jedoch zeigen, wurde die größte Fläche (526.422 m²) mit einer kleinen Menge von 40.000 Barrel an ausgelaufenen Ölprodukten, also gibt es keine direkte Relation zwischen der Menge an verschütteten Erdöl und der kontaminierten Fläche.²⁰⁷ Der häufigste Grund mit 31% (310 Fälle von 991) für die Ölverschmutzungen sind Geräteausfälle, da die veralteten Produktionsgeräte nicht ausgetauscht oder überprüft und

²⁰⁶ Arteaga, 2003, 56

²⁰⁷ Ebd., 59

kontrolliert worden sind. An zweiter Stelle mit 135 von 991 Fällen steht Nachlässigkeit im Betrieb, also human error.

Zusätzlich gibt es indirekte Indikatoren, wie Abholzungen die aus der Erdölproduktion resultieren. Abholzung wird in der sozio-ökologischen Diskussion mit Armutsprozessen, Kolonisierung von Waldflächen, Abnutzung, Entwicklung der Infrastruktur und mangelhafte Nutzung der Ressourcen gebracht. Abholzung wird einerseits mit dem Prozentsatz des abgeholzten Gebietes im Vergleich mit der Gesamtfläche gemessen und andererseits mit der zeitlich entwickelnden Intensität der Abholzung. Anhand von Satellitenbilder kann der Prozess der Abholzung in Verbindung zu Erdölaktivitäten gemessen werden. Im Zeitraum zwischen 1986 und 1996 wurde eine Steigerung der Entwaldung von 17% auf 42% berechnet.²⁰⁸ Hier ist die Verbindung zwischen der Anzahl der Erdölproduktionsstätten und Fläche und Intensität der Abholzung zu bemerken. Um die Hälfte der abgeholzten Flächen sind direkt durch die Ausbreitung der Erdölinfrastruktur generiert, die andere Hälfte wird durch die Eröffnung der Straßen und dem Ausbau von Siedlungen angekurbelt.

Weiterer Indikator ist die Qualität des Oberflächenwassers. Es ist wichtig die Anzahl der Bohrlöcher mit der Wasserqualität in Verbindung zu bringen. Die Daten aus den Studien der Petroecuador (1991), Petroproducción (1997-1998) und der Polytechnischen Universität (1979-2000) zeigen laut Arteaga, dass die Bohr-und Explorations-Aktivitäten kein Umwelt-Monitoring begleitet und das Interesse daran fehlt. Die Anzahl der Wasserproben wechselten zwischen 1 und 4 Proben pro Bohrloch in den Gemeinden wo sich 49% der Produktionsstätten befinden.

Die sozialen Auswirkungen der Erdölindustrie werden mit sozialen Indikatoren, wie demographischer Konzentration und migratorische Attraktivität im nationalen Vergleich analysiert. Mit Daten von Volkszählungen kann festgestellt werden, dass die Bevölkerung in der Amazonasregion zwischen 1962 und 2001 von 74.913 auf 546.602 Personen

²⁰⁸ Arteaga, 2003, 62

gewachsen ist, was einerseits mit dem Zuwachs der Geburtenrate aber andererseits mit der Ausbreitung der Zuwanderung, (in Hoffnung auf Arbeitsplätze) wegen der neuen Wirtschaftstätigkeit, zu erklären ist. Das Regionale Wachstum erlebte, speziell in den Provinzen Sucumbíos und Orellana, in den Jahren zwischen 1962 und 1974 erheblichen Aufschwung um in der Folgeperiode zu stagnieren. In der Provinz Sucumbíos, wo es die größte Konzentration von Erdölinfrastruktur gibt und viele der Bewohner in unmittelbarer Nähe der Erdölindustrie wohnen, ist es nicht überraschend, dass das Bevölkerungswachstum seit 1962 sehr stark ist. Die Bevölkerung wuchs von 3.006 Einwohnern 1962 auf 130.095 in 2001 und auf 176.472 in 2010.²⁰⁹ Sucumbíos war seit Anfang des Erdölbooms das Zielgebiet der Migranten aus anderen Regionen von Ecuador, was die Annahme bestätigt, dass der Aufbau der Erdölindustrie die Orientierung der Migrationsströme gelenkt hat.

Zusätzlich können Wirtschaftsindikatoren und die staatliche Reversion analysiert werden um den potentiellen regionalen Gewinn der Erdölindustrie zu messen. In der Budgetverrechnung von 1995 können staatliche pro Kopf Gesundheits- und Bildungsleistungen per Provinz gefunden werden. In diesen Statistiken wird deutlich, dass die Provinz Sucumbíos, jene die 99 % des nationalen Rohöls im Jahr 1995 produzierte, weniger Ausgaben für Bildung und Gesundheitssektor erhalten hat.²¹⁰ Auch die Regionalregierungen erhielten weniger pro Kopf Transferleistungen in den Provinzen Napo und Sucumbíos. Dies lässt darauf schließen, dass obwohl ein wesentlicher Teil der BIP in der Amazonasregion produziert wird, der Rückfluss staatlicher Gelder nicht in Korrelation mit diesen Leistungen steht. Das staatliche Interesse an der Verantwortung die von Erdöl resultierenden sozio-ökologischen Prozesse zu tragen, scheint zu fehlen.

Die sowohl direkten als auch indirekten Indikatoren lassen annehmen, dass in den Provinzen und Gemeinden wo die Erdölindustrie konzentriert ist, die sozio-ökologischen

²⁰⁹ Vgl. INEC, 2010

²¹⁰ Arteaga, 2003, 71

Auswirkungen mit ihrem potentiellen Charakter vermehrt aufscheinen. Der Ausgang der FLACSO Studie bestätigt Arteagas Hypothese: *„de un desentendimiento estatal, faltante de una mirada integral que observe con mayor responsabilidad los procesos sociales y ambientales que conlleva la explotación petrolera en la región“*.²¹¹

²¹¹ Arteaga, 2003, 77: „dass dem Staat das Verständnis für einen umfassenden Blick auf die gesellschaftlichen und umweltbezogenen Prozesse der Erdölerzeugung in dem Gebiet, fehlt“, freie Übersetzung

5.2. Erdölindustrie als Verletzung der Kollektivrechte des Sarayacu²¹² - Volkes

Um die Verletzung der Kollektivrechte anhand von einem Beispiel zu veranschaulichen, gibt es viele Geschichten von indigenen Völkern dessen Alltagsrealitäten durch Erdölgesellschaften wesentlich geändert worden sind. Ursprünglich wollte ich dieses Kapitel der Volksgruppe Cofán widmen, da aber die Einnahme ihrer Territorien für die Erdölförderung bereits in den 1960er und 1970er Jahren stattfand, gab es noch keine expliziten Kollektivrechte auf die sie pochen konnten. Heute ist das Territorium der Cofanen geschrumpft und ihre Bevölkerung seit der Erdölförderung von ca. 5.000 auf 200-500 Einwohnern verkleinert.²¹³ Das Volk Cofán sind für die Kichwa Nationalität Sarayacu ein Schreckensbeispiel – sie fürchten um ihr Stammesgebiet und um ihre Existenz. In diesem Kapitel werde ich kurz die Demographie und Geschichte der Volksgruppe darstellen um später den Konflikt zwischen Sarayacu und dem Erdölunternehmen CGC (Compañía General de Combustibles) als Verletzung ihrer Kollektivrechte zu schildern.

5.2.1 Geographische Lage und Demographie der Sarayacu

Die Sarayacu identifizieren sich als "Dudzillakta", als "Volk des Zenits" und differenzieren sich damit von der Nationalkultur des Landes und von anderen indigenen Völkern. Die Sarayacu sprechen einen Dialekt von Kichwa²¹⁴ und laut Whitten gehören zur kulturellen Gruppe der „Canelos-Kichwa“. Den Namen hat die Gruppe von der Mission der katholischen Kirche erhalten, als sie um das Gebiet des Canelo also Zimt ihre kommerziellen Netze gründeten.²¹⁵ Die Sarayacu bezeichnen sich nicht selbst als Canelo-Kichwa, aber sie

²¹² Wird auch Sarayaku geschrieben

²¹³ Santi, 2006, 302

²¹⁴ Wird auch Quichua geschrieben

²¹⁵ Whitten, 1987, 27 zitiert in Chavez/Lara/Moreno, 2005, 12

fühlen sich am stärksten dieser Gruppe von sieben Kichwa Völkern verbunden und differenzieren sich von den Hochland und Napo-Kichwas.²¹⁶

Die Volksgruppe Sarayaku besteht aus fünf Zentren: Centro Sarayaku, Cali Cali, Sarayaquillo Shiwacocha und Chontayacu, die nicht als unabhängige Gemeinden zu verstehen sind. Die Bevölkerungsanzahl der Sarayacu variiert zwischen den Quellen, man geht von tausend bis 2.500 Einwohnern aus und zusätzlichen Sarayacu Mitgliedern in anderen Gemeinden, anderen Regionen des Landes sowie auch im Ausland.²¹⁷ Für die Mitglieder von Sarayaku ist ihr Territorium mit einer Reihe von Bedeutungen verbunden, wo die Naturelemente einen Geist (Supay in Kichwa) besitzen. Da die Anwesenheit von Supay die Orte heilig macht kann nur der Yachak Schamane diese Orten besuchen und mit ihren Bewohnern interagieren.²¹⁸

*„Sarayaku se encuentra el área del bosque tropical andino considerado un “punto caliente” (hot spot), lo cual significa que es una de las diez regiones del mundo que tiene alta biodiversidad, aunque enfrenta en la actualidad una rápida deforestación (...)“*²¹⁹ Das Gebiet der Sarayaku liegt in der Provinz Pastaza, am Fluss Bobonaza, in dem so genannten Anden Regenwald der als „hot spot“, einer der zehn Regionen weltweit mit der höchsten biologischen Vielfalt bezeichnet ist, nun aber vor der fortschreitenden Entwaldung betroffen ist. Administrativ gesehen gehört Sarayaku als Parochie zum Kanton Pastaza der Provinz Pastaza. Ihr traditionelles Ahnenland wurde 1992 vom Präsident Rodrigo Borjas gesetzlich anerkannt: 135.000 Hektare des Regenwaldes in der Mitte vom Oriente.²²⁰ Im Vergleich zu anderen Gebieten des Amazonas, wo die Kolonisierung und Erdölförderung die Landschaften umgewandelt haben, sind die Sarayacu noch nicht durch die intensive Besiedelung und Abholzung betroffen.

²¹⁶ Vgl. Chavez/Lara/Moreno, 2005, 15

²¹⁷ Vgl. Santi, 2006, 299

²¹⁸ CIDH, 2010, 11

²¹⁹ Chavez/Lara/Moreno, 2005, 15: „Sarayaku liegt in der Provinz Pastaza, am Fluss Bobonaza, in dem so genannten Anden Regenwald der als „hot spot“, einer der zehn Regionen weltweit mit der höchsten biologischen Vielfalt bezeichnet ist, nun aber vor der fortschreitenden Entwaldung betroffen ist (...)“, freie Übersetzung

²²⁰ Vgl. Santi, 2006, 299

Die Sarayacu, wie die meisten Völker Amazonas, waren traditionell Jäger und Sammler. Heutzutage leben sie von Subsistenzlandwirtschaft, Fischerei, Jagd und Sammeln, was ihre Nahrungsbedürfnisse bis zu 90% deckt, die restlichen 10% kommen aus Waren außerhalb des Gebietes.²²¹ Um sich diese Waren leisten zu können betreiben die Sarayacu Töpferei und in letzter Zeit Ökotourismus, zusätzlich erhalten die Familien Geld von Mitgliedern die einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

5.2.2. Geschichte der Sarayacu

Die ersten Zeichen menschlichen Lebens in der Region der Sarayacu führen auf das Jahr 580 A.D. zurück mit Archäologischen Quellen in Huapala (80 km Entfernung) und Zulay (75 km Entfernung). Die Sarayacu waren womöglich durch Wirtschaftsbeziehungen mit dem niederen Amazonas und Anden in Kontakt, da die Transitgebiete wichtig für kommerzielle Netze waren.

Zu dem Zeitpunkt der spanischen Eroberung, war das Gebiet des Flusses Bobonza von Gaes (sprachlich zugehörig zur Zaparoana Ethnie) bewohnt, da aber offizielle Register fehlen, kann nicht festgestellt werden welche ethnische Gruppe das jetzige Sarayacu Gebiet bewohnt hat. Die dominikanischen Missionare waren 1634 die ersten die das Gebiet besuchten, aber ihre Befriedigungsmaßnahmen der Gaes beschränkten sich auf etwaige Visiten und Raubzüge. Um 1640 erreichten auch die Jesuiten das Pastaza-Tal und stritten sich mit den Dominikanern über die Evangelisierung der Bewohner.²²² Die erste mehr oder weniger stabile Mission der Dominikaner wurde 1684 gegründet und erhielt den Namen Canelos.

²²¹ CIDH, 2010, 11

²²² Chavez/Lara/Moreno, 2005, 19

„Para el siglo XVII, se produjo una alta movilidad de la población que escapaba de españoles que buscaban indígenas para lavar oro.“²²³ Auch die Gaes sind vor den Sklaventreibern Richtung Norden geflohen. In der Mission Canelos blieben aber zwischen den 16. und 19. Jahrhundert eine beachtliche Anzahl von Personen, die einerseits von den Metallwerkzeugen begeistert waren, andererseits Schutz vor feindlichen Gruppen suchten. Im Vergleich zu den Jesuiten, übten die Dominikaner auch weniger Kontrolle über die Missionierten, also war das Leben freier als in den Jesuiten Missionen.

Die Canelos-Kichwa entstanden in den ersten kolonialen Experimenten aus einer Mischung von Urbewohnern des nördlichen Bobonaza, Hochlandindigenen, Quijos, Zaparoano und Jivaroano. Man spricht von einer Kichwaisierung (*quichuización*)²²⁴ wenn es in der Schnittstelle mit benachbarten Kulturen die Tendenz ergibt, dass diese Gruppen eher die Kichwa Sprache und Kultur annehmen, als umgekehrt. Auch im Vergleich zu anderen indigenen Gruppen wurden die Kichwa als „weniger wild“ eingestuft, da sie lernten mit der „weißen Welt“ zu leben. *„Según Hudelson, la quichuización responde a un especial tipo de relación con los blancos que otorgaba ciertas ventajas a los Kichwas.“*²²⁵

Die Christianisierung und Befestigung der Siedlung passierte stufenweise und die Jivaroano- und Zaparoano-Sprechenden Gruppen begannen Kichwa als lingua franca zu verwenden. Obwohl sich mit der Mission das Leben rund um die Siedlungen wandelte, haben die Bewohner von Sarayacu nie ihre traditionellen Raumvorstellungen verlassen.

Ende des 19. Jahrhunderts erreichte der Kautschukboom die Anden Staaten. Die Kautschukindustrie hatte durch die inhumanen Arbeitsbedingungen einen starken Einfluss auf die Indigenen, vor allen auf diejenigen die außerhalb von Missionen festgenommen und zur Arbeit gezwungen wurden. Die Industrie zwang wieder die Völker zu wandern und trug

²²³ Chavez/Lara/Moreno, 2005, 19: „Das 17. Jahrhundert war gezeichnet von hoher Mobilität der Bevölkerung, die vor den Spaniern die Indigene für Goldwäsche gesucht haben, geflohen ist.“, freie Übersetzung

²²⁴ Vgl. Hudelson, 1991 zitiert in Chavez/Lara/Moreno, 2005, 21

²²⁵ Chavez/Lara/Moreno, 2005, 21: „Laut, Hudelson, entspricht die *quichuización* einen speziellen Beziehungstyp mit den Weißen, was gewisse Vorteile für die Kichwas verlieh.“, freie Übersetzung

zu ethnischen Verbindungen bei.²²⁶ Obwohl in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts der Kautschukhandel zu sinken begann, erhielten die Sarayacu Indigenen ihre Handelsnetze mit dem Verkauf von Produkten des Waldes.

Im Laufe der ersten Erdölaktivitäten wurde in Shell (ca. 73 km nordwestlich vom Sarayacu Dorf) ein Flugstützpunkt 1938 eröffnet und einige Männer des Sarayacu Volkes arbeiteten für die Erdölgesellschaften im seismischen Team. Seit dem Krieg mit Peru 1941, dessen Front bis zu dem Zusammenfluss von Bobonaza und Pastaza Flüsse reichte, fing der Staat Ecuadors um die Konsolidierung ihrer Grenzen zu kümmern und erhöhte das Personal an dem 1930 positionierten Militärposten Sarayacu bis der Posten nach Konfrontationen mit den Indígenas letztendlich geräumt wurde. Nach dem Krieg fuhr Shell mit den seismischen Aktivitäten fort und mit dem Bau der Strasse nach Puyo (ca 65 km nordwestlich von Sarayacu) 1947 wurde Kolonisierung in den umliegenden Gebieten angeregt.²²⁷ In den 1960er Jahren kamen evangelischen Missionen in den Amazonasgebiet und nach anfänglichen Streitigkeiten mit den katholischen Missionen, konnten sie an Popularität gewinnen nicht zuletzt wegen der Eröffnung einer Landebahn.

Anfang der 1970er Jahre kam die Erdölgesellschaft Western in das Sarayacu Gebiet um seismische Untersuchungen durch zu führen. Die Mitglieder der Gemeinde wurden nicht informiert, aber widersetzten sich nicht, da sie die Erdölindustrie als eine Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit sahen. Als 1987 der Ölgesellschaft ARCO eine Konzession mit einem Teilgebiet am Sarayacu Land erwarb, leisteten die Sarayacu mit Hilfe von OPIP²²⁸ Widerstand und verhinderten die seismischen Erkundungen, da sie in den letzten 15 Jahren sehen konnten welche Folgen die Erdölförderung im Norden vom Amazonas gehabt hatte.

²²⁶ Chavez/Lara/Moreno, 2005, 25

²²⁷ Ebd., 27

²²⁸ Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza (OPIP)

5.2.3 Politische Organisation:

Seit der Missionierung des Sarayacu Volkes wurden die traditionellen Autoritätsbilder des Krieger-Heiler (Yachak)²²⁹ Patriarchen angepasst. Die Missionare haben die Autorität der traditionellen Kurakas (Häuptlinge) hinterfragt und durch die Nominierung von ihnen gewünschten Autoritätspersonen haben sie die Macht der Kurakas untergraben. Als der Einfluss der katholischen Priester nachließ, kamen die staatlichen Autoritäten und Militärs und führten politische Beamten und Militärposten ein. Durch einen Prozess der Konsolidierung und Neudefinition der Autoritäten und Repräsentation wurden folgende Institutionen geschaffen: Häuptling, Versammlung, Regierungsrat, politische Stellvertreter und Pfarrsitzungen. Die Gemeinden werden weiterhin von Kurakas, die in der jährlichen Versammlung gewählt werden, geführt.²³⁰ Obwohl die traditionellen Geschlechterrollen spezifische Arbeitsteilung vorsehen, wird die Rolle der Frau in den Gesellschaftsorganen intern diskutiert.²³¹

Das wichtigste Instrument der direkten Demokratie der Gemeinde ist die Versammlung in dem Kurakas gewählt, Resultate der Bestimmungen veröffentlicht oder Entscheidungen getroffen werden und alle Mitglieder der Gemeinde teilnehmen dürfen.²³² Die Versammlung hat einen Verwaltungs- bzw. Regierungsrat, genannt Tayjasaruta, der sich aus traditionellen Führern, Dorfältesten, Gemeindeleitung, Schamanen, Beratern und Technikern zusammensetzt, der über gewisse interne und externe Konflikte bestimmen kann aber hauptsächlich als Gesprächspartner für Externe dient. Im Rahmen der Gründung der Pfarrei Sarayacu wurden Staatsbeamte in Form von einem politischen Stellvertreter, der vom Gouverneur der Provinz ernannt wird und einer Pfarrversammlung, die durch eine Volksabstimmung gewählt wird, erschaffen.²³³ Der staatliche Stellvertreter der Gemeinde

²²⁹ Traditioneller Heiler mit schamanischen Begabungen

²³⁰ Acción Ecológica, 2006, 15

²³¹ Chavez/Lara/Moreno, 2005, 59

²³² Ebd., 62

²³³ Ebd., 69

vertritt die Nation Sarayacu außerhalb, wird aber vermehrt auch bei internen Konflikten als Berater eingesetzt.

Die Organisation der Kichwa Nation Sarayacu ist Teil der Organisation der indigenen Völker der Pastaza (OPIP). Im Gegenzug ist die OPIP Teil der Konföderation der Indigenen Nationen des ecuadorianischen Amazonas CONFENIAE, der wiederum in die Dachorganisation der Indigenen Nationen CONAIE eingegliedert ist. Die Sarayacu beteiligen sich sowohl national als auch international an der Verstärkung der indigenen Bewegung und nahmen 1992 an dem Marsch nach Quito für die rechtliche Anerkennung der Landbesitzrechte, teil.²³⁴ 2004 wurde Sarayacu als Pueblo Originario Kitchwa de Sarayacu in die CODENPE²³⁵ aufgenommen, die eine Beratungsfunktion der Regierung einnimmt. *„La capacidad organizativa de Sarayaku ha jugado un papel importante en el movimiento indígena tanto en el ámbito local como en el nacional.“*²³⁶

5.2.4. Konflikt zwischen Sarayacu und CGC

Obwohl die Sarayacu seit Ende der 1980er Jahren die Erdölaktivitäten in ihren Territorien ablehnen, gelang es 1992 der Erdölgesellschaft ARCO-AGIP im Block 10, im Norden des Sarayacu Gebietes das erste Bohrloch Villano zu bohren.²³⁷ Nach sieben Jahren Verhandlungen zwischen OPIP, ARCO und den Frente Indigena Pastaza (Vertretern von OPIP getrennten Gemeinden), ging das Projekt Villano 1999 in die Betriebsphase. Dieses Projekt befestigte nicht nur die Grenze der Ölindustrie im Norden des Pastaza Provinzes, sondern gleichzeitig öffnete es auch die Möglichkeit diese Grenze Richtung Süden und Osten zu erweitern, was mit den Ausschreibungen der Blocks 23 und 24 zur Realität wurde.

²³⁴ Ebd., 17

²³⁵ Consejo de Desarrollo de Pueblos y Nacionalidades Indígenas del Ecuador (CODENPE) ist der Entwicklungsbeirat für die Angelegenheiten der indigenen Völker und wurde durch den Dekret Nr. 386 im Amtsblatt Dezember 1998 veröffentlicht

²³⁶ Chavez/Lara/Moreno, 2005, 17: Die organisatorische Kapazität der Sarayacu hat eine wichtige Rolle sowohl auf der lokalen als auch auf der nationalen Ebene der indigenen Bewegung gespielt.“, freie Übersetzung

²³⁷ Santi, 2006, 300

In 1996 wurde Block 23 an die argentinische Erdölgesellschaft CGC mit einer Fläche von 200.000 ha. verpachtet, ohne Konsultationen mit der Sarayacu Gemeinde abzuhalten, obwohl umgerechnet 85% ihres Gebietes von diesem Block betroffen sind. Der Rest des Blocks 23 betreffen Achuar, Pakayaku und Molino-Kichwa Gemeinden, die sich bereits in der Phase der internen Zersplitterung befinden, wegen Streitigkeiten über die Beschwichtigungsangebote der CGC.²³⁸ 1997 fangen die Gemeindeberater der CGC Gesellschaft an eine Übereinkunft mit den unabhängigen Gemeinden und Organisationen von Pastaza zu schließen. OPIP und das Volk Sarayacu verweigerten die Teilnahme an allen Verhandlungen bevor die Vereinbarungen vom Abkommen um Block 10 erfüllt werden.²³⁹ Anfang des Jahres 2002 gelang es CGC ein Abkommen mit den Organisationen FENASH²⁴⁰, AIEPRA²⁴¹ und FENAKIPA²⁴², den Vereinigungen Pacayaku und Canelos, wie auch den Gemeinden Remolino und Shaimi zu schließen. Die Sarayacu trugen eine Beschwerde bei der Ombudsstelle des Staates wegen den Eintritt der CGC in ihren Gebieten. Die Ombudsstelle bestätigte dass das Territorium der Sarayacus verfassungsrechtlich geschützt ist und respektiert werden muss.

Als die Gesellschaft trotz aller Proteste die seismischen Linien zu eröffnen begonnen, nahmen die Sarayacus mehrmals Mitarbeiter von CGC fest.²⁴³ Der Fluss Bobonaza wurde für die Sarayacu vom Militär abgesperrt und Geschäftsführer des CGC bezeichneten den Block 23 zum Abbaugelände und der Gouverneur bestätigte die Präsenz von Polizei und Streitkräften für den Schutz der Erdölförderung der Gesellschaft.²⁴⁴ Zwischen Oktober 2002 und Februar 2003 konnte CGC in 29% des Gebiets der Sarayacu eindringen. In der Zeit konnte die Gesellschaft 467 Bohrlöcher für die seismischen Untersuchungen fertigen und 1433 Kg von Sprengstoff in den Gebieten der Indigenen, die den Block 23 bewohnen, zu

²³⁸ Chavez/Lara/Moreno, 2005, 22

²³⁹ Vgl. Fontaine, 2004, 257

²⁴⁰ Federación de Nacionalidades Shuar de PASTAZA – Föderation der Shuar Nationalitäten in Pastaza

²⁴¹ Asociación de Indígenas Evangélicos de Pastaza, Región Amazónica

²⁴² Federación de la Nacionalidad Kichwa del Pastaza

²⁴³ Vgl. El Universo, 2003

²⁴⁴ Vgl. Fontaine, 2004, 260

verstreuen.²⁴⁵ Die Sarayacu deklarierten den Notstand in ihrem Gebiet und errichteten vier Camps um die Arbeiter abzuhalten. Die Armee nahm vier Jugendliche der Sarayacu fest und brachte sie zu CGC Beamten, die sie bedrohten und misshandelten bevor sie sie bei der Polizei in Puyo ablieferten.²⁴⁶ Anfang 2003 versuchte Präsident Gutierrez zwischen den Parteien erfolglos zu vermitteln. Im Februar 2003 setzt CGC ihre Aktivitäten temporär wegen dem Konflikt mit den Sarayacus aus.²⁴⁷

Der Konflikt wurde jahrelang fortgeführt und ist von gegenseitigen Übergriffen gezeichnet, nicht zuletzt von Schüssen gegen vier Sarayacu Männer in 2010.²⁴⁸ Die internationale Gemeinschaft äußerte sich besorgt über die Ereignisse in Sarayacu. In 2003 führte Amnesty International eine Kampagne gegen die Belästigung von Sarayacu Führern und beschwerten sich bei der Regierung Gutierrez. Die Resolution der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte (CIDH) über die Folter und Verfolgung der Sarayacu Mitglieder verordnet den Staat einstweilige Maßnahmen für den Schutz des Volkes und des Territoriums der Sarayacu einzusetzen. Bei der CIDH Anhörung in Washington ein halbes Jahr später, gibt der Staat zu keine Maßnahmen gesetzt haben wegen der weiten Entfernung, hohen Kosten der Aufräumung und dem staatlichen Interesse an Erdöl im Gebiet.

5.2.3. Analyse der Verletzung von Kollektivrechte

Im Vergleich zum Ausbau von Erdölindustrie im Norden Amazonas, wo die Rechte der Indigenen, ihre physische Existenz und kulturelles Überleben in den fast 30 Jahren seit dem Erdölboom ignoriert wurden, verlief die Verbreitung der Erdölgesellschaften 1997-2002 in den indigenen Territorien in Pastaza und Morona anders.²⁴⁹ „*La estrategia negociadora*,

²⁴⁵ Vgl. CIDH, 2010, 15

²⁴⁶ Vgl. Santi, 2006, 303

²⁴⁷ Vgl. CIDH, 2010, 17

²⁴⁸ Vgl. El Comercio, 2010

²⁴⁹ Vgl. López, 2004, 158

común al estado y las empresas operadoras (...) consiste de en la definición de salidas forzadas (acuerdos/convenios), la división de organizaciones indígenas o la intimidación con el uso de la fuerza pública (...): la ocupación militar de tierras y territorios indígenas.“²⁵⁰

Während noch Anfang der 1990er Jahre die Etablierung der indigenen als politische Akteure die Verbreitung der Erdölindustrie begrenzte, wurde die Beteiligung der Indigenen gegen Ende des Jahrzehnts zur treibenden Kraft der konstitutionellen Änderungen der indigenen Rechte.²⁵¹ Da in der Konflikttheorie gegengesetzte Interessen einen Konflikt verursachen, kann man im Fall von Sarayacu davon ausgehen dass die Erforschung und Verwirtschaftung von Erdöl, was im Interesse von CGC ist, die Konditionen der sozio-kulturellen und ökologischen Reproduktion der lokalen Bevölkerung widersprechen, was direkte Aktionen des Widerstandes hervorrufen.

Seit Anfang der 1990er Jahren fand dank der Anerkennung der Sarayacu Territorien ein interner Prozess der kulturellen Revitalisierung, organisatorischen Verstärkung und der Definition einer autonomen Entwicklungsalternative statt. Die Ausbreitung der nationalen Erdölindustrie ist die größte Bedrohung für ihre Territorien, Selbstregierung und soziokulturelle Reproduktion. Dennoch haben die Sarayacu es geschafft friedlich die Verbreitung der Erdölrecherchen auf ihrem Gebiet zu stoppen. Seit Anfang des Konfliktes haben die Kichwa und Ashuar Organisationen die Rahmenbedingungen gesetzt, aber auch aktive Widerstands- und Oppositionsaktionen organisiert. Mit der Ausrufung der Widerstandskampagne „Kapari“ 2002 wurde die Gesamtbevölkerung in der Verteidigung ihrer Territorien mobilisiert, trotz der Einschnitte in ihrer Sicherheit und ihren Lebensbedingungen. Auf die Verhinderung der Arbeiter und Militärs mit der Gründung von den Kamps Paz und Vida, antworteten der Staat und die Gesellschaft CGC mit physischen Übergriffen, Einschüchterungen und Klagen gegen mehrere indigene Führer des Amazonas. 2003 wurde der freie Durchgang von Menschen am Fluss Bobonaza Richtung Sarayacu

²⁵⁰ López, 2004, 158: „Die Verhandlungsstrategie des Staates als auch der Erdölgesellschaften ist bezeichnet von gedrängten Endergebnissen, Spaltung von indigenen Organisationen oder von Einschüchterung mit Sicherheitskräften, was seit 2002 in Pastaza mit der militärischen Besetzung von Land und indigenen Gebieten passiert.“, freie Übersetzung

²⁵¹ Ebd.

gesperrt um die Verhandlungen zugunsten der Erdölgesellschaften zu steuern. Zusätzlich wurde in der Zone Molina eine Militärkontrolle eingeführt.²⁵²

Die Erdölgesellschaften haben eine Strategie zwischen Überzeugung und Kooption²⁵³ übernommen um die lokale Bevölkerung mit ihren und staatlichen Interessen zu verknüpfen und die Bevölkerung zu der Gruppe von Nutznießern und Geschäftspartnern der Erdölindustrie zu machen. Die Erdölgesellschaften wurden von verschiedenen Ebenen des ecuadorianischen Staates unterstützt. Die Beamten von Petroecuador und regionalen Politikern haben sich um die Erleichterung der Erdöltätigkeiten bemüht, der Verein von privaten Erdölgesellschaften ASOPEC²⁵⁴ versuchte die Sarayacu und OPIP Führung zu delegitimieren und die Polizei und die Streitkräfte haben die notwendige Rückendeckung für die Gesellschaften geliefert.²⁵⁵ Der Staat unterstützte die Erdölindustrie wegen der wichtigen Rolle der Erdöleinnahmen im Staatshaushalt, bei der Tilgung des Haushaltsdefizits und in der Bezahlung der Staatsschulden. „(...) [L]a CIDH ha dado por probado que el 30 de julio de 2001, el Ministerio de Defensa suscribió con las empresas petroleras que operaban en el país un convenio de cooperación militar en el cual el Estado se comprometió a “garantizar la seguridad de las instalaciones petroleras, así como de las personas que laboren en ellas.”

²⁵⁶ Basierend auf diesen Abkommen und mit dem Beginn der Erdölaktivitäten, wurde auch das Territorium der Sarayacus militarisiert, was die Kommunikation und den Austausch zwischen den Gemeinden verhinderte.

Auch die Sarayacu haben mit Unterstützung von lokalen, regionalen, nationalen und internationalen indigenen Organisationen wie CONAIE, CONFENAIE und COICA²⁵⁷, wie auch von NGOs wie Amnesty International und CDES, Umweltorganisationen wie Acción Ecológica und anderen internationalen Organisationen wie EU, Oxfam América oder

²⁵² Ebd., 160

²⁵³ Aufnahme oder Wahl von Mitgliedern durch die übrigen Mitgliedern einer Gemeinschaft

²⁵⁴ Asociación de Empresas Petroleras Privadas del Ecuador (ASOPEC)

²⁵⁵ Vgl. López, 2004, 160

²⁵⁶ CIDH, 2010, 29: „Die CIDH hat bewiesen, dass am 30. Juli 2001 das Verteidigungsministerium einen Militärabkommen mit den Erdölgesellschaften, die im Land operierten, abgeschlossen hat, mit dem Ziel „die Sicherheit der Erdölanlagen und dessen Mitarbeitern“ zu garantieren.“, freie Übersetzung

²⁵⁷ La Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica

Pachamama rechnen können. Der UN-Sonderberichterstatter Rodolfo Stavenhagen äußerte seine Sorge über den Fall Sarayacu, besonders in Verbindung mit den unaufgeräumten Sprengstoffen im Sarayacu Gebiet, in seinem Bericht über die Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Indigenen in Ecuador. Stavenhagen empfiehlt dem Staat in allen seinen Instanzen die Bestimmungen der CIDH²⁵⁸ und des interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte Ecuador einzuhalten. Der Generalstaatsanwalt soll die Gemeinde Sarayacu, ihre Rechte und Territorien, ihren Lebensstil und die körperliche Unversehrtheit ihrer Mitglieder uneingeschränkt verteidigen, berät Stavenhagen. Die Sarayacu haben die Anerkennung ihrer Forderungen vom CIDH bestätigt erhalten und 2010 wurde vom IDHC eine Klage gegen den Staat Ecuador wegen der Verletzung der Rechte der Sarayacu, vor allem in Hinsicht auf die Amerikanische Konvention der Menschenrechte, erhoben.²⁵⁹

Der Staat Ecuadors und die Gesellschaft CGC wollten sich von Verletzungen von Kollektiv- und Indigenen Rechten freisprechen mit der Begründung, dass in dem Zeitpunkt als der Partizipationsvertrag für die Erforschung und Ausbeutung vom Block 23 zwischen CGC und dem staatlichen Unternehmen Petroecuador im Juli 1996 unterschrieben wurde, die Kollektivrechte noch nicht anerkannt waren. Es stimmt, dass die Kollektivrechte erst mit der Übernahme der neuen Verfassung Juni 1998 und mit der Ratifizierung des ILO Abkommen 169 im April 1998 in Kraft traten. Die CIDH begründet jedoch warum die Erklärung des Angeklagten (in diesem Fall der Staat Ecuador) ungültig ist. Das Abkommen zwischen dem Staat und der Erdölgesellschaft wurde zwar 1996 unterzeichnet, aber da die seismischen Erkundungsaktivitäten erst im Juli 2002 eingeführt und anhand dessen der Staat die aktualisierte Umweltverträglichkeitsprüfung billigte und die Reaktivierung der nächsten Phase veranlasste.²⁶⁰ Mit der Schlussfolgerung vom CIDH hätte der Staat Ecuador vor der Billigung der aktualisierten Umweltstudie die Verantwortung gehabt die Sarayacus im Voraus, frei und informativ zu beraten, wie es der Artikel 21 der Amerikanischen Konvention

²⁵⁸ Interamerikanische Kommission für Menschenrechte

²⁵⁹ Vgl. CIDH, 2010

²⁶⁰ Vgl. Artikel 151, CIDH, 2010

und der Artikel 6 der Konvention 169 der ILO (tritt in Kraft im Mai 1999) vorsieht, sowie es auch im Artikel 84.5 der Verfassung des Landes, verankert ist.²⁶¹ Zusätzlich beinhalteten der Nationalplan für Menschenrechte von 1998 und das Gesetz für die Förderung von Investitionen und Bürgerbeteiligung von 2000 das Recht der indigenen Völker auf Beratung, also war das Recht explizit vom Staat anerkannt.

Mit der von CIDH angeführten Logik können alle Kollektiv- und Indigenen Rechte der Verfassung Ecuadors vom 1998 eingeklagt werden. Die Verfassung von 1998 beinhaltete nicht so viele und spezifische Rechte als in der Verfassung zehn Jahre später verankert wurden, aber es war ein monumentaler Gewinn für die Indigenen Bewegung des Landes. In Hinsicht auf dem Konflikt mit CGC, hätte der Staat das Recht der Sarayacu ihre Identität, ihre Traditionen in spiritueller, kultureller, sprachlicher, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Richtung zu erhalten, entwickeln und stärken, wie im Artikel 84.1 der Verfassung verankert, schützen müssen. Der Artikel 84.2 sichert zwar den unverjährbaren Besitz des Gemeindelandes in ihrer Unantastbarkeit und Unteilbarkeit, aber nur solange bis der Staat entscheidet, dass die öffentliche Nutzung der Gebiete notwendig ist.

Kurz ist es notwendig einen Vergleich der Konzepte zu machen. Das Konzept des Territoriums zwischen der Stadtgesellschaft dem s.g. westlichen, angelsächsischen, oder europäischen Gesellschaftsbild, das weit in der ganzen Welt verbreitet ist, und den indigenen Gesellschaften, klappt weit auseinander. Die moderne städtisch orientierte Gesellschaft hat schon lange ihre Verbundenheit mit und Abhängigkeit von der Natur aufgegeben. Es entwickeln sich zwar Sympathien der Natur und Umwelt gegenüber, aber eine vollkommene Hingabe wird vermieden, denn in Prinzip muss die Natur kontrolliert werden. Auch die Landwirtschaft entspricht einer Unterwerfung der Natur für unsere Zwecke über die Grenze des täglich Notwendigen und in Richtung industrieller Produktion. Das Konzept der indigenen Gesellschaften ist, in ihrer Ursprungsform, anders ausgerichtet. Es stimmt dass die

²⁶¹ Vgl. CIDH, 2010, 39-41

modernisierten indigenen Völker genau so gewisse Prozesse der Vereinfachung und Maximierung der landwirtschaftlichen Erträge eingeführt haben um die Natur zu unterwerfen.

Um die Bedeutung von Land und Natur zu verstehen ist es wichtig das Gleichgewicht zwischen Kultur und Ökologie als traditionelle Grundcharakteristik der Ureinwohner Amazonas zu sehen. In dieser alles umfangenden Weltansicht teilen sich die Indigenen die Umwelt mit der Flora und Fauna, von dem sie ein Teil sind. Das Territorium in dem sie leben ist nicht nur ihr Hinterhof sondern Supermarkt, Schule, Bücherei, Kirche, Urlaubsort und Arbeitsstelle in einem. In diesem Sinne verlieren das Recht auf den Besitz von vorväterlichen Gemeinschaftsgebieten im (Artikel 84 Absatz 3) und das Recht auf Beteiligung, Benutzung, Bewirtschaftung und Erhaltung erneuerbarer natürlicher Ressourcen des Gebietes (Artikel 84 Absatz 4) ihre Wirksamkeit, wenn anhand letzteren Teil vom Artikel 84 Absatz 2 das Territorium aus staatlichen Interessen eingenommen wird. Ebenso wird das Recht (Artikel 84 Absatz 8), als Volk nicht von ihrem Land verschoben zu werden, relativ. Denn die Nebenwirkungen von Erdölförderung, wie Verschmutzung, das Leben in der unmittelbaren Gegend unmöglich machen.

Das Recht auf Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt in ihrer natürlichen Umwelt (Artikel 84 Absatz 6), steigt in die Fußstapfen der Rio Konvention. Im Übereinkommen über die biologische Vielfalt, unterschrieben von Ecuador in Rio in Juni 1992, muss der Staat das Wissen, die Innovationen und Praktiken der indigenen und heimischen Völker, die eine nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt anhand von ihren traditionellen Lebensstil nachgehen, respektieren, bewahren und aufrechterhalten.²⁶² Die Rio Erklärung räumt den indigenen Völkern eine fundamentale Rolle in der Bewahrung und Schutz der biologischen Vielfalt ein. Die Staaten sollen die kulturelle Identität der indigenen Völker unterstützen und ihre Teilnahme an nachhaltiger Entwicklung ermöglichen. Auch die

²⁶² Vgl. Santi, 2006, 303

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)²⁶³, erkennt das Recht der indigenen auf eine sichere und gesunde Umwelt die unmittelbar mit dem Recht auf Leben verbunden ist, an. Wenn nun die seismischen Untersuchungen mit Explosionen in Betracht gezogen werden, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die oben genannten Rechte einhalten werden können. Mitglieder der Sarayaku haben auch beklagt, dass die Erdölaktivitäten die Verschmutzung ihrer Flüsse verursacht haben, was die Gesundheit der indigenen Völker in der Region beeinflusst, womit auch das Recht auf eine saubere Umwelt, (im der Verfassung von 1998 im Artikel 86 verankert) untergraben wäre.

Beim Verzicht auf ihre Grundrechte, bieten die Ölgesellschaften die Versorgung ihrer Grundbedürfnisse, Entschädigungen für die Umweltschäden, Erzeugung von Beschäftigung und Entwicklungsmaßnahmen für die Gemeinde an. Um die Autorisierung zu erlangen, wird bei den lokalen Führungskräften das Gewissen gekauft, die Einheit fragmentiert und die repräsentativen Organisationen delegitimiert um die Entstehung neuer im Interesse der Ölgesellschaften kooptierter Organisationen zu ermöglichen. Da oft die Angebote der Erdölgesellschaften bereits bei der Unterzeichnung der Verträge erfüllt werden, werden die Vorteile der Abkommen rasch relativiert und die Unruhen zwischen Lokalbevölkerung, Erdölgesellschaften, dem Staat und der Streitkräfte werden permanent.²⁶⁴ In dieser Hinsicht wurde das Recht auf Bewahrung und Entwicklung der traditionellen indigenen Formen des sozialen Zusammenlebens, der sozialen Organisation, der Ausübung und Herstellung von Autorität (Artikel 84 Absatz 7) durch die beabsichtigte Fragmentierung der Sarayacu Nationalität untergraben.

Die Sperre der natürlichen Verkehrsrouten des Bobonaza Flusses, hat die Spaltung der Gemeinden und Familien gefördert, beschwerten sich die Sarayacu. Die Freunde und Familienmitglieder leben in verschiedenen Gemeinden voneinander entfremdet und von Orten und Produkten abgeschnitten die für ihre materielle und kulturelle Reproduktion wichtig

²⁶³ Organization of American States arbeitet an einem Entwurf für „American Declaration on the Rights of the Indigenous Peoples“

²⁶⁴ Vgl. López, 2004, 162

sind.²⁶⁵ Falls das Erreichen von kulturell oder religiös wichtigen Orten durch die Verhinderung von freier Bewegung untersagt wird, kann dem Recht (Artikel 84 Absatz 9) auf Erhaltung, Entwicklung und Verwaltung der kulturellen und historischen Erbes nicht nachgegangen werden. Auch das Recht (Artikel 84 Absatz 9) auf das kollektive geistige Eigentum von angestammten Wissen, dessen Anerkennung, Nutzung und Entwicklung in Übereinstimmung mit dem Gesetz, wird wegen der Beschränkung von Mobilität und Austausch mit benachbarten Gemeinden eingeschränkt.

Eingriffe auf und Zerstörung von heiligen Stätten, wie zum Beispiel das Fällen vom heiligen Baum Lispungo vom Shaman Vargas, sind von besonders fundamentaler kultureller Bedeutung, weil sie für die Sarayacu die spirituelle Stärke der Gemeinschaft garantieren.²⁶⁶ Zusätzlich sind diese heiligen Orte Erhaltungs- und Reproduktionsstellen für wilde Tierarten, also verursacht ihre Zerstörung auch Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. So ist auch das Recht (Artikel 84 Absatz 12) auf Systeme, Wissen und Praxis der traditionellen Medizin, einschließlich des Rechts auf den Schutz der rituellen und heiligen Orte und der Pflanzen, Tiere, Mineralien und Ökosysteme betroffen. Ob aus Unwissenheit oder Absicht die rituellen Orte der Sarayacu zerstört oder gestört wurden macht in diesem Kontext keinen Unterschied.

Um zurück zu meiner Forschungsfrage zu kommen: „Wie und welche verfassungsrechtlichen Kollektivrechte der indigenen Völker werden durch die Erdölindustrie und -erzeugung verletzt?“ kann festgestellt werden, dass nahezu alle dieser Rechte in gewissem Grad betroffen sind. Hauptsächlich hängt dies mit der Verwobenheit der einzelnen Kollektivrechte und mit der Annahme, wenn es dem Kollektiv nicht gut geht, leiden alle Gesellschaftsbereiche darunter, zusammen. Die Kollektivrechte der Verfassung 1998, die nicht angeführt wurden, sind das Recht auf qualitative und bilinguale Bildung (Artikel 84, Absatz 11) und das Recht Symbole und Embleme, mit denen sie sich identifizieren, zu

²⁶⁵ Vgl. Chávez/Lara/Moreno, 2005, 98

²⁶⁶ Ebd., 101

tragen (Artikel 84, Absatz 15). Obwohl man annehmen kann, dass die Bildungsqualität während des Konfliktes gelitten hat, kann nicht festgestellt werden in welchem Ausmaß. Bezüglich des Tragens von identitätsstiftenden Symbolen, kann keine Verletzung festgestellt werden. Weiters wurde keine offizielle Verletzung vom Recht auf Partizipation, über Vertreter, in den staatlichen Behörden (Artikel 84 Absatz 14) abgeleitet. Obwohl es das Recht, in den Entwicklungsplänen und –Projekten für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, Prioritäten zu setzen mit der angemessenen staatlichen Finanzierung gab, kann vorausgesetzt werden, dass diese Pläne nicht die Erweiterung der Erdölindustrie in ihren Gebieten beinhalteten. Damit ist gemeint, dass obwohl die Indigene Gemeinschaft das Recht die staatlich finanzierten gesellschaftlichen Entwicklungsprogramme nach ihren Vorstellungen zu richten hatte, scheint es dem Staat möglich zu sein, andere Programme zu initiieren, welche gegen die Indigenen gerichtet sind.

Das fehlende Ende des Konflikts hat auf lokaler Ebene nahezu eine humanitäre Krise ausgelöst, da die Arbeit in der Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit und Verwaltung gesperrt war und die Lebensmittelvorsorge betroffen wurde. Die Verletzungen der Grundrechte der Sarayacu Gemeinschaft haben zur Schwächung des Rechtsstaates und der Rechtskraft von Kollektivrechten in Ecuador geführt. Die Asymmetrie der sozioökologischen Konflikte können durch den Gebrauch von gerichtlichen Mitteln und durch die Durchsetzbarkeit von Rechten ausgeglichen werden, sobald der Konflikt und die Rechtsstrategie von lokaler Ebene auf nationaler bzw. globaler Ebene zu übertragen ist. Wie die indigenen Völker ihre Beziehung mit der natürlichen Umwelt definieren, ist die Richtschnur für die Ausübung ihrer kollektiven Rechte.²⁶⁷

In der Debatte um die Umsetzung von Rechten wird die Wiederholung von Rechtsansprüchen als Instrument für die Änderung der Sozialstrukturen und für die Legitimierung von sozialen Belangen verwendet.²⁶⁸ Dieser Logik nach je öfter auf das Recht

²⁶⁷ Vgl. López, 2004, 167
²⁶⁸ Ebd., 168

bezogen wird, desto eher wird die Einhaltung des Rechts zur Tagesordnung. Neue Formen des Handelns sind gefragt, damit das internationale Rechtswesen für Menschenrechte unter Druck gesetzt wird. In dieser Hinsicht müssen internationale Rechtsnormen, wie die Rechte der Indigenen, um effektiv genutzt zu werden, auch wenn sie in der Verfassung verankert sind, die nationalen Schauplätze der Demokratie wiedergeben. „(...) *[N]uevo tipo de democracia (...) [y] aspectos más allá de instrumental democrático (...) tienen que ser desarrollados.*“²⁶⁹ Die direkte Demokratie auf der lokalen Ebene muss ausgebaut, die autonomen Lokalregierungen eingebunden und die Expansion der Marktwirtschaft und der Grenzverlauf der Erzeugungsindustrie neu verhandelt werden, wobei die Einbindung von verpflichtenden Konsultationen notwendig ist.

²⁶⁹ Ebd., 169: „[N]eue Art der Demokratie [und] Aspekte jenseits der demokratischen Instrumente müssen entwickelt werden.“, freie Übersetzung

6. Zusammenfassung:

Meine Forschungsfrage: „Wie und welche verfassungsrechtlichen Kollektivrechte der indigenen Völker werden durch die Erdölindustrie und -erzeugung verletzt?“ habe ich im Kapitel 5.2 ausführlich beantwortet, deshalb werde ich hier nicht ins Detail gehen. In meiner zweiten Forschungsfrage frage ich unter welchen Bedingungen sich die Erdölindustrie entwickelt hat. Diese Rahmenbedingungen wurden von internen, gesellschaftspolitischen Ereignissen und externen, internationalen Faktoren geleitet. Die internen Bedingungen schwankten zwischen nationalistischen Plänen und neoliberaler Politik, die externen wiederum folgten hauptsächlich dem Erdölpreis am Weltmarkt, den Strukturanpassungsprogrammen der internationalen Geber und internationalem Investitionsinteresse.

Die Entwicklung der Erdölindustrie wird generell in drei Phasen eingeteilt: die erste Phase von 1972 bis 1985 wurde von nationalistischer Politik, Gründung der CEPE (jetzt Petroecuador), Neuverhandlung von Konzessionsverträgen, gestiegenen staatlichen Anteilen an Erdölerlösen und OPEC Mitgliedschaft, begleitet. Die nationalistischen Bestrebungen mussten weichen als es deutlich wurde, dass der Staat nicht über die notwendige Infrastruktur, Wissen und Investitionen verfügte um die Erdölindustrie im Land zu leiten. In der zweiten Phase von 1986 bis 1999 wurde versucht die weltweit fallenden Erdölpreise mit dem Anstieg von Produktion zu kompensieren. Nach dem Ausstieg von OPEC, fand Liberalisierung von Erdölpolitik statt, die Schuldenkrise schwächte den Staat und stagnierte die Wirtschaft. Die dritte Phase wurde seit Anfang des 21. Jahrhunderts mit den steigenden internationalen Ölpreisen wegen der wachsenden Nachfrage eingeführt. Die Erdölpolitik blieb in dieser Phase neoliberal, Produktion von Privatgesellschaften stieg. Zwar wurden neue Erdölfelder geöffnet, aber die Beteiligung des Staates blieb begrenzt.

Seit der Machtübernahme vom Präsident Correa kann von einer vierten Phase von Erdölpolitik gesprochen werden. Zwar sind die Resultate noch nicht sichtbar, aber der

Diskurs hat sich zu einer nationalistischen Erdölpolitik gewandt. Durch seine linksgerichtete und populistisch angelegte Politik wurde in der Erdölpolitik auch das Kräfteverhältnis anhand der Konzessionsverträge neu verhandelt. Das Projekt ITT zur Rettung des Nationalparks Yasuní verwendet die Regierung geschickt um die Verantwortung für die Erdölförderung in dem Gebiet von sich abzuwenden. Einerseits ist es ein neuer Schritt die internationale Gemeinschaft zur Verantwortung zu ziehen, andererseits kann die Regierung nicht die Entscheidung über die Zukunft des Nationalparks alleine von der Spendenfreudigkeit der Geberländer abhängig machen. Der Staat muss auch ohne Beteiligung der internationalen Gemeinschaft eine zukunftssträchtige Politik für den Schutz des Nationalparks führen. Präsident Correa verübt Druck mit der Eröffnung der geschütztesten Gebiete aus, sollte die internationale Gemeinschaft nicht genügend Mittel zur Verfügung stellen. Da die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass der Vorschlag Yasuní Nationalpark für eine Gegenleistung von 3.5 Milliarden USD²⁷⁰ zu schonen, in der internationalen Gemeinschaft genügend Unterstützung bekommt, forscht die Regierung nach Alternativen. Es gibt in der Nähe vom Nationalpark bereits funktionierende Bohrlöcher wo die Möglichkeit von horizontaler Bohrung untersucht wird um eine vertikale Bohrung im Nationalpark zu vermeiden.²⁷¹ Zwar hat das Kabinett Correas unberührte Thematiken angesprochen, wie die Neuverhandlung der Erdölkonzessionen mit den internationalen Gesellschaften, dennoch nimmt es keine klare Stellung in Hinsicht auf sozio-ökologische Konflikte.

Die Erdölpolitik soll einerseits die Maximierung von nachhaltigen Nutzen der Ölindustrie in den Lebensbedingungen der Ecuadorianer stützen, andererseits bestmöglich den negativen Einfluss auf die Umwelt durch die Erdölförderung minimieren oder kompensieren. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt und kulturellen Reichtum der indigenen Völker sowie die Verhinderung von Abholzung im Amazonas und von negativen Auswirkungen der Ölförderung auf die Gesundheit von indigenen Völkern, sollen als Priorität

²⁷⁰ In der Zeitspanne von 12 Jahren

²⁷¹ Vgl. El Comercio, 2011b

von langfristiger staatlicher Politik werden, sagt Larrea.²⁷² Wie können aber diese Voraussetzungen im Fall Sarayacu erfüllt werden? Dürfen die Sarayacu in ihren Gebieten weiterleben oder müssen sie vor den Erdölgesellschaften abweichen? Wo geht die Grenze zwischen volkswirtschaftlichen Interessen und den Lebensbedingungen indigener Völker? Diese Fragen stellen die größten Herausforderungen, in dem Gebiet indigenen Rechte, für den Staat. Wie in der Studie von Aida M. Arteaga verdeutlicht, fehlt dem ecuadorianischen Staat das Interesse die Übersicht bei den sozialen und ökologischen Prozessen der Erdölerzeugung zu bewahren. Die erhöhte Abholzungsrate, die mangelnde Qualität des Oberflächenwassers, fehlende Versorgung der Bevölkerung, die Stockung des verschütteten Erdöls in den Boden, die steigende Bevölkerungsrate stehen einer ungerechten Verteilung der staatlichen Ausgaben gegenüber.²⁷³ Obwohl der Oriente erdölpolitisch für den Staat bedeutend ist und obwohl die Umwelt- und die gesundheitliche Belastung höher liegt, wird auf die gesellschaftliche Entwicklung oder Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung des Gebietes wenig Rücksicht genommen.

Es scheint jedoch unvermeidlich, dass der Staat diese Naturressource erschöpfen wird. Der Staat Ecuador hat keine anderen Alternativen, als Erdöl zu produzieren und von dessen Gewinnen das Staatsbudget zu füllen. Diese Annahme ist schwierig von einem Blickwinkel zu beantworten. Erdöl wird als sozioökonomische Entwicklungsmöglichkeit für den Staat und dessen indigene Völker verkauft. Kann die Erdölwirtschaft tatsächlich den indigenen Völkern eine Alternative für die kulturelle und verwandtschaftliche Verbindung mit ihren Hoheitsgebieten und der biologischen Vielfalt bieten, fragt sich Rodrigo de la Cruz.²⁷⁴

„[El] territorio indígena se podría decir que es el espacio que comparten los pueblos indígenas con su medio natural con otros seres vivos, y que les brinda las garantías de continuar reproduciendo su cultura identidad y tradiciones. Es la riqueza heredada por sus ancestros y que están obligados a dejar como herencia a sus descendientes, para continuar

²⁷² Larrea, 2006, 68

²⁷³ Vgl. Arteaga 2003, 77

²⁷⁴ de la Cruz, 2006, 205

existiendo como pueblos".²⁷⁵ Es handelt sich also nicht bloß um Landbesitz sondern um die Existenzsicherung des Volkes, was die indigenen Völker mit ihren Territorien verbindet. Deshalb bieten finanzielle Grundsicherung oder Gemeindeentwicklungspläne der Erdölgesellschaften keine Alternativen für das traditionelle Territorium und das gemeinschaftliche Leben der Indigenen.

Um zurück zur Theorie Habermas' über die Verdrängung der Lebenswelt durch die Systemimperative zu kommen, scheint mir diese Überlegung im Zusammenhang mit der Erweiterung der Erdölindustrie in indigenen Gebiete und Kulturen ihr Praxisbeispiel gefunden haben. Obwohl Habermas'sche Ideen für postmoderne Gesellschaften nicht zeitgemäß erscheinen, passen sie in den Kontext wo indigene Völker mit den kapitalistischen Interessen der Moderne zusammenprallen. In dieser Schnittstelle zwischen indigene Lebenswelten und westliche Systemimperative entstehen die Konflikte, die in Fall von Erdölerzeugung einen sozioökologischen Charakter haben. Wie auch Habermas in seiner Theorie verkündet hat, verdrängt die Systemwelt die Lebenswelt bis das letztere kolonisiert ist. Hier sehe ich meine Nebenhypothese verankert: wenn die Einheit der indigenen Territorien durch die Erdölindustrie gebrochen wird, dann sind die Völker gezwungen ihre Identität und Kultur anzupassen. Der Verlust ihrer Subsistenz, die Verschmutzung ihrer Territorien und die Konfrontation mit der Erdölindustrie, haben eine Assimilation der indigenen Völker an die Gesamtbevölkerung bewirkt. Diese Assimilation wird durch die Einführung vom Kapital und die Abhängigkeit von Erwerbstätigkeit vertieft.

Meine erste Hypothese „wenn die Erdölindustrie in den traditionellen Gebieten der Indigener des ecuadorianischen Amazonas aufgebaut wird, dann werden die verfassungsrechtlich verankerten Kollektivrechte der Indigenen verletzt“, wurde im Kapitel 5.2 ausführlicher dargestellt. In der Hypothese werden die beiden Konzepte sozio-

²⁷⁵ COICA, 1996 zitiert in de la Cruz, 2006, 206: „Man könnte sagen, dass das indigene Territorium das Gebiet ist, in welchem sich die indigenen Völker mit ihrer natürlichen Umgebung und mit anderen Lebewesen teilen, was ihnen die Garantie für die Fortsetzung ihrer Kultur, Identität und Traditionen bietet. Es ist das von ihren Ahnen geerbte Reichum, welchem sie verpflichtet sind an ihre Nachkommen weiter zu vererben, um als Völker zu existieren“, freie Übersetzung

ökologischer Konflikt und Kollektivrechte verbunden, mit der Annahme dass die Verdrängung der indigenen Lebenswelt mit den sozial-ökologischen Konflikten durch die Erdölindustrie verursacht wird. Meiner Hypothese nach ist diese Verdrängung eine Verletzung ihrer Kollektivrechte. Es lässt sich beweisen, dass die Erdölindustrie mit ihren Folgeerscheinungen die Grundlagen der Kollektivrechte, das Recht auf traditionelle Lebensweise, das unantastbare Recht auf das Territorium und Selbstbestimmungsrecht, untergräbt.

Eine weitere Annahme, dass der Eintritt der Erdölindustrie die indigenen Gemeinden schwächt kann nur teilweise verifiziert werden. Die Konfrontationen mit den Erdölgesellschaften haben einerseits die traditionelle Lebensform wegen der etablierten Abhängigkeit von Erwerbstätigkeit geschwächt. Andererseits wurde aber die Anpassungsfähigkeit unter Probe gestellt und die politische Organisation der indigenen Gemeinde verstärkt, was in dem Fall Sarayacu beobachtbar ist. Es stellt sich die Frage ob die politische Beteiligung der Sarayacu aus der Stunde der Not, als Antwort gegen die Aggression, geboren ist? Die politische Partizipation war sicherlich eine Notwendigkeit um die Interessen des Volkes national und sogar international zu vertreten und zu beschützen. Die politische Beteiligung der indigenen Völker ist jedoch Teil der Tagespolitik in Ecuador geworden. Da die Kollektivrechte in der Verfassung verankert sind, ist es nun notwendig, dass sich die verschiedenen indigenen Völker und Nationalitäten vereint für die Umsetzung der Kollektivrechte im täglichen Leben einsetzen.

Das Volk Sarayacu hat sich entschieden: „*no a la explotación petrolera*“²⁷⁶ zu sagen. Wir können hoffen, dass der ecuadorianische Staat sowie die internationalen und nationalen Erdölgesellschaften diese Entscheidung respektieren.

²⁷⁶ Santi, 2006, 307: „Nein für die Erdölförderung“ freie Übersetzung

8. LITERATURLISTE:

- Acción Ecológica: Atlas Amazónico del Ecuador: Agresiones y resistencias. Inventario de Impactos Petroleros, Quito, 2006
- Acosta, Alberto: Efectos de la maldición de la abundancia de recursos naturales, Quito, 2006
- Alba/Yépez: Política Petrolera. In: Cibilis/Giugale/López-Cálix: Ecuador - Una agenda económica y social del nuevo milenio, Banco mundial, Bogota, 2003, S. 93-129
- Anaya, James: Indigenous Peoples in International Law, New York/Oxford, 1996
- Arteaga M., Aida: Indicadores de gestión e impactos de la actividad petrolera en la Región Amazónica Ecuatoriana. In Fontaine, Guillaume: Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 1. Las reglas de juego, Quito, 2003b, 51-77
- Becker, Mark: Indians and leftists in the making of Ecuador's modern indigenous Movements, Durham & London, 2008
- Bedoya, Eduardo: La situación demográfica de los Cofanes. En el Cuerpo 943 de la Inspección Pozo Guanta 7. Corte Superior de Justicia de Nueva Loja, 2006
- Benítez, Fander Falconí: In Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas, Quito, 2004, 32
- Bernal, Angélica M. (Hg.): De la exclusión a la participación: Pueblos Indígenas y sus derechos colectivos en el Ecuador, Quito, 2000
- Bonacker, Thorsten: Konflikttheorien. Eine sozialwissenschaftliche Einführung mit Quellen. In: Imbusch, Peter/ Zoll, Ralf (Hg.): Friedens- und Konfliktforschung, Band 2, Opladen (Leske+ Bundrich), 1996
- Brysk, Alison: From Tribal Village to Global Village. Indian Rights and International Relations in Latin America. Stanford California, 2000

- Caballero Carrera, Roberto: La evolución del régimen de contratación. In: Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 1. Las reglas de juego, Quito, 2003, 187-196
- César, Andy: Derechos Territoriales frente a las actividades petroleras. In: Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas, Quito, 2004. S. 121-126
- Chávez, Gina: El papel de la sociedad civil en la inclusión de los derechos colectivos en la Constitución ecuatoriana. In Fontaine (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 1. Las reglas de juego, Quito, 2003, S.105-119
- Chiriboga Naranjo, Marco: Auge petrolero y enfermedad holandesa en el Ecuador, in Fontaine: Petróleo y el desarrollo sostenible en el Ecuador. 3. Ganancias y pérdidas, 2006, Quito, S.69-86
- Criollo, Emergildo/ Pisabarro, Claudino/ Blanco Pisabarro: Igita gi a'indeccu'fa. Nosotros los Cofanes, Quito, 2002
- De la Cruz, Rodrigo: La biodiversidad como recurso estratégico para los pueblos indígenas. In: Fontaine, Guillaume (hrsg.): Petróleo y el Desarrollo sostenible en el Ecuador. 3. Ganancias y pérdidas, Quito, 2006, S.205-220
- Drekonja, Gerhard et al.: Ecuador, hoy. Bogotá, 1978
- Fontaine, Guillaume: El precio del petróleo. Conflicto socio-ambientales y gobernabilidad en la región amazónica. FLACSO, Quito, 2003a
- Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 1. Las reglas de juego, Quito, 2003b
- Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas, Quito, 2004
- Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 3. Las ganancias y pérdidas, Quito, 2006

- Gabler, Daniel: Erdöl in Ecuador: Versuch einer Ressourcengeschichte, Diplomarbeit, Wien, 1995
- Galarza Zavala, Jaime: Piratas en el Golfo. Quito, 1973
- Gedicks, Al: Resource Rebels. Native Challenges to Mining and Oil Corporations. Cambridge MA, 2001
- Gordillo, Ramiro: Petróleo y medio ambiente en el Ecuador. In: Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas, Quito, 2004, 45-54
- Guerrero, Frenando: Población indígena y afroecuatoriana en Ecuador: Diagnóstico sociodemográfico a partir del censo de 2001, Santiago de Chile, 2005
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main, 1981
- Haller, Thomas/ Blöchliger, Annja/ John, Markus/ Marthaler, Ester/ Ziegler, Sabine: Fossile Ressourcen, Erdölkonzerne und indigene Völker, Giessen, 2000
- Hoffmann, Karl-Dieter: Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt. Der Fall Ecuador unter besonderer Berücksichtigung des Militärregimes 1972-1979. Saarbrücken; Fort Lauderdale: Breitenbach, 1985
- Höglinger, Irene: Kommunikation und indigene Politik am Beispiel der ecuadorianischen Indígena-Organisation CONAIE. Wien, 2004
- Jochnick, Chris (Hg.): Violaciones de derechos en la Amazonía ecuatoriana. Las Consecuencias Humanas del Desarrollo Petrolero. Quito, 1994
- Kimerling, Judith: Amazon Crude, New York, 1991
- Larrea, Carlos: Petróleo y estrategias de desarrollo en el Ecuador: 1972-2005. In Fontaine, Guillaume: Petróleo y Desarrollo Sostenible en el Ecuador. 3. Ganancias y

Pérdidas, Quito, 2006, 57-68

- López, Víctor: Para entender el conflicto entre Sarayacu. In: Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas, Quito, 2004, 153-170
- Maldonado, Luis: El Estado Plurinacional. In CONAIE: Aportes al tema de los Derechos Indígenas, 1998, 27-47
- Mayorga Alba, Eleodoro / Yépez, Horacio: Ecuador. Una agenda económica y social del nuevo milenio, Weltbank, 2003, 93-129.
- Martínez, Esperanza (Hg.): Chevron, Mano derecha del imperio. Informe de Chevron, Texaco, Caltex y Unocal, Londres, 2005
- Mayer, Stefan Florian: Participación política del movimiento indígena ecuatoriano: El Movimiento Pachakutik en el Gobierno de Lucio Gutiérrez, Wien, 2008
- McDonald, Michael (1992): Should Communities Have Rights? Reflections on Liberal Individualism. In: Abdullahi, Ahmed An-Na'im: Human rights in cross-cultural perspectives: a quest for consensus, Pennsylvania, 1992, 133-161
- Morales, Manolo/Soledad Vela, Maria: Nuestros derechos y nuestras responsabilidades, Quito, 2003
- Moreira, María Elena: Derechos Humanos en la Nueva Constitución Ecuatoriana, Quito, 2000
- Narváez, Ivan (Hg.): Planificación socioambiental y compañías petroleras: evaluación y diseño de modelo alternativo, Quito, 2000
- Organization of American States (OAS): Report on the Situation of Human Rights in Ecuador. Washington, DC: OAS, Document 10, 1997
- Oilwatch: Chevron, mano derecha del imperio. Informe de Chevron, Texaco, Caltex y Unocal, London, 2005

- Page, Aaron: Legal Analysis: The Environmental and Cultural Destruction of CHEVRON in Ecuador as Acts of Genocide and Crimes against Humanity Prohibited Under International Law”, Quito, 2006
- Philip, George: Petróleo y política en América Latina. Movimientos nacionalistas y compañías estatales, México D.F, 1989
- Ruiz Mantilla, Lucy (Hg.): Situaciones específicas pueblos indígenas de la Amazonía ecuatoriana. Estudio de caso: El pueblo COFAN, Quito, 1992
- Ruiz, Lucy: El Pueblo Cofan, in: Juncosa, José E. (Hg.): Etnografías mínimas del Ecuador Tsachila – Chachis – Cholo – Cofán – Awa – Coaiquer, Abya-Yala, Quito, Ecuador, 1997
- Sánchez, Consuelo: Las demandas indígenas en América Latina y el derecho internacional. In: González Casanova, Pablo/ Roitman Rosemann, Marios: Democracia y Estado multiétnico en América Latina, México D.F., 1996, 93-123
- Santi, Marlon: Testimonio: Los quichua de Sarayacu frente a la actividad petrolera. In: Fontaine, Guillaume (Hg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 3. Las ganancias y pérdidas, Quito, 2006, 299-307
- Sawyer, Suzana: Crude Chronicles. Indigenous Politics, Multinational Oil, and Neoliberalism in Ecuador, Dirham & London, 2004
- Stavenhagen, Rodolfo: “Los Derechos Indígenas en el Sistema Internacional: Un sujeto en construcción”, Revista IIDH, San José, 1998
- Trujillo, Julio César: Derechos Colectivos de los Pueblos Indígenas: Conceptos Generales, In: Bernal, Angélica M. (Hg.): De la Exclusión a la Participación: Pueblos Indígenas y sus derechos colectivos en el Ecuador, Quito, 2000
- Tibán Guala, Lourdes: Derechos Colectivos de los pueblos indígenas en el Ecuador: Aplicabilidad, alcances y limitaciones, Quito, 2001

- Yumbo, Abdón: El Pueblo A'í (Cofan) del Ecuador, in: Almeida Vinuesa, José (Hg.): En Identidades Indias en el Ecuador Contemporaneo, Cayambe, Abya-Yala, 1995
- Varea, Anamaría (Hg.): Marea Negra en la Amazonía. Conflictos socioambientales vinculados a la actividad petrolera en el Ecuador, Cayambe (Quito), Aby-Yala, 1995
- Whitten, Norman E: "Sacha Runa: Etnicidad y Adaptación de los Quichas de la Amazonía Ecuatoriana". Abya-Yala: Quito, 1987
- Wray, Natalia: Pueblos indígenas amazónicos y actividad petrolera en el Ecuador. Conflictos, estrategias e impactos, Quito, 2000
- Zamosc, Leon: Ciudadanía Indígena y Cohesión Social en América Latina, iFHC/Cieplan, San Pablo/Santiago de Chile, 2008

Internet Quellen:

- Acosta, Alberto (2009): La maldición de la abundancia, Quito, <http://www.rebellion.org/docs/122604.pdf> , letzter Zugriff 22.10.2011
- Anaya, James (2010): Observations on the progress and challenges in implementing the guarantees of the Constitution of Ecuador on the rights of indigenous peoples, http://unsr.jamesanaya.org/images/stories/flash/special/2010_special_ecuador_sp.swf, letzter Zugriff 20.06.2011
- Amazonwatch (2010): <http://amazonwatch.org/news/2010/0502-ambush-in-sarayaku-territory-leaves-three-persons-seriously-injured>, letzter Zugriff 20.06.2011
- Banco Central del Ecuador: <http://www.bce.fin.ec/frame.php?CNT=ARB0000984> letzter Zugriff, 24.10.2011
- La Constitución del Ecuador (2008): http://www.asambleanacional.gov.ec/documentos/constitucion_de_bolsillo.pdf, 2008, letzter Zugriff 22.10.2011

- La Constitución del Ecuador (1998):
<http://www.ecuanex.net.ec/constitucion/titulo03c.html#5>, letzter Zugriff 20.10.2011
- CIDH (Comisión interamericano de derechos humanos) (2000): La Situación de los Derechos de los Indígenas en las Américas,
<http://www.cidh.oas.org/Indigenas/indice.htm>, letzter Zugriff 23.10.2011
Interamerikanische Kommission der Menschenrechte
- CIDH (Comisión Interamericana de Derechos Humanos) (2010): Demanda ante la Corte Interamericana de Derechos Humanos en el caso del Pueblo Indígena Kichwa de Sarayaku y sus miembro (Caso 12.465) contra Ecuador,
<http://www.cidh.oas.org/demandas/12.465%20Sarayaku%20Ecuador%2026abr2010%20ESP.pdf> letzter Zugriff 20.10.2011
- CODENPE: <http://www.codenpe.gov.ec/> letzter Zugriff 20.08.2011
- Collins, Jennifer N (2008): Rafael Correa and the Struggle for a New Ecuador, in Global Dialogue, Volume 10, <http://www.worlddialogue.org/content.php?id=426>, letzter Zugriff, 20.11.2011
- CONAIE: Justicia Indígena, (2010): <http://www.conaie.org/justicia-indigena>, letzter Zugriff 21.09.2011
- CONAIE: Qué es la CONAIE (2010b): <http://www.conaie.org/sobre-nosotros/que-es-la-conaie> , letzter Zugriff 20.11..2011
- Comité de Derechos Económicos, Sociales y Culturales (2004):
[http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/E.C.12.1.Add.100.Sp?Opendocument](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/E.C.12.1.Add.100.Sp?Opendocument) letzter Zugriff 22.10.2011
- Conservation International: Biodiversity Hot Spots:
<http://www.biodiversityhotspots.org/xp/hotspots/andes/Pages/default.aspx>, letzter Zugriff 22.10.2011
- Chavez/ Lara/ Moreno (2005): Sarayaku: El Pueblo del Cenit. Identidad y Construcción

Étnica, <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/derecho/libro1.pdf> letzter Zugriff 22.10.2011

- CDES (Centro de Derechos Económicos y Sociales): <http://www.cdes.org.ec/> letzter Zugriff 20.10.2011
- The Economist (2010): Ecuador's oil industry. If it ain't broke..., http://www.economist.com/blogs/americasview/2010/11/ecuadors_oil_industry, letzter Zugriff 20.10.2011
- Ecuador Inmediato (2006): Pachakutik exige transparencia al Gobierno en política petrolera: http://www.ecuadorinmediato.com/index.php?module=Noticias&func=news_use_r_view&id=37029&umt=Pachakutik%20exige%20transparencia%20al%20Gobierno%20en%20pol%EDtica%20petrolera letzter Zugriff 20.02.2011
- El Ciudadano (2011): http://www.elciudadano.gov.ec/index.php?option=com_content&view=article&id=11199:ecuador-cosecha-frutos-de-cooperacion-e-inversion-petrolera-&catid=1:archivo&Itemid=29 letzter Zugriff 20.02.2011
- El Comercio (2011a): Correa: Ecuador explotará Yasuní si países ricos no acogen su iniciativa, <http://www.elcomercio.com/editorial/> , letzter Zugriff, 20.02.2011
- El Comercio: <http://www.elcomercio.com/> letzter Zugriff, 20.10.2011
- El Comercio (2011b): YASUNÍ: ¿DE LA UTOPIA AL PLAN B? http://www.elcomercio.com/editorial/YASUNI-UTOPIA-PLAN_0_556744366.html, letzter Zugriff, 23.10.2011
- El Comercio (2011c): Gobierno espera iniciar en 2013 producción de crudo en Bloque 31 del parque Yasuní http://www.elcomercio.com/negocios/Gobierno-iniciar-produccion-Bloque-Yasuni_0_569943090.html, letzter Zugriff 26.10.2011
- El Comercio (2010): Un conflicto por tierras causa enfrentamientos en Sarayaku

http://www.elcomercio.com/sociedad/conflicto-tierras-causa-enfrentamientos-Sarayaku_0_253774702.html, letzter Zugriff 24.10.2011

- El Universo (2002): Venta de petróleo tensó la transición,
<http://www.eluniverso.com/2002/11/30/0001/9/27F68E51FC30433FBEFD5CE48572AEF3.html>, 20.02.2011
- El Universo (2003): Etnia kichwa en pugna con las petroleras,
<http://www.eluniverso.com/2003/02/05/0001/12/A2A1B5C330924D12B3D80265877DF953.html> letzter Zugriff 22.10.2011
- El Universo (2011): Más dólares por petróleo y tributos, base del régimen, 2011
<http://www.eluniverso.com/2011/01/09/1/1355/mas-dolares-petroleo-tributos-base-regimen.html>
- El Universo (2005): Chávez ofrece a Palacio su integración petrolera,
<http://www.eluniverso.com/2005/08/03/0001/9/560C95D0A27C4570AAAB408EDDC300B4.html>, letzter Zugriff 20.10.2011
- El Mundo (2009): Correa profundizará en el 'socialismo del siglo XXI', 2009,
<http://www.elmundo.es/elmundo/2009/04/27/internacional/1240857017.html> letzter Zugriff 25.02.2011
- Explored (2003): Petróleo: buenas intenciones y poca claridad
<http://www.explored.com.ec/noticias-ecuador/petroleo-buenas-intenciones-y-poca-claridad-158021-158021.html>, letzter Zugriff, 20.02.2011
- Fontaine, Guillaume (2004a): Análisis y Evaluación de la Gestión de los Conflictos en el Bloque 10 (Ecuador), Quito,
http://www.flacsoandes.org/web/imagesFTP/10198.Conflictos_Pastaza.pdf , letzter Zugriff 22.10.2011
- Fontaine, Guillaume (2004b): Actores y lógicas regionales en los conflictos socioambientales: El Caso del Bloque 10 en Ecuador (Pastaza), Quito,

http://www.flacso.org.ec/docs/art_qf_logicas.pdf letzter Zugriff 25.10.2011

- Frente de Defensa de la Amazonía: <http://www.texacotoxico.org/>, letzter Zugriff 10.07.2011
- Flugblatt der Gemeinde Cofan (Folleto de la Comunidad Cofán). Acción Ecológica: http://www.accionecologica.org/webae/index.php?option=com_content&task=view&id=188&Itemid=39, letzter Zugriff 29.03.2011
- Global issues (2010): Ecuador: Oil Shake-Up Means Flat Fees for Foreign Companies, <http://www.globalissues.org/news/2010/12/01/7811>, letzter Zugriff 29.03.2011
- Gómez Salvador, María Augusta (2010): El ATPDEA y su incidencia en la economía ecuatoriana 1992-2008: Un balance. FLACSO, Quito: <http://www.flacsoandes.org/dspace/bitstream/10469/2365/4/01.%20El%20ATPDEA%20y%20su%20incidencia%20en%20la%20econom%C3%ADa...%20Mar%C3%ADa%20Augusta%20G%C3%B3mez%20Salvador.pdf>, letzter Zugriff 30.03.2011
- Guerrero, Andrés (2001): Frontera Etnica en el Espacio de la Crítica, ICONOS: <http://redalyc.uaemex.mx/src/inicio/ArtPdfRed.jsp?iCve=50901109>, letzter Zugriff 20.10.2011
- Hoy (2003): Contratos de asociación, sin consenso en Gobierno, <http://www.hoy.com.ec/noticias-ecuador/contratos-de-asociacion-sin-consenso-en-gobierno-146693-146693.html>, letzter Zugriff 20.02.2011
- Hoy (2005): Diego Araujo Sánchez: El Abril de los Forajidos. Caída y fuga de Lucio Gutiérrez, (Sonderbeilage der Zeitung Diario HOY (Quito), (ISBN 9978-311-06-8), <http://www.hoy.com.ec/especial/caidalucio/home.htm>, letzter Zugriff 20.02.2011
- Hoy (2006): Palacio aprobó reglamento de hidrocarburos <http://www.hoy.com.ec/noticias-ecuador/palacio-aprobo-reglamento-de-hidrocarburos-239570-239570.html> letzter Zugriff 20.06.2011
- ILO (1989): Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in

unabhängigen Ländern, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---normes/documents/publication/wcms_100900.pdf, letzter Zugriff 10.06.2011

- INEC: <http://www.inec.gov.ec/estadisticas/> letzter Zugriff 24.10.2011
- Martinez Cabo, José R (1983): Study of the Problem of Discrimination Against Indigenous Populations, <http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/en/spdaip.html>, letzter Zugriff 22.10.2011
- Martinez, Gabriel X (2006): The political economy of the Ecuadorian financial crisis. In: Cambridge Journal of Economics, 30, S. 567–585
<http://cje.oxfordjournals.org/content/30/4/567.full> letzter Zugriff 30.03.2011
- Moreira, Maria Elena Dra.: Los Derechos Colectivos en la Nueva Constitución Ecuatoriana, desde la Perspectiva del Derecho Internacional.
<http://www.humanrightsmoreira.com/ensayos2.htm#colec> letzter Zugriff 20.10.2009
- Mosquera, Cesar (1999): Jamil Mahuad Pierde el Control, In: El Tiempo:
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-893847>, letzter Zugriff 20.11.2011
- New York Times (2006): Ecuador Cancels an Oil Deal With Occidental Petroleum
<http://www.nytimes.com/2006/05/17/business/worldbusiness/17oil.html> , letzter Zugriff am 22.02.2011
- OPIP: <http://www.llacta.org/organiz/opip/> letzter Zugriff 19.10.2011
- Reuters (2007): Ecuador rejoins OPEC, bolsters producer power:
<http://uk.reuters.com/article/2007/11/17/uk-opec-summit-ecuador-idUKL173394620071117>, letzter Zugriff 20.03.2011
- San Sebastian, Miguel (Hg.)(2000): Informe Yana Curi. Impacto de la actividad petrolera en al salud de poblaciones rurales de la Amazonía ecuatoriana, Quito:
http://www.inredh.org/archivos/documentos_ambiental/yanacuri_impacto_petroleo_amazonia_ecuador.pdf , letzter Zugriff 20.10.2011

- Sarayaku: <http://www.sarayaku.com/> letzter Zugriff 20.10.2011
- Sistema de Información de Decretos Presidenciales: <http://www.sigob.gov.ec/decretos/> letzter Zugriff 30.03.2011
- Stavenhagen, Rodolfo (2004): Informe del Relator Especial sobre la situación de los derechos humanos y las libertades fundamentales de los indígenas: [http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/E.C.12.1.Add.100.Sp?Opendocument](http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/E.C.12.1.Add.100.Sp?Opendocument), letzter Zugriff 22.10.2011
- Vereinte Nationen (2007): Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker, [http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/Declaration\(German\).pdf](http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/Declaration(German).pdf), letzter Zugriff 15.08.2011
- Vereinte Nationen (1948): Konvention für die Prävention und Sanktionierung des Verbrechens von Genozide (Convención para la Prevención y la Sanción del Crimen de Genocidio): <http://www2.ohchr.org/spanish/law/genocidio.htm> , letzter Zugriff 23.10.2011
- Weltbank (2003): Ecuador. Una Agenda Económica y Social del Nuevo Milenio, Washington: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2007/05/18/000310607_20070518150704/Rendered/PDF/261010SPANISH01816821_4691101PUBLIC1.pdf, letzter Zugriff 22.10.2011
- Weltbank (2001): Country Analysis Briefs: <http://www.eia.doe.gov/cabs/Ecuador/pdf.pdf>, letzter Zugriff 22.10.2011
- Zamosc, Leon (2008): Ciudadanía Indígena y Cohesión Social en América Latina. iFHC/CIEPLAN, San Pablo, Brasil, y Santiago de Chile, http://www.plataformademocratica.org/Publicacoes/Publicacao_37_em_06_04_2008_20_01_09.pdf letzter Zugriff 20.08.2011

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AIEPRA - Asociación de Indígenas Evangélicos de Pastaza	FEPOCAN - Federación Provincial de Organizaciones Campesinas de Napo
ASOPEC - Asociación de Empresas Petroleras Privadas del Ecuador	FETRACEPE - Federación de Trabajadores Petroleros
CDES - Centro de Derechos Económicos y Sociales	FLACSO - Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales
CEPAL - Comisión Económica para América Latina (y el Caribe)	FOIN - Federación de Organizaciones Indígenas de Napo
CEPE - Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana	FRN - Frente de Reconstrucción Nacional
CFP - Concentración de Fuerzas Populares Partei	ID - Izquierda Democrática Partei
CGC - Compañía General de Combustibles	ILO - International Labor Organisation
CIDH - Comisión Interamericana de Derechos Humanos	ISI - Import Substitution Industrialisation
CNPC - China National Petroleum Corporation	ITT - Ishpingo, Tambococha und Tiputini Ölfelder
CODENPE - Consejo de Nacionalidades y Pueblos del Ecuador	IWF - Internationale Währungsfond
COICA - Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica	MPD - Movimiento Popular Democrático
CONAIE - Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador	NGO - Non Governmental Organization
CONFENAIE - Confederación de las Nacionalidades Indígenas de la Amazonia Ecuatoriana	OAS - Organization of American States
DINEIB - Dirección Nacional de Educacion Intercultural Bilingüe	OCP - Oleoducto de Crudo Pesado
DP - Democracia Popular Partei	OPEC - Organization of the Petroleum Exporting Countries
ECUARUNARI - Ecuador Runacunapac Richarimui	OPIP - Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza
EDC - Energy Development Corporation	PRE - Partido Rodolsista Ecuatoriano
ENAP - Empresa Nacional del Petróleo	PRIAN - Partido Renovador Institucional Acción Nacional
FEI - Federación Ecuatoriana de Indios	PSC - Partido Social Cristiano
FENAKIPA - Federación de la Nacionalidad Kitchwa de Pastaza	SOTE – Sistema de Oleoducto Transecuatoriano
FENASH - Federación de Nacionalidades Shuar de Pastaza	SRI - Servicio de Rentas Internas
	UN - United Nations
	UNAE - Union de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana
	UNDP - United Nations Development Program

ABSTRACT

Diese Diplomarbeit erforscht die Verletzung der Kollektivrechte der indigenen Bevölkerung durch die Erdölindustrie im ecuadorianischen Amazonasgebiet. Welche verfassungsrechtlich anerkannten Kollektivrechte der indigenen Völker durch die Erdölindustrie und -erzeugung verletzt werden, werden anhand vom Konflikt zwischen Sarayacu-CGC untersucht.

Erdöl hat in Ecuador einen zentralen volkswirtschaftlichen Stellenwert. Die Erdölpolitik wurde im Laufe der Jahre aus dem Zusammenspiel von nationalen und internationalen Interessen und Ereignissen geformt. Besonders die Entwicklung der internationalen Ölpreise sowie die Staatsverschuldung haben Einfluss auf die Umorientierung der einst ideologisch geprägten nationalen Erdölpolitik in Richtung neoliberaler Doktrinen gehabt. Die Erdölerzeugung ist von Folgeerscheinungen wie Umweltverschmutzung, Ausrottung des Urwaldes und soziokulturelle Assimilation der indigenen Völker, beschattet. Die grundlegenden Veränderungen in der Umwelt, das veränderte Verhältnis der indigenen Bevölkerungsgruppen mit der Umgebung und die Entstehung neuer Abhängigkeitsstrukturen beeinflussen sowohl die externen als auch internen Beziehungen der indigenen Bevölkerungen.

In dieser Arbeit werden die negativen Nebenwirkungen als Verletzung der Kollektivrechte der indigenen Bevölkerungen analysiert. Die Kollektivrechte sind ein Teil der indigenen Rechte, welche den kommunalen Lebensstil und die eigene Organisation der indigenen Völker zu schützen sucht. Seit 1998 sind die Kollektivrechte in der Verfassung Ecuadors verankert und mit ihrer Ausweitung in der Verfassung vom Jahre 2008 auf einem international angesehenen Niveau. Obwohl der Besitz der unterirdischen, nicht erneuerbaren Rohstoffe in der Verfassung dem Staat zugewiesen ist, haben die indigenen Völker das Recht ihr Territorium zu beschützen und vor der Ausbeutung der Rohstoffe konsultiert zu werden. Die Einhaltung der gesetzlich anerkannten Kollektivrechte und das gleichzeitige volkswirtschaftliche Bedürfnis die Erdölindustrie auszubauen, wird einer der größten Herausforderungen für die Staatsführung sein.

ABSTRACT

This thesis investigates the violation of the collective rights of indigenous populations by the petroleum industry in Ecuador's Amazon region. The conflict between the Sarayacu people and CGC Company is used as the basis for researching how the constitutionally recognized rights of the indigenous people have been injured by the petroleum industry and oil production.

Petroleum in Ecuador has a central economic role. The oil policy has been shaped over the years from the interplay of national and international interests and events. In particular, the developments of international oil prices as well as government debt have affected the orientation of the once ideological-stamped national petroleum policy towards adoption of neoliberal doctrines. The oil production in Ecuador is shaded by issues such as pollution, deforestation and socio-cultural adaptation of the indigenous peoples. The fundamental changes in the environment, the changing relationship of indigenous people with their environment and the emergence of new dependency structures affect both the external and internal relations of the indigenous populations.

In this work the negative side effects are analyzed as a violation of the collective rights of indigenous populations. The collective rights are a part of the indigenous rights which seek to protect the communal lifestyle and traditional organization of indigenous peoples. Since 1998 collective rights are a part of the Ecuadorian Constitution and with their expansion in the Constitution of 2008 they have reached an internationally recognized level. Although the property of non renewable underground resources is constitutionally assigned to the state, the indigenous peoples have the right to protect their territory and be consulted prior to the exploitation of these resources. The protection of the legally recognized collective rights and the simultaneous economic need to expand the petroleum industry will be one the biggest challenges to the state leadership in the coming years.

Lebenslauf

Verena Marie LAAKSO

Persönliche Daten :

Geburtsdatum:	03.Dezember 1981
Geburtsort:	Espoo, Finnland
Staatsbürgerschaft:	Finnland
Email:	verena.laakso@yahoo.com

Ausbildung:

1988-2000	Grundschule und Gymnasium in Espoo und Helsinki, Finnland
Oktober 2003	Studium der Politikwissenschaften, Universität Wien Spezialisierungsmodule: Internationale Politik, Internationale Entwicklung und Frauen und Genderstudien
Oktober 2002	Studium der Geschichte und der spanischen Sprache, Universität Wien
Okt. 2006 – März 2007	Auslandssemester: Lateinamerika-Stipendium der Universität Wien auf der Universidad Central del Ecuador, Quito, Ecuador
Februar 2006	Studienexkursion in Kuba, auf der Universidad de Habana, organisiert vom Institut für Politikwissenschaften, Universität Wien,

Berufserfahrung

Seit Juli 2008	EMC ² Computer Systems Austria, Senior Business Analyst
Sept.-Dez. 2007	Verwaltungspraktikum in der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit beim Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) in Wien, Österreich
Sept. 2006	Praktikum bei der Finnischen Botschaft in Rahmen der EU Präsidentschaft Finnlands in Wien, Österreich
Nov. 2005- Juni 2006	Praktikum bei der Informationsstelle der Organisation AÖF (Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser

Sprachkenntnisse

Finnisch, Deutsch, Englisch, Spanisch, Schwedisch und Französisch

Danksagung

Ich habe mich für das Thema „Verletzung der Kollektivrechte der indigenen Bevölkerung durch die Erdölindustrie im ecuadorianischen Amazonasgebiet“ aus persönlichem Interesse entschieden. Dabei spielten meine Erfahrungen während meines Auslandsaufenthaltes in Ecuador eine bedeutende Rolle. Dafür möchte ich mich bei den Organisatoren des Lateinamerika Stipendiums der Universität Wien bedanken, dass sie mir diese Möglichkeit gegeben haben.

Ich möchte mich bei meinem Betreuer Professor DDr. Ingfrid Schütz-Müller für sein Optimismus, seine Unterstützung und Ratschläge während meiner Diplomarbeit ganz herzlich bedanken. Danke schön!

Meinen Eltern bin ich für ihr Vertrauen und die Stärke, die sie mir geben, dankbar. Ich bedanke mich vom ganzen Herzen bei meiner Schwester, die stets meinen Rücken gestärkt und mich motiviert hat. Meinem Partner, der meine Arbeit korrigiert und angeregt hat, bin für immer dankbar. Danke auch an meine beste Freundin, für ihre Unterstützung und ihr Verständnis. An die vielen Freunde und Familienmitglieder, die mich bei der Arbeit unterstützt haben, möchte ich meinen Dank aussprechen. Ohne ihre Unterstützung und Hilfe hätte ich diese Arbeit nicht auf die Reihe gebracht.

Ich möchte mich auch bei all jenen Personen bedanken, die mir auf verschiedene Art und Weise während meines Studiums geholfen haben.